Köln ist überall S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 2 – 15. Januar 2016 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Werden den Worten Taten folgen?
Nach Köln überbieten sich Politiker mit Forderungen 2

Deutschland

Köln ist überall
In ganz Deutschland verbreiten übergriffige Asylbewerber Angst und Schrecken 3

Hintergrund

Deutsche Rüstungsdebakel
Zu spät, zu teuer: Steuerzahler bekommen für viel Geld wenig Wehrkraft 4

Preußen / Berlin

Hauptstadt der Sex-Täter
Berlin liegt bei Sexualdelikten vorn, Politik beschönigt die Lage noch immer 5

Ausland

Scheinheilige deutsche EU-Politik
Polen im Visier 6

Kultur

Hirschschrei nach Noten
Mozartwoche findet zur schlichten Form zurück 9

Geschichte

»Tag der Befreiung«?
Ingo von Münch zu Weizsäckers Rede zum 8. Mai 10





Ende der Geduld: Am 9. Januar demonstrierten Bürger vor dem Kölner Dom für die Würde der Frauen

Bild: Ullstein

Die Zeit läuft ab

Staatskrise: Das Vertrauen der Bürger in die Politik ist erschüttert wie nie

Vertuscht, verheimlicht, gelogen: Von ganz oben angestiftet, wurden die Deutschen bei der Asylkrise planvoll hinters Licht geführt.

Wer die Bezeichnung „Staatskrise“ bislang für übertrieben gehalten hat, der kann sie ab jetzt getrost in den Mund nehmen. Vor den Augen des ganzen Volkes wird ein Gebäude aus Lüge und Vertuschung rund um die Asylflut sichtbar, welches ein Ausmaß angenommen hat, das selbst Pessimisten den Atem verschlägt.

Zweck des Lügengebäudes war es, den millionenfachen staatlichen Rechtsbruch beim Geschehenlassen illegaler Einreisen und dessen katastrophale Folgen für die Sicherheit der Bürger unter den Teppich zu kehren. Die Silvester-Exzesse von Köln, Hamburg und anderswo haben dieses Gebäude einstürzen lassen.

Über etliche Kanäle melden sich nun – anonyme – Polizeibeamte zu Wort, die berichten, dass sie „strikte Anweisungen“ hätten, über kriminelle Akte von Asylbewerbern nicht zu berichten. Dabei kommt auch heraus, dass sexuelle Belästigungen und Pöbeleien durch sogenannte „Flüchtlinge“ lange vor Köln ein Massenphänomen waren. Ebenso wie zahllose andere Delikte und weitreichende kriminelle Strukturen unter Einbeziehung von „Flüchtlingen“, die verheimlicht worden sind.

Laut dem Hauptstadtjournalisten Dieter Wonka geht die organisierte Vertuschung auf eine Tagung bei Bonn zurück, auf welcher Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) persönlich die Chefs der Landespolizeibehörden auf die Vertuschung eingeschworen habe. Die Auswirkungen dieses Skandals sind in höchstem Maße alarmierend. Das Vertrauen der Bürger in den Staat, die Verwaltung und die etablierte Politik ist in einer Weise erschüttert, wie es die Bundesrepublik noch nicht erlebt hat. Der Eindruck, „von oben“ planmäßig belogen zu werden, raubt jedes Zutrauen.

> **Ein Lügengebäude von ungeahnten Maßen ist eingestürzt**

Die verbale Kraftmeierei („ganze Härte des Rechtsstaats“), mit welcher die aufgeflogenen Politiker nun „Handlungsfähigkeit“ demonstrieren wollen, wirkt da wenig glaubwürdig. Und wie der (bei Redaktionsschluss unbegreiflicherweise immer noch im Amt befindliche) NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) auf die Polizei eindrischt, ist erbärmlich. Der Fisch stinkt vom Kopf her, dieser Kopf trägt Jägers Gesicht, wenn nicht das von Thomas de Maizière und schließlich das seiner Kanzlerin.

Laut Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) muss Deutschland mit acht bis zehn Millionen weiteren Asylbewerbern rechnen. Allen sollte klar sein, dass die Republik unter einem solchen Ansturm zusammenbrechen würde.

Daher muss die Politik nun schnell und energisch gegensteuern. Zudem muss sie – ebenso wie die lange Zeit mehr als zweifelhaft agierenden Mainstream-Medien – Ehrlichkeit lernen und eine offene Debatte führen, statt Skeptiker als „Populisten“ oder gar „Hetzer“ zu verleumden. Sie sollte sich damit beeilen, denn die Zeit läuft gnadenlos ab.

Hans Heckel

JAN HEITMANN:

Es knirscht

Wer den Kopf in den Sand steckt, knirscht irgendwann mit den Zähnen. So geht es derzeit den Zuwanderungspropagandisten und naiven Gutmenschen. Denn die widerwärtigen Vorfälle in der Silvesternacht haben es eindrucksvoll bestätigt: Die Massenzuwanderung in unser Land bringt auch den massenhaften Import von Gewalt und Kriminalität mit sich. An dieser Erkenntnis führt kein Wegschauen, Lügen, Verschleiern und Beschönigen mehr vorbei. Jeder, der nicht bewusst die Augen davor verschließt, sieht unweigerlich, was in und mit unserem Land passiert.

Mit größter Selbstverständlichkeit wird den Bürgern pauschaler Respekt vor allen Ausländern abverlangt. Gleichzeitig verweigern Politik und Exekutive den Bürgern den Respekt, indem sie offenkundige Gesetzesverstöße von Ausländern nicht als solche ansprechen und konsequent verfolgen. Die Bundeskanzlerin und ihre Claqueure müssen aufpassen. Die Bürger werden sich nicht länger von ihnen täuschen und den Mund verbieten lassen. Sie werden es nicht mehr hinnehmen, dass Politiker und willfährige Medien ihnen ihre Urteilsfähigkeit absprechen und ihr einwandfreies staatsbürgerliches Verhalten anzweifeln, wenn sie berechtigte Kritik üben. Dass die Bürger ihre Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen beginnen, ist alarmierend, zeigt es doch, dass sie ihr Vertrauen in den Staat verloren haben.

Es knirscht. Nicht nur im Gebiss bestimmter Kreise, sondern im Getriebe unserer Gesellschaft. Merkel & Co. sollten sich daran erinnern, dass nicht nur „Schutzsuchende“ aus fremden Ländern, sondern auch besorgte deutsche Bürger eine unantastbare Würde haben, die zu schützen Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist.

Korea: Kriegsgefahr wird aufgebauscht

Angesichts der bedrohlichen Lebensmittelknappheit fehlen Pjongjang die Mittel zur weiteren atomaren Aufrüstung

Der nordkoreanische Nuklearwaffentest hat nicht allein die Erde erschüttert. Dabei spielt es keine Rolle, ob dabei tatsächlich eine Wasserstoffbombe, wie von der nordkoreanischen Regierung behauptet, oder „nur“ eine gewöhnliche Atombombe zur Detonation gebracht wurde. Denn trotz der Erregung in aller Welt ist das noch lange keine unmittelbare Gefahr für den Weltfrieden.

Experten glauben, dass die Führung in Pjongjang in diesem Jahr vor einem größeren Dilemma steht hinsichtlich seiner gleichzeitigen atomaren Aufrüstung und seiner Wirtschaftssituation. Der Norden der Halbinsel litt schon 2015 einen ernsthaften Mangel an Lebensmitteln, hinzu kamen das Ausbleiben internationaler Hilfe sowie die Sanktionen gegen seinen Nuklear- und Raketenaufbau. Für das jetzige Jahr deuten mehrere Anzeichen auf einen noch größeren Mangel, der in seiner Krise zu sozialen Problemen bis zu einem Notstand führen könnte. Die Lage, so erwarten es gut informierte Kreise, würde wahrscheinlich sogar noch schlimmer werden als die Hungersnot in der Mitte der 1990er Jahre, bei der rund zwei Millionen Nordkoreaner starben. Ursache waren neben internen Misserfolgen die internationale Isolation und der Zusammenbruch der mit Nordkorea befreundeten Sowjetunion.

> **China und USA verweigern Atomstatus**

Eine weitere Atomaufrüstung und eine gleichzeitige Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards scheinen angesichts der gegebenen Verhältnisse in der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ unvereinbar zu sein. Ein Weg des Regimes wäre, den Status einer anerkannten Nuklearmacht zu erhalten in Form von direkten Verhandlungen mit den USA und den Beziehungen zu China. Washington hat indes stets betont, eine derartige Anerkennung zu verweigern; Grund ist nicht zuletzt die Sorge vor einem dann folgenden Bau von Atombomben auch in Japan, der die Sicherheitslage in Fernost völlig verändern würde. Dass Peking einen solchen Status Nordkoreas bejahen würde, dürfte angesichts seiner Ablehnung der Atom-Politik Pjöngjangs eher zu verneinen sein.

Ein möglicher Ausweg aus dem Dilemma wäre eine Abkehr Kim Jong-uns von der Politik seines Vaters auf dem bevorstehenden VII. Kongress der Partei der Arbeiter Ende Mai und stattdessen seine in letzter Zeit häufig dargelegte Vision von der Steigerung des allgemeinen Lebensniveaus der Bevölkerung.

Eigentlich müsste ihn schon die Situation im Lande dazu zwingen: Nordkorea muss in diesem Jahr mit einem Fehlen an Lebensmitteln von rund einer Million Tonnen rechnen, die größte Knappheit seit seinem Machtantritt. Das Land benötigt als Minimum fünf Millionen Tonnen pro Jahr. Schon während der letzten Jahre fehlten bis zu 500 000 Tonnen, alljährlich ging die Getreideproduktion um zehn Prozent zurück, zudem waren 2015 die Dürren in Nordkorea die schlimmsten seit 100 Jahren. Von Jahresbeginn bis September 2015 importierte Pjöngjang 38 000 Tonnen Getreide aus China, ein Rückgang fast um ein Drittel – vermutlich fehlte es Kim an Devisen.

> **Laut UN leiden 70 Prozent an Hunger**

Nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht der UN leiden 70 Prozent der 24,6 Millionen Nordkoreaner an Hunger; 1,8 Millionen einschließlich der Kinder und schwangeren Frauen benötigen besondere Lebensmittelzuwendungen, um eine Unterernährung zu vermeiden.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

CSU notfalls raus aus der Koalition

München – Peter Gauweiler, einer der profiliertesten Köpfe der CSU, schließt einen Bruch der Koalition nicht aus, sollte es in der zentralen Frage einer Flüchtlings-Obergrenze nicht zu einer Einigung kommen. Dabei bekommt er Untestützung durch die CSU-Basisbewegung „Konservativer Aufbruch“. Dessen stellvertretender Sprecher David Bendels erklärte, Gauweiler spreche „vielen tausenden CSU-Mitgliedern aus der Seele“. Gauweiler wirft der Kanzlerin vor, für „ein anderes Gesellschafts- und Staatsverständnis als die CSU“ zu stehen. Die CSU müsse nun endlich Konsequenzen ziehen. Ansonsten mache sie sich „immer mehr mitschuldig am Versagen der Bundeskanzlerin“. Auch in deren Partei gärt es. Die Stimmung an der Basis sei „unterirdisch“, sagte der Bundestagsabgeordnete Carsten Linnenmann. *J.H.*

»Luftangriffe ein Erfolg«

Berlin – Die Bundesregierung hält die Luftangriffe westlicher Staaten und ihrer arabischen Verbündeten gegen die Terrororganisation IS für einen Erfolg. Dadurch sei deren „umfassende militärische Expansion vorerst zum Stillstand gekommen“. Der IS müsse jetzt auf Truppenkonzentrationen im Feld verzichten und habe sein Vorgehen an die Bedrohung aus der Luft angepasst, heißt es in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei. Zu dieser Anpassung würden das Vermeiden größerer Gruppierungen, verbesserte Tarnung, Nutzung von Nacht und Schlechtwetter für Bewegungen und Operationen, Verminung von Infrastruktur, Scharfschützeneinsatz, taktische Nutzung von Selbstmordattentätern und die Befestigung wichtiger Orte gehören. Insgesamt reduzierten die Luftangriffe die Bewegungsfreiheit der IS-Einheiten und brächten diesen sowie dem IS-Führungs- und Funktionspersonal in dessen Hochburgen signifikante Verluste bei. *J.H.*

Werden den Worten Taten folgen?

Nach den Ereignissen in Köln überbieten sich einige Politiker mit Forderungen nach schärferen Gesetzen

Nach den schweren Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht überbieten sich einige Politiker mit Forderungen nach schärferen Gesetzen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist allerdings Skepsis am Problemlösungswillen der etablierten Politik angebracht.

Besonders weit vorgeprescht in Sachen „hartes Durchgreifen“ ist inzwischen der SPD-Vizekanzler Sigmar Gabriel. „Ich sage: Null Toleranz gegenüber Kriminalität und sexuellen Übergriffen.“ Wer straffällige Asylbewerber schütze, habe keinen Anspruch auf deutsches Steuergeld. Zu prüfen sei außerdem, wie der Grundsatz der Haft im Heimatland wieder verwirklicht werden könne, so Gabriel in der „Bild“-Zeitung.

Der energisch wirkende Tonfall kommt seltsam bekannt vor. Es war Gerhard Schröder (SPD), der als Kanzlerkandidat mit ähnlich markigen Sprüchen punkten wollte: „Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell.“ Dass den starken Worten nach seiner Wahl ins Kanzleramt kaum Taten gefolgt sind, beweist die aktuelle Diskussion nach den Kölner Ereignissen.

Auch Politiker wie Gabriel, Heiko Maas, Angela Merkel und Thomas de Maizière, die aktuell in Verantwortung stehen, müssen sich fragen lassen, ob sie nicht erst das politische Umfeld geschaffen haben, in dem Ereignisse wie in Köln möglich geworden sind. Niemand hat etwa Justizminister Maas daran gehindert, Gesetze zu schaffen, welche die Ausweisung krimineller Ausländer durchsetzbar machen. Bislang sind die Hürden derartig hoch, dass die Rückführung Krimineller eher ein Sonderfall ist. Äußerungen von SPD-Politikern lassen darauf schließen, dass der Hinweis auf die Menschenrechtslage oder die Haftbedingungen in den Herkunftsländern auch künftig als Argumente dienen werden, warum Abschiebungen eben nicht stattfinden.

> Wie bei den Worten zur Ausländerkriminalität des damaligen Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder stehen auch jetzt Wahlen ins Haus

Die Duldung, dass Asylbewerber ohne Identitätspapiere ihrer Herkunftsländer einreisen, dürfte sich als weiterer Grund erweisen. Die Probleme rund um die Ausländerkriminalität dürften Politikern wie dem Bundesjustizminister oder dem Bundesinnenminister hinlänglich bekannt sein.

Blickt man auf die bisherigen Prioritäten der schwarz-roten Koalition, dann tauchen da Projekte zur Frauenquote in Dax-Unternehmen auf. Alltagsprobleme vieler Bürger sind dagegen die grassierende Einbruchskriminalität oder aber die Gewalt im öffentlichen Raum durch jugendliche Intensivtäter.

Versagt hat die Große Koalition bislang nicht nur bei der längst überfälligen Reform des Asyl- und Ausländer- oder des Strafrechts. Lange wurde geleugnet, dass offene Grenzen mit einer höheren Kriminalität einhergehen und Polizei und Justiz gestärkt werden müssen. Schwere Fehler bei der Leitung des Polizeieinsatzes in der Silvesternacht in Köln hat es zweifellos gegeben. Dass einige Politiker allerdings die Polizei nun als Sündenbock aufbauen, dürfte sich langfristig als kontraproduktiv erweisen. In den Reihen der Polizei ist sattsam bekannt, wie von der etablierten Politik in den vergangenen Jahren Probleme um die Ausländerkriminalität tabuisiert oder den Strafverfolgungsbehörden notwendige Mittel verweigert wurde.

Auch an dem Versprechen, die Kriminalität mit härteren Gesetzen eindämmen zu wollen, sind starke Zweifel angebracht. Zu befürchten ist etwa, dass selbst neue Regelungen an einem bekannten Makel kranken werden. So präsentieren Politiker der Öffentlichkeit gern Forderungen nach der Heraufsetzung von Höchststrafen. Tatsächlich werden diese von den Gerichten eher selten verhängt. Der Normalfall sind Richter, die sich am geringstmöglichen Strafmaß orientieren und oftmals Bagatellstrafen verhängen.

Inzwischen steht zu befürchten, dass die Kölner Ereignisse auf einem hochproblematischen Feld zu einer weiteren Verschlechterung führen werden. So haben die beiden Oppositionsparteien Grüne und Linke nach den Übergriffen in Köln nämlich gefordert, das Sexualstrafrecht weiter zu verschärfen. „Es muss klar sein, ein Nein ist ein Nein. Nach deutschem Recht werde von Frauen aber mehr erwartet, zum Beispiel, dass sie sich gewehrt haben.“ so etwa die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckhardt. Dass eine Gesetzesverschärfung auf Täter, wie sie in Köln agierten, abschreckend wirkt, ist stark zu bezweifeln.

Nochmals verschärfen könnte sich eine besorgniserregende Entwicklung, auf die vor einiger Zeit die Kriminalpolizei-Inspektion (KPI) Rostock aufmerksam gemacht hat. Nach den Erkenntnissen der norddeutschen Ermittler hat sich die Mehrzahl der angezeigten Fälle von sexuellem Missbrauch als erfundene Geschichten herausgestellt. So sollen laut einem Bericht der „Ostsee-Zeitung“ etwa im Jahr 2014 acht von zehn zur Anzeige gebrachten Vergewaltigungen nur vorgetäuschte Fälle gewesen sein, die für die Polizei mit erheblichem Ermittlungsaufwand verbunden waren. *Norman Hanert*



Der eine wurde bereits mit politisch unkorrekten Forderungen Bundeskanzler, der andere möchte es noch werden: Gerhard Schröder und Sigmar Gabriel (von links) Bild: Getty

PAZ: *Neue Preise ab 2016*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement seit kurzem im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.

Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2016 von zehn auf elf Euro im Monat, also 132 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 13,50 Euro monatlich (17,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,70 Euro.

Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 7,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,10 Euro im Monat.

Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Eskalation nach Hinrichtung Nimr al-Nimrs

Wachsende Spannungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran – Der lachende Dritte könnte der IS sein

Nach der Hinrichtung eines schiitischen Imams durch das Königreich Saudi-Arabien erhält der religiöse Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten im Nahen Osten neuen Zündstoff. Anstatt gemeinsam den IS zu bekämpfen, eröffnen die beiden bislang stärksten und stabilsten Staaten der Region dem islamistischen Terror weitere Chancen.

Saudi-Arabien hatte in den letzten Jahren ständig neue Rekorde bei der Zahl der Hinrichtungen aufgestellt. Das neue Jahr begann in dem Königreich mit einem wahren Paukenschlag: Gleich 47 zum Tode Verurteilte auf einmal wurden am zweiten Tag des Jahres hingerichtet. Diese Massenexekution befeuert die religiösen Bürgerkriege der Region, denn unter den Hingerichteten befand sich auch der schiitische Prediger Nimr Baqir al-Nimr, dessen Name „Tiger“ bedeutet. Nimr hatte lange Zeit im Iran gelebt und in Saudi-Arabien die Unterdrückung der schiitischen Minderheit, die etwa 15 Prozent der Bevölkerung des Königreiches ausmacht, angeprangert.

Der Tod des Klerikers hat die ohnehin bereits großen Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten im Nahen Osten weiter angeheizt. Nach der Hinrichtung gingen Schiiten in mehreren Staaten auf die Straße. Im Iran setzte eine wütende Menschenmenge mit Billigung der Behörden die saudische Botschaft in Brand und plünderte die Büros. Saudi-Arabien hat daraufhin die diplomatischen Beziehungen zum Iran abgebrochen. Alle iranischen Diplomaten müssten binnen 48 Stunden das Land verlassen. Der schiitische Iran, der mit dem sunnitisch geprägten Königreich um die Vormachtstellung in der Region ringt, reagierte empört. Die saudischen Führer würden „die Rache Gottes“ spüren, drohte der oberste Führer des Irans, Ayatollah Ali Chamenei.

Der 55-jährige al Nimr war ein entschiedener Gegner des erzkonservativen sunnitischen Königshauses in Riad. Er hatte während des Arabischen Frühlings im Jahr 2011 die Abspaltung der östlichen, mehrheitlich schiitischen Regionen Qatif und Al-Ihsaa, in denen die meisten der rund zwei Millionen Schiiten Saudi-Arabiens leben, befürwortet. Im Oktober 2014 wurde al Nimr in Saudi-Arabien wegen Aufwiegelung, Ungehorsam und Waffenbesitz zum Tode verurteilt, mehrmals war jedoch seitdem eine Begnadigung in Aussicht gestellt worden.



Am 2. Januar hingerichtet: Nimr al-Nimr

Unter den aktuell Hingerichteten waren neben al-Nimr drei weitere Schiiten. Sie waren ebenfalls im Zusammenhang mit den Protesten während des Arabischen Frühlings 2011 gegen das saudische Königshaus verhaftet und zum Tode verurteilt worden. Die restlichen der 47 am 2. Januar exekutierten Personen waren wegen Terroranschlägen und ihren Verbindungen zu al-Kaida zum Tode verurteilt worden. Unter den Getöteten ist auch Fares al-Shuwail, der Chef-Ideologe des lokalen al-Kaida-Ablegers. Die Terrororganisation hatte von 2003 bis 2006 eine Serie von Anschlägen auf strategische Ziele in Saudi-Arabien verübt. Al-Shuwail saß seit 2004 in Haft. Die Behörden Saudi-Arabiens begründen die Hinrichtungen mit als Schutzmaßnahme gegen den Terrorakt der Stärkung der öffentlichen Sicherheit. Ein Sohn und ein Neffe al-Nimrs, die zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung noch minderjährig waren, sind ebenfalls bereits zum Tode verurteilt und können jederzeit hingerichtet werden.

Mit den 47 Hinrichtungen an einem einzigen Tag hat Saudi-Arabien schwere internationale Kritik auf sich gezogen. Insgesamt war es die größte Massenhinrichtung in Saudi-Arabien seit 1980. Damals starben an einem Tag 63 mehrheitlich schiitische Kämpfer, weil sie ein Jahr zuvor die große Moschee in Mekka mit dem Ziel besetzt hatten, das saudische Königshaus zu stürzen.

Neben der Türkei, die mit einem von Präsident Recep Tayyip Erdogan provozierten Bürgerkrieg gegen die Kurden beschäftigt ist und durch diesen international an Glaubwürdigkeit wie Vertrauen eingebüßt hat, spielen der Iran und Saudi-Arabien eine Schlüsselrolle bei der Lösung der religiös angeheizten Konflikte in Syrien, dem Irak und dem Jemen. Das internationale Vorgehen gegen den „Islamischen Staat“ hatte zuletzt zu einer leichten Annäherung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien geführt, die zugleich auch die wirtschaftsstärksten Staaten im Raum sind. Im Januar sollten erste Friedensgespräche unter UN-Aufsicht für Syrien und den Jemen beginnen, in denen Saudi-Arabien und der Iran eine wichtige Rolle spielen sollten. Sollten diese jetzt platzen oder scheitern, hätte der „Islamische Staat“ seinen ersten Sieg im neuen Jahr geschenkt bekommen, von dem sich viele eine Wende einschließlich einer Reduzierung des Flüchtlingsdruckes erhoffen. *Bodo Bost*

Köln ist überall

In ganz Deutschland verbreiten übergriffige männliche Asylbewerber Angst und Schrecken – ein Lagebricht

Nein, die meisten Asylbewerber mögen keine gewalttätigen Triebtäter sein. Dennoch häufen sich die sexuellen Übergriffe männlicher Neuzuwanderer auf Frauen dramatisch. Sie zeigen sich in vielen Facetten und Stufen. Zusammengenommen sorgen sie für ein Klima der Angst. Es ist nur zu berechtigt.

Die deutsche Sprache soll schwer zu lernen sein. Manche Vokabeln gehen heranwachsenden nordafrikanischen und arabischen Halbstarken aber anscheinend leicht von den Lippen. Die zwölfjährige Deutsche Vanessa hört sie fast täglich, wenn sie zur Schule in den Hamburger Stadtteil Hamm geht. Sie habe einen „geilen Arsch" rufen ihr die Jungen dann hinterher. Als minderjährige Asylsuchende sind sie in einer sogenannten Vorbereitungsklasse, in der sie mit Sprachunterricht auf den normalen Schulalltag vorbereitet werden. Sprachlich fit, um sich in den Pausen auf ihre ganz eigene Art zu vergnügen, sind sie schon jetzt. Manche Wörter, die sie für die Mädchen parat haben, fangen auch mit F und B an. Vanessa wird rot, wenn sie davon erzählt. Früher habe sie in den Pausen jede Menge Blödsinn mit ihren Freundinnen gemacht, heute versucht sie sich möglichst unauffällig zu verhalten. Das Mädchen ist jetzt immer froh, wenn die Pause vorüber ist. Etwas besser ist es, wenn strenge Lehrerinnen und Lehrer Aufsicht haben. Die meisten aber hören einfach weg oder spielen alles herunter, erzählt sie.

Die Lehrkräfte an der Hamburger Gesamtschule tun, was alle linksverdrehten Gutmenschen im Barmherzigkeitswahn über Monate praktiziert haben: wegsehen, schweigen, kleinreden. Ob die ungeheuerlichen Vorfälle von Köln und mittlerweile zehn anderen Städten dies wirklich ändern, bleibt abzuwarten. Der öffentliche Streit um die Silvesterexzesse verliert sich zunehmend in Details und Nebensächlichkeiten. Viele Bürger hätten mittlerweile Angst, bestimmte Plätze und Orte in den Städten zu betreten, erklärte Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion gerade im ZDF. Man müsse unbedingt gegen die No-go-Areas vorgehen.

Dabei geht es nicht um Räume, sondern um Menschen. Es geht um Männer mit einem höhlenmenschenartigen Verständnis von Sexualität, mit einem Frauenbild, das den Zeiten Dschingis Khans entsprungen zu sein scheint, und mit der Absicht, sich auch wie eine Mongolenhorde aufzuführen. Sie sind zu Tausenden hier, und es kommen täglich mehr. Sie verwandeln das ganze Land in eine No-go-Area für Frauen. Nicht nur der Kölner Hauptbahnhof wird

> Das ganze Land wird für Frauen zur No-go-Area

zur Gefahrenzone, sondern auch das Wohnviertel im baden-württembergischen Weil am Rhein, wo vier Syrer zwei Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren in der Silvesternacht vergewaltigten. Oder der Schulhof im Hamburger Stadtteil Ohlstedt, wo ein somalischer Asylbewerber eine zehnjährige am 7. Januar sexuell belästigte. Oder die öffentliche Toilette des Rathauses in Wolfsburg, wo sich ein Asylbewerber am 28. Dezember über einen 16-jährigen Jungen (!) hermachte. Wer sich die Zeit nimmt, im Internet nach derartigen Polizeiberichten zu recherchieren, findet sie zuhauf.

Die Gewalt und Übergriffigkeit kennt dabei viele Stufen. Längst nicht alle sind strafbar. Dennoch verbreiten sie tiefes Unbehagen, Angst und ohnmächtige Wut. Das gilt für Frauen wie für Männer. Es ist die Mutter, die mit ihren Rentnerfreundinnen die Straßenseite wechseln muss, wenn ihr eine Gruppe Asylbewerber aus ihren nahegelegenen Unterkünften entgegenkommt. Die Kerle denken nicht daran, den alten Damen Platz zu machen. Es ist die Schwester, die sich nicht mehr alleine auf den Balkon traut, weil sie dann von drüben vom benachbarten Flüchtlingsheim aus angepöbelt wird. Es ist die fast erwachsene Tochter, die von ihrem Kleiderschrank steht und plötzlich nicht mehr ihr extravagantes Lieblingskleid tragen möchte, sondern etwas Schlichtes und Unauffälliges wählt. Neulich war man zusammen mit ihr im Park zum Joggen. Sie hat sich erschrocken umgedreht, als plötzlich hinter einer Wegbiegung laute arabische Musik zu hören war.

Im Internet berichtet ein Vater, der mit seiner Familie in der Nähe eines großen Flüchtlingsheimes wohnt, frustriert, wie sich seine Sicht auf die Freunde der siebzehnjährigen Tochter gewandelt hat. Wenn jetzt ein neuer Verehrer vor der Tür steht, fragt er sich nicht mehr, ob er sensibel ist und ihr nicht schon wieder Liebeskummer bereiten wird. Jetzt beschäftigt ihn in die Frage, ob der Jüngling Manns genug ist, sein Kind gegen eine Gruppe marodierender Zuwanderer zu verteidigen.

Pfefferspray ist beim Internet-Anbieter Amazon zum Verkaufsschlager geworden. Enormen Zulauf haben auch Selbstverteidigungskurse für Frauen. Sie mögen den Teilnehmerinnen ein subjektives Gefühl der Sicherheit vermitteln. Helfen werden ihnen die Kampfsporttechniken im Notfall kaum. Die durchschnittliche Frau hat 55 Prozent der Muskelkraft des durchschnittlichen Mannes, und 65 Prozent seiner Ausdauerkraft. Gegen eine Gruppe junger Männer kommt auch die mutigste Kämpferin nicht an. In Köln konnten sich nicht einmal Polizistinnen der Angreifer erwehren. Dafür waren es zu viele. In ganz Deutschland sind es zu viele! *Frank Horns*



Der Fremde im Schatten: Ist er allein oder taucht gleich eine ganze Horde mit bösen Absichten auf? Bild: Colourbox

MELDUNGEN

Konto für alle kommt

Berlin – Die Bundesregierung will einen Rechtsanspruch auf ein Basiskonto für alle einführen. Danach sollen alle Menschen „mit rechtmäßigem Aufenthalt in der EU" die Möglichkeit haben, „diskriminierungsfrei ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen" zu eröffnen. Das Recht auf Zugang zu einem Basiskonto soll auch Personen ohne festen Wohnsitz, Asylsuchenden und Personen ohne Aufenthaltstitel, „die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können", eingeräumt werden. Die Kreditinstitute dürfen für die grundlegenden Funktionen des Basiskontos wie das Ein- und Auszahlungsgeschäft, Lastschriften, Überweisungen und das Zahlungskartengeschäft nur „angemessene Gebühren" verlangen. *U.M.*

Eiskalte Abfuhr

Dresden – Das sächsische Sozialministerium hat dem Meißener Kommunalpolitiker Martin Oehmichen über den Kurznachrichtendienst Twitter eine eiskalte Abfuhr erteilt: „Wenn man Geld geschenkt bekommt und wissentlich in ein kälteres Land auswandert, muss man auch in der Kälte warten können." Der grüne Kreisrat hatte zuvor ebenfalls über Twitter kritisiert, dass mehr als 160 Immigranten bei Minusgraden vor dem Eingang des Landratsamtes Meißen auf die Auszahlung ihrer Geldleistung hatten warten müssen. Da das Sicherheitspersonal nur wenigen Personen gleichzeitig Einlass gewährte, um einen geordneten Ablauf zu gewährleisten, kam es zu Tumulten. Die herbeigerufene Polizei musste sich mit Pfefferspray gegen die ausländischen „Schutzbedürftigen" zur Wehr setzen. Mittlerweile hat sich das Sozialministerium in einem weiteren Twitter-Beitrag von seiner eigenen „nicht hinnehmbaren Äußerung" distanziert. *J.H.*

AfD-Flügelstreit um Höcke

Thüringens Landes- und Fraktionschef polarisiert auch in der Partei

Stabile Umfragewerte, die Parteifinanzen durch einen Spendenmarathon, der 1,6 Millionen Euro einbrachte, gerettet und weiterhin steigende Mitgliederzahlen: Die Stimmung zum Jahreswechsel hätte bei der Alternative für Deutschland (AfD) zum Jahreswechsel besser nicht sein können. Wäre da nicht das Dauertheater um den thüringischen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke. Am dem 43-jährigen Gymnasiallehrer und Enkel deutscher Vertriebener scheiden sich die Geister. Seine Anhänger – und von denen gibt es innerhalb der AfD viele – feiern ihn als unerschrockenen Kämpfer für Meinungsfreiheit und gegen Denkverbote. Seine Gegner – und die gibt es ebenfalls reichlich – sehen in ihm ein Sicherheitsrisiko und jemanden, der unfähig zur Abgrenzung nach Rechtsaußen sei.

„Ich muss zugeben, dass mich das Thema nervt", sagte der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Uwe Junge. Der ehemalige Berufssoldat steht vor dem Beginn einer richtungsweisenden Wahlkampfes. Ende März stehen Landtagswahlen in drei Bundesländern an. In Sachsen-Anhalt gilt ein AfD-Einzug als sicher, in Baden-Württemberg ist er wahrscheinlich. Die Nagelprobe spielt sich aber zwischen Rhein und Mosel ab.

Dort liegt die Partei derzeit bei rund fünf Prozent, dort hatte die AfD viele Personalverluste im Zuge der Abspaltung von Parteigründer Bernd Lucke zu verkraften. Die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften verlief schleppend, aber letztlich erfolgreich: „Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlantritt sind gegeben", sagt Junge und fügt fast beschwörend hinzu: „Wichtig ist, dass wir geschlossen bleiben."



Björn Höcke

Und diese Geschlossenheit hat Björn Höcke wiederholt durch provozierende Äußerungen auf die Probe gestellt. Zuletzt sorgte er mit Einlassungen zur afrikanischen Bevölkerungspolitik für Aufsehen. „Björn Höcke schadet mit derartigen Äußerungen sich selbst und der AfD insgesamt", sagte Junge und versuchte das Thema ansonsten eher klein zu halten: „In unserem Wahlkampf wird er keine Rolle spielen."

Dem Wunsch nach Ruhe ist wohl auch das zögerliche Verhalten des Parteivorstandes geschuldet. Letztlich konnte sich das Gremium nicht auf Ordnungsmaßnahmen gegen den Thüringer einigen, stattdessen rang man sich zu einer halbherzigen Rüge durch. Partei-Mitgründer Konrad Adam goss daraufhin eifrig Öl ins Feuer. Der ehemalige Co-Sprecher gilt als verbittert, weil er bei den Wahlen zum Bundesvorstand im Sommer durchgefallen war. Höcke fische in Teichen, in denen die AfD „als demokratische Partei ihre Netze nicht auswerfen darf", sagte der ehemalige Journalist, der Höcke und Gauland vorwarf, sie würden „östliche Mentalitäten mit westlichem Know-how bearbeiten". Der Ex-Journalist sieht einen Ost-West-Konflikt innerhalb der Partei. Und er fürchtet, „dass die AfD mit schrillen Tönen wie von Höcke im Westen keinen Erfolg haben wird". *P.E.*

Behörden am Limit

Neue Stellen für Immigrantenbetreuung – Sparen war gestern

Im vergangenen Jahr sind 1,09 Millionen Zuwanderer nach Deutschland gekommen. Für das neue Jahr liegen noch keine verlässlichen Prognosen vor, allerdings deutet sich schon jetzt an, dass sich der Zustrom zumindest nicht kurzfristig verringern wird. Seit Monaten klagen viele Behörden über Überlastung. Die Bundesregierung hat kurzfristig Hilfe versprochen. Plötzlich werden Planstellen eingerichtet, wo zuvor eisern Haushaltssperren verhängt wurden. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden eilig 2000 neue Stellen geschaffen, um die Zahl der liegen gebliebenen Asylanträge schneller abarbeiten zu können. In den kommenden Wochen werden die ersten Flüchtlinge auch bei Jobcenter und Arbeitsagenturen vorstellig werden. Dort wurden insgesamt 3600 neue Stellen eingerichtet: „Der Flüchtlingszuzug führt an vielen Stellen des öffentlichen Dienstes zu spürbarer Mehrarbeit – und das über Jahre hinweg", sagte Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungs-Gewerkschaft Verdi und bleibt skeptisch: „Es galt jahrelang so, als sei der öffentliche Dienst überbesetzt. So wurde eingespart und eingespart. Jetzt werden neue Stellen geschaffen, aber ich fürchte, das wird nicht reichen."

Ähnlich äußerte sich auch Willi Russ, Vize-Chef des Deutschen Beamtenbundes: „Überstundenberge, etwa bei den Kolleginnen und Kollegen der Polizei, gibt es nicht erst, seit durch den anhaltenden Zustrom schutzsuchender Menschen die Aufgaben immer größer und größer geworden sind. Die Flüchtlingskrise hat die Schwächen in der Infrastruktur nicht geschaffen, sondern erst offen gelegt.

Die Stimmung in vielen Behörden ist schlecht. Zahlreiche Me-

> Interessenvertreter fordern höhere Gehälter und Bezüge

dien haben in den vergangenen Wochen anonyme Schreiben von Mitarbeitern erhalten. Mal waren es Leute vom BAMF, die ihrer Behörde ein „absolutes Chaos" bescheinigten, mal waren es Angestellte vom Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales. Dort sollen die Zustände derart verheerend sein, dass die Behörde mittlerweile „spezielle Sucher" mit dem Auffinden von verlorenen Akten beschäftige.

Bsirske überrascht das nicht. Im öffentlichen Dienst seien in den vergangenen 20 Jahren gut eine Million Stellen abgebaut worden. Das seien rund 20 Prozent und einfach viel zu viel. Russ kritisiert: „Hier kommen politische Versäumnisse der Vergangenheit und rigide Personaleinsparungen der früheren Finanzverantwortlichen zum Tragen." In Nordrhein-Westfalen plant die Landesregierung daher finanzielle Anreize für Beamte im Ruhestand, um sie für die Arbeit in der Immigrantenbetreuung zu bewegen. Auch zusätzliche Lehrer – bundesweit mehr als 25 000 – werden händeringend gesucht. Wie hoch die entsprechenden Mehrkosten sein werden, kann derzeit niemand seriös vorhersagen. Alleine die Sozialkosten sollen mehr als 3,3 Milliarden Euro betragen. „Dem Staat fehlen 180 000 Beschäftigte. Was die kosten würden, kann sich jeder ausrechnen", sagt Russ. Tariflich bezahlt könnten Gehaltskosten von 500 Millionen Euro pro Monat entstehen.

Die Gewerkschaften sehen dennoch keinen Grund zur Zurückhaltung. Bei den kommenden Tarifverhandlungen werden sie mehr Geld fordern. „Nicht zuletzt wegen der besonderen Belastungen haben die Kolleginnen und Kollegen Anspruch auf einen ordentlichen Schluck aus der Pulle", sagt Russ. *Peter Entinger*

Der Fehler liegt im System

Der deutsche Steuerzahler zahlt viel Geld für wenig Wehrkraft

Nach dem Willen der Politik übernimmt die Bundeswehr immer mehr Missionen in aller Welt. Allerdings hält das Beschaffungswesen damit nicht Schritt. Seit Jahren sorgen die großen Rüstungsvorhaben der Bundeswehr hauptsächlich für negative Schlagzeilen – sie kommen zu spät, sind zu teuer, und das fertige Produkt steckt voller Mängel.

Neuester Nachrichtengeber ist der von Problemen geplagte Transporter Airbus A400M Atlas. Zwar hat die Luftwaffe schon die dritte Maschine erhalten. Aber nun machen die Getriebe der großen Propeller Schwierigkeiten. Nach Angaben von Airbus Defence & Space weisen insgesamt 14 Getriebe Fabrikationsfehler auf. Zwei davon sind in der zweiten deutschen Maschine verbaut.

Bei den anderen Teilstreitkräften sieht es nicht viel besser aus. So mussten beim ersten Schiff der neuen Fregatte 125, der „Baden-Württemberg“, kurz vor der Fertigstellung Teile der Schiffskonstruktion herausgerissen und neu errichtet werden. Der Subunternehmer, der den speziell entwickelten Brandschutzlack auftragen sollte, hatte sich bei der Mixtur vertan, sodass der Lack abblätterte. Die Folgen: Mehrkosten in Höhe von 100 Millionen Euro. Mit weiteren Problemen ist zu rechnen. Denn die Fregatte 125 betritt mit der starken Automatisierung aller Systeme und dem neuartigen Hybrid-Antrieb aus Gasturbine und dieselelektrischem Motor technologisches Neuland.

Die Aufzählung ließe sich fortsetzen So listet der aktuelle Bericht des Verteidigungsministeriums über den Stand der laufenden Vorhaben zahlreiche Verschiebungen und Kostensteigerungen auf. Beim A400M schlägt eine Kostensteigerung um 1,47 Milliarden Euro zu Buche. Der Kampfhubschrauber „Tiger“ liegt mit zusätzlichen Ausgaben von 981 Millionen Euro 24 Prozent über dem vereinbarten Preis

Zu spät, zu teuer und dazu noch voller Mängel

Das Problem ist systembedingt. Rüstungsprogramme sind technisch und politisch komplex. Der tatsächliche Bedarf der Bundeswehr muss nicht selten hinter außenpolitischen oder industriepolitischen Erwägungen zurückstehen. So wurde der A400M quasi aus der Powerpoint-Präsentation heraus bestellt, weil die damalige Regierung Schröder den EADS/Airbus-Verbund stärken und die westeuropäische Zusammenarbeit befördern wollte. Frankreich setzte durch, dass ein neues Triebwerk konstruiert wurde. Dabei hatte die Luftwaffe erklärt, die ukrainische Antonow An-70 erfülle ihre Anforderungen. Es stand sogar ein deutsch-ukrainisches Konsortium bereit, um die eigentlich für die sowjetische Luftwaffe konzipierte Maschine an westliche Standards anzupassen und in Deutschland zu bauen.

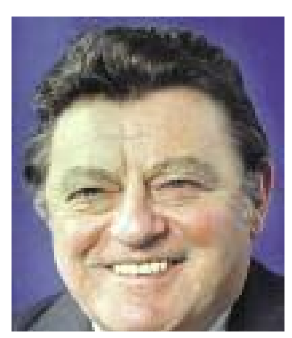
Aber wenn so ein Programm angeschoben wird, wollen viele etwas davon haben. Die heimische Industrie genießt Bestandsschutz, und auch die europäischen Partnerländer, speziell Frankreich, müssen mit ins Boot. Das Projekt erhält möglichst viele technische Neuerungen – es sollen ja viele etwas davon haben, und man will sagen können, dass das Produkt nach 20 oder mehr Jahren Entwicklungszeit immer noch führend und innovativ ist. Um aber den Preis niedrig zu halten, kauft die Bundeswehr erst einmal nur das Grundmodell ohne spezielle Ausrüstung – etwa einen A400M, der zunächst nicht mehr ist als ein ziviler Frachter in Tarnfarbe.

Im globalen Vergleich wirkt die Situation bizarr. Deutschland gab 2014 umgerechnet 46,5 Milliarden US-Dollar für sein Militär aus. Es liegt auf Platz acht vor Japan und hinter Indien. Die Bundeswehr zählt rund 180 000 Soldaten mit 289 Kampfpanzern, 237 Kampfflugzeugen und zehn Fregatten. Indien unterhält mit umgerechnet 50 Milliarden Dollar seine Nuklearwaffen, 1,3 Millionen Soldaten, zwei Flugzeugträger, zehn Zerstörer, 823 Kampfflugzeuge und 3312 aktive Kampfpanzer. Japan gab 2014 umgerechnet 45,8 Milliarden Dollar aus – für rund 240 000 Soldaten, drei Hubschrauberträger, 38 Zerstörer, 452 Kampfflugzeuge und 970 Kampfpanzer. Das Schwellenland Indien und der Industriestaat Japan bekommen also für ihr Geld mehr Militär als Deutschland. *Friedrich List*


Bild: Ronnie Macdonald

Statt der präferierten Antonow An-70 bekommt die Luftwaffe nun ihn: Der deutsch-französische Airbus A400M Atlas

Zeitzeugen



Franz Josef Strauß – Der CSU-Politiker stand als zweiter Verteidigungsminister der Bundesrepublik nicht nur im Fokus der Affären um den „Starfighter“ und den Schützenpanzer HS 30. Er knüpfte auch ein engmaschiges Kontaktnetz, das prototypisch für den Filz zwischen Industrie, Politik und Bürokratie steht. Die Firma Lockheed überwies ihm Geld für den Verkauf von Flugzeugen an die Lufthansa und spendete im Zusammenhang mit dem „Starfighter“ an die CSU.

Ursula von der Leyen – Die niedersächsische CDU-Politikerin ist seit Dezember 2013 Verteidigungsministerin. Von ihrem Vorgänger übernahm sie eine breite Palette ungelöster Probleme. Als sich herausstellte, dass so gut wie kein Rüstungsprogramm problemlos läuft und das Ministerium schlecht oder sogar falsch organisiert ist, zog sie personelle Konsequenzen. Außerdem treibt sie nun den überfälligen Umbau des Hauses voran.



Katrin Suder – Von der Leyen berief die parteilose Suder 2014 als beamtete Staatssekretärin ins Verteidigungsministerium. Die promovierte Physikerin und Unternehmensberaterin verantwortet die Abteilungen Politik und Ausrüstung sowie Informationstechnik und Nutzung. Sie war vorher Direktorin bei McKinsey und leitete Projekte für die Bundesagentur für Arbeit.

Christine Buchholz – Die verteidigungspolitische Sprecherin der „Linken“ im Bundestag ist gegen eine größere Bundeswehr, aber auch gegen Interventionen: „Die richtige Antwort auf die Überdehnung der Bundeswehr ist die Beendigung der Auslandseinsätze. Die Sicherheit Deutschlands wurde weder am Hindukusch noch wird sie jetzt in Syrien verteidigt. Im Gegenteil.“ Buchholz kommt aus der Friedensbewegung und sieht ihren Schwerpunkt in der Anti-Kriegs-Arbeit.



André Wüstner – Der Oberstleutnant ist seit 2013 Vorsitzender des Bundeswehrverbandes. Er fordert mit Hinweis auf die vielen Auslandseinsätze mehr Personal für die Bundeswehr. Mit dem bestehenden Truppenkörper, sagte er in der ZDF-Sendung „berlin direkt“, seien diese Aufgaben nicht zu bewältigen. Er warnt vor einem Köln der Bundeswehr mit Gefallenen und Verwundeten und sieht die Politik in der Pflicht zu handeln.

Im Prinzip geht es voran, aber ...

Der neue Unterstützungshubschrauber für das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr wird gerne als Erfolgsprojekt verkauft. Immerhin war das Tempo recht hoch. Im Oktober 2012 wurde das Projekt ausgeschrieben, und im Juni 2013 stimmte der Haushaltsausschuss des Bundestages dem Kauf zu. Die Luftwaffe würde also 15 Airbus Helicopters H145M bekommen, eine Abwandlung des zivilen Mehrzweckhubschraubers H145.

Im Dezember 2015 übergab Airbus Helicopters die beiden ersten Hubschrauber an die Luftwaffe. Damit kann das KSK nun auf einen zeitgemäßen Hubschrauber zurückgreifen und ist nicht mehr auf ältere Bo 105 angewiesen. Es geht voran – richtig? Nein, eben nicht. Vor Ort in Donauwörth fand zwar der für solche Anlässe übliche Pressetermin statt. Aber die beiden Hubschrauber bleiben noch bis März beim Hersteller. Sie sind auch noch nicht vollständig ausgerüstet, denn viele Komponenten wie etwa die Bewaffnung werden erst im Laufe dieses Jahres für die H145M zugelassen.

Eine Vorrichtung zum Abseilen fehlt

Was etwas seltsam wirkt, denn es handelt sich hier um leichte Maschinengewehre, die aus der Kabinentür eingesetzt werden. In einigen Berichten ist von mehrläufigen MG vom Typ M134 die Rede, wie sie die US-amerikanischen Streitkräfte verwenden. Raketen oder gar Lenkwaffen sind nicht vorgesehen. Die Hubschrauber dienen primär zum Absetzen und Abholen von Kommandotrupps. Sie sind angeblich voll nachtflugtauglich und bieten bis zu elf Personen Platz. Eine Seilwinde erlaubt das Absetzen oder Aufnehmen im Schwebeflug. Allerdings ist noch offen, ob die Maschinen tatsächlich alle Forderungen erfüllen. Bisher sind sie nicht mit Infrarot-Geräten ausgestattet. Auch scheinen Vorrichtungen für das eigentlich geforderte Abseilen aus dem Hubschrauber zu fehlen.

Allerdings hat Airbus Helicopters das Projekt bisher im vorgegebenen Zeit- und Kostenrahmen abgewickelt. Die praktische Ausbildung der Piloten beginnt im Januar. *F.L.*

Nicht nur Pannen

Bei der Bundeswehr gab es auch erfolgreiche Rüstungsprojekte

Ein Beispiel für ein erfolgreiches Rüstungsprojekt wäre das Transportflugzeug Nord 2501 Noratlas, das die Hamburger Flugzeugbau GmbH (HFB) ab 1958 für die Luftwaffe in Lizenz baute. Das Flugzeug machte keine Probleme und galt allgemein als zuverlässig. Auch das Projekt selber ging ohne Probleme über die Bühne. Dieselben Industriepartner entwickelten dann gemeinsam den Nachfolger Transall C-160 und kooperierten beim U-Bootjäger Breguét „Atlantic“. Auch das leichte Trainings- und Kampfflugzeug „Alpha Jet“ war das Produkt einer weitgehend störungsfreien deutsch-französischen Kooperation.

Aber nicht alle deutsch-französischen Projekte verliefen so erfolgreich. Der Eurocopter „Tiger“ verdankt seine Existenz außenpolitischen Interessen der Regierung Kohl im Jahre 1982. Helmut Kohl, damals frischgebackener Kanzler, wollte seinen ersten deutsch-französischen Gipfel mit einem gemeinsamen Rüstungsprojekt krönen. Der damalige Verteidigungsminister Manfred Wörner sollte sich zwischen einem Kampfflugzeug, Kampfhubschrauber oder Kampfpanzer entscheiden. Am Ende einigte man sich auf einen Kampfhubschrauber als das kleinste Übel.

Politisch gewollte Zusammenarbeit mit Frankreich

Das Heer, dessen Verantwortliche den US-amerikanischen AH-64 Apache von Boeing bevorzugten, spielte keine Rolle, obwohl es der Endabnehmer war. Wörner musste das Projekt gegen den hinhaltenden Widerstand seines eigenen Ministeriums durchsetzen.

Die Partnerländer schafften es nicht, ihr Vorhaben wie geplant abzuwickeln. Man wollte unbedingt besser sein als der AH-64 Apache und konstruierte zahlreiche Innovationen hinein – etwa das Mastvisier auf dem Rotor. Die deutsche Forderung nach einem Mastvisier trieb die Kosten nach oben, während die französische Version mit Dachvisier längst im Einsatz ist. Außerdem wurde die Zahl der deutschen Hubschrauber von 212 auf aktuell 57 gesenkt.

Doch auch die Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Konzern Lockheed und dem spanisch-schweizerischen Unternehmen Hispano-Suiza war nicht unproblematisch. Genannt seien hier der D-104 „Starfighter“ und der Schützenpanzer HS 30. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Hauptstadt der Sex-Täter

Nach den Silvester-Exzessen: Berlins Politik beschönigt weiter die brisante Lage



Bundesweit vorn bei Sexualtaten: In Berlin sind Frauen besonders gefährdet

Bild: laif

In der Hauptstadt gebe es keine sexuellen Übergriffe aus Gruppen, behaupten Politiker an der Spree – auch wenn sie es schon vor den Silvester-Exzessen von Köln und anderswo besser wussten: Berlins Parallelgesellschaften melden sich erneut mit einem erniedrigenden Gruß – nicht erst zum neuen Jahr.

Vorher verabredete massive Sexualstraftaten mutmaßlich nordafrikanischer Männer zur Silvesternacht schockieren Deutschland. Köln, Hamburg, Stuttgart und andere Städte hatten fürchterliche Szenen erlebt. Doch in Berlin sei alles ruhig geblieben, sagt der Senat.

Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) sagt: „Wer Frauen erniedrigt, kann kein Teil unserer Gesellschaft sein." Dass die mutmaßlichen Täter gar nicht Teil dieser Gesellschaft sein wollen, und nach derzeitiger Politik auch kaum zu werden brauchen, klammert Henkel aus, wiegelt ab. Heinz Buschkowsky (SPD), einstiger Bezirksbürgermeister im Brennpunkt Neukölln und in dieser Position als Kritiker der Multikulti-Romantik bekannt geworden, spricht den Taten eine neue Größenordnung ab, berichtet aber von seinen Erfahrungen mit „Menschen, die aus einem gnadenlosen Patriarchat kommen".

Berlin ist statistisch seit zwei Jahren der Brennpunkt sexueller Übergriffe: 20 Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen kamen 2014 auf 100 000 Einwohner – damit liegt die Stadt bundesweit vorn. Und die Berliner Polizei bestätigte auch für die Silvesternacht Attacken wie in Köln. Sie werden den Beamten nach und nach angezeigt. Allein in der Menge der Berichte traumatisierter Frauen liegt der Unterschied.

So gingen bis Redaktionsschluss sechs Anzeigen gegen Sex-Täter ein. Drei Vorfälle ereigneten sich demzufolge auf Berlins Silvestermeile nach ähnlichem Muster wie in Köln: Die Frauen berichten von massiver sexueller Belästigung.

Die Polizei verhaftete zwei Verdächtige, die je eine Besucherin attackiert haben sollen. Ein 17-jähriger Pakistaner und ein 20-jähriger Iraker stehen unter Tatverdacht – beide sind in Flüchtlingsheimen untergebracht. Der Iraker soll eine Frau ins Gesicht geschlagen haben, weil sie sich den Angriff verbat.

> Auch an der Spree kam es an Neujahr zu Übergriffen

In einem von den Beamten am Dienstag nach Silvester protokollierten Fall schildert eine Frau Übergriffe aus einer Gruppe von mehreren Männern. Dabei konnten die Täter problemlos aus der Masse handeln und später im Fest untertauchen. Die Polizei nahm drei weitere Anzeigen außerhalb der Feiermeile auf – letztere Vorfälle hätten sich unabhängig voneinander ereignet. Eine Touristin berichtet, in einer Grünanlage von drei bis fünf Männern bedrängt worden zu sein. Unter all den Tatverdächtigen erschien bisher ein deutscher Staatsbürger.

Auf der Internetseite „berlin.iholla-back.org" schildern Frauen die Taten – Thema ist dort immer wieder indirekt die fremde Herkunft der Täter: Nur mit klarem „Nein" auf Englisch hofften Frauen, den Angreifern Einhalt gebieten zu können.

Im politisch korrekten Umfeld, besonders der Politik selbst, gehen die Warnsignale indes unter. Vergessen die Einblicke der Jugendrichterin Kirsten Heisig in das verächtliche Frauenbild arabischer und türkischer junger Intensivtäter in ihrem Buch „Das Ende der Geduld". Vergessen die zunehmende Gewalt an Berlins Schulen, sexuelle Beleidigungen insbesondere gegen Lehrerinnen, die oft folgenlos bleiben.

Henkels Reaktionen zeigen beispielhaft, wie die Politik sich vor den Folgen eigener Entscheidungen wegduckt. Mit der wachsenden Zahl der Misshandelten wird das schwieriger. Auf Berlins Silvestermeile gab es schon 2014/15 Übergriffe nach dem jetzt bundesweit bekannten Muster. Damals aber schwieg die Politik. Sie bemäntelte die arabisch-islamische Herkunft der meist jungen männlichen Täter und klammerte deren Frauenbild aus.

In Berlin ist es schon deshalb nicht besser, weil Frauen sich nach Übergriffen, auch brutalen, wenig erhoffen können. Die Aufklärungsquote ist gering, die allgemeine Abstumpfung verbreitet. Weder die polizeiliche Kriminalstatistik noch der Berliner Kriminalitätsatlas erfassen Beleidigungen mit sexuellem Hintergrund, obwohl es Straftaten sind. Sexualdelikte in öffentlichen Verkehrsmitteln haben schon 2014 um 11,1 Prozent zugenommen. Zwar sind laut Statistik rund 60 Prozent der mutmaßlichen Täter Inhaber deutscher Pässe, doch bestätigt die Zahl nur, was Berlins offizielle Statistiken seit Jahren belegen: Dass muslimisch geprägte Ausländergruppen überverhältnismäßig stark als Tatverdächtige auftreten.

Die Belege dafür sind zahlreich, doch Politiker blenden die kulturell bedingte Erniedrigung selbst bei Erkennen reflexhaft aus. Im Oktober räumte Buschkowskys Nachfolgerin, Franziska Giffey (SPD), ein: „Im [berüchtigten] Rollberg-Viertel gibt es das geflügelte Wort: Hier sucht sich kein Mädchen seinen Mann alleine aus." – Muslime und deren Frauenbild seien indes dafür nicht ausschlaggebend. Die Fraktionschefin der Berliner Landes-Grünen, Ramona Pop, sagte mit Blick auf Köln: „Wir dürfen nicht darüber hinwegsehen, dass es Hinweise auf einen Migrationshintergrund der Täter gibt." Trotzdem würde das Thema vor allem missbraucht, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. Vom Berliner Touristenmagnet RAW-Gelände ist das in Medien weiter verharmlosend als „Antanzen" beschriebene sexuelle Nötigen und Ausrauben von Nachtschwärmerinnen eine lange bekannte Tatsache – doch auch hier stellte bislang kaum ein Politiker unbequeme Fragen zum Hintergrund. *Sverre Gutschmidt*

Der T-Rex ist der neue Knut

Von Vera Lengsfeld

Wer erinnert sich nicht an das süße Eisbärenbaby, das erst die Berliner, dann die ganze Welt begeisterte und bis zu seinem frühen Tod immer wieder für Schlagzeilen sorgte? Selbst Knuts Pfleger avancierte für kurze Zeit zum begehrtesten Junggesellen der Stadt, bis er seinem Schützling in die ewigen Jagdgründe folgte.

Einen frühen Tod hat die neueste Sensation nicht zu befürchten. Der erfolgte bereits vor 66 Millionen Jahren. Was auf den merkwürdigen Namen Tristan getauft wurde, sind die Überreste eines Raubsauriers, die zu den vollständigsten Tyrannosaurus-Rex-Skeletten weltweit gehören. Der Fund aus den Jahren 2010 bis 2012 ist die Leihgabe eines Sammlers. Auch künftig soll Tristan Dino-Fans locken – und für mindestens drei Jahre im Museum bleiben.

Schon die Eröffnung der T-Rex-Show am 17. Dezember war ein gesellschaftliches Ereignis. Die Karten dafür waren bereits Monate vorher vergeben. Im Laufe des Monats kamen dann rund 59 000 Menschen in das Naturkundemuseum, wie seine Sprecherin stolz verkündete. Im Vorjahr waren es im selben Monat 38 000. „Besonders an den Feiertagen haben sich lange Schlangen gebildet", ließ das Museum vermelden. Zeitweise seien keine weiteren Besucher eingelassen worden, weil es zu voll geworden wäre.

Wegen des Ansturms hatte das Haus im Dezember ausnahmsweise auch montags geöffnet. Insgesamt kamen 2015 rund 542 000 Besucher, im Vorjahr waren es 463 000. Die Konkurrenz ist weit weg. Nur Chicago hat mehr zu bieten. Das dortige T-Rex-Skelett namens Sue ist sogar etwas größer und besser erhalten.

Parallel zur Ausstellung soll das mehr als 66 Millionen Jahre alte Skelett weiter erforscht werden. Das ist ganz im Sinne des Mannes, dessen umfangreiche Sammlung aus seinen Forschungsreisen den Hauptbestand des Naturkundemuseums bildet: Alexander von Humboldt. Im englischsprachigen Raum wird deshalb auch vom „Humboldt-Museum" gesprochen. Das 1810 gegründete „Museum für Naturkunde", wie es heute heißt, gehörte ursprünglich zur Humboldt-Universität, ist seit Januar 2009 eine Stiftung des öffentlichen Rechts und das größte Naturkundemuseum Deutschlands. Um den vielen Besuchern die Suche zu erleichtern, wurde die nächstgelegene U-Bahnstation nach dem Museum benannt. Zu DDR-Zeiten gehörte diese Station zu den „Geisterbahnhöfen" und hieß „Stadion der Weltjugend". Wenn die Besucher aus aller Welt aufmerksam sind, können sie nicht nur unter den 30 Millionen Objekten die Fauna, Flora und Botanik des Amazonas-Gebietes oder Sibiriens, sondern auch ein Stück jüngster Stadtgeschichte studieren.

Richter auf den Barrikaden

»Schlechteste Bezahlung Deutschlands«: Juristen wollen klagen

Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) droht eine große Zahl von Klagen vor dem Verwaltungsgericht. Bereits seit Jahren fühlen sich Richter, Staatsanwälte und Justizbedienstete des Landes Berlin unterbezahlt, nun wird es immer wahrscheinlicher, dass es möglicherweise zu Hunderten Prozessen kommt.

Medienberichten zufolge liegen tausende Widersprüche von Betroffenen vor, die teilweise schon seit dem Jahr 2010 regelmäßig eingelegt werden. Ermutigt fühlen sich die Justizmitarbeiter mit ihrer Forderung nach höherer Besoldung durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2015. Das Gericht hatte dabei die Besoldung der Richter und Staatsanwälte in Sachsen-Anhalt für verfassungswidrig erklärt. Festgestellt wurde, dass in dem Land von 2008 bis 2010 eine absolute Untergrenze bei der Besoldung unterschritten worden war.

Nach Angaben des Deutschen Richterbundes blieb im Land Berlin die Entlohnung allerdings schon 2010 um monatlich 352 Euro hinter der von Sachsen-Anhalt zurück. Der Abstand soll sich bis Juli 2015 um zehn Euro erhöht haben, so der Deutsche Richterbund. Noch gravierender ist der Unterschied im bundesweiten Vergleich: Demnach erhalten die Berliner Richter und Staatsanwälte für die gleiche Arbeit bis zu 800 Euro pro Monat weniger als Kollegen in anderen Ländern. „Nirgendwo in Deutschland verdienen Richter und Staatsanwälte weniger als in Berlin.", so das Fazit des Richterbundes. Anlass, dass viele Justizmitarbeiter nun erwägen, vor das Verwaltungsgericht zu ziehen, ist ein Schreiben des Berliner Justizsenators vom Dezember. In dem Papier waren die Betroffenen aufgefordert worden, nun über ihren Widerspruch entscheiden zu lassen – auch ohne dass die Innenverwaltung die Besoldung neu berechnet hätte. An der Neuberechnung sitzt die Innenverwaltung inzwischen seit geraumer Zeit. Mittlerweile fühlen sich nicht nur Richter und Staatsanwälte verschaukelt, sondern auch die Berliner Abgeordneten.

> Spekuliert der Senator auf eine Verjährung?

Diese benötigen Zahlen für ihren Haushalt, werden aber seit Monaten vertröstet. Mit der Aufforderung des Senators sehen sich viele Justizmitarbeiter unter Zugzwang gesetzt, da bislang ein Stillhalteabkommen unter den Konfliktparteien galt: Verabredet worden war, dass sich niemand auf Verjährung beruft, die Verfahren allerdings als ruhend gestellt gelten. *Norman Hanert*

Haseloff nervös

Kölns Schatten auf der Sachsen-Anhalt-Wahl

Am 13 März finden in Sachsen-Anhalt Landtagswahlen statt. Die letzte Meinungsumfrage sieht die Alternative für Deutschland mit 13,5 Prozent nur noch zwei Punkte hinter der SPD, die CDU liegt bei 35 Prozent.

Aufgeschreckt von den jüngsten Ereignissen hat Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) nun die Asylkrise als Wahlkampfthema entdeckt. Für Sachsen-Anhalt will er künftig eine Obergrenze von 12 000 Asylbewerbern jährlich durchsetzen. „Da nehme ich die Kommunalpolitiker ernst, die mir klar sagen, wo ihre Grenzen der Aufnahmefähigkeit sind. Und da kann ich auch sagen: Das ist hochgerechnet für das Land die Möglichkeit, auch echte Chancen einzuräumen. Denn derzeit ist es oft menschenunwürdig, wie wir Flüchtlinge unterbringen." Sein Arbeitsminister Norbert Bischoff (SPD) möchte dagegen mehr „Flüchtlinge" nach Sachsen-Anhalt lotsen: „Wir dürfen nicht vergessen, dass Sachsen-Anhalt seit 1990 etwa eine Million Einwohner verloren hat. 40 000 Zugewanderte aufzunehmen, dürfte daher kein Problem sein", so das simple Zahlenspiel des Sozialdemokraten.

> Heftige Attacken gegen die AfD

Bei der bislang letzten Umfrage, veröffentlicht am 5. Dezember, erreichten die schwarz-roten Koalitionäre nur noch eine sehr knappe Mehrheit. Nach den Silvester-Exzessen könnten sie noch schlechter abschneiden. Schon zuvor feuerte Haseloff gegen die bereits seit Monaten wieder aufstrebende AfD: „Da findet man teilweise eine Wortwahl, die mich an die NPD erinnert", poltert Haseloff. Die AfD, so der CDU-Politiker, dürfe keinen Platz im demokratischen Spektrum haben. *Hans Lody*

Studium: Plus für Asylhelfer

Das Institut für Philosophie der Humboldt-Universität Berlin verlangt zum Abschluss des Studiengangs eine mindestens 300 Stunden umfassende „Berufsfeldbezogene Zusatzqualifikationen" (BZQ). Neuerdings will das Institut auch ehrenamtlich erbrachte Tätigkeit bei der Betreuung oder Versorgung von Asylbewerbern hierauf anrechnen. Tobias Rosefeldt, Kant- und Descartes-Dozent, wirbt damit, dass die Anerkennung sogar rückwirkend möglich sei. „Wer Lust hat, neu in die Flüchtlingsarbeit einzusteigen", könne sich beim Berliner Pro-Asylverein „Multitude e.V." informieren, erklärte Rosefeldt seinen Studenten. Dort heißt es: „Es ist nicht einzusehen, dass von Asylbewerberinnen einerseits Anpassung erwartet wird, sie sich mit allerlei bürokratischen Hürden sowie institutionellen und alltäglichen Rassismen herumzuschlagen haben, andererseits aber keinerlei Bedingungen dafür geschaffen werden, aus der Isolation zu kommen." *H.L.*

MELDUNGEN

Neuer Plan für Afghanistan

Islamabad – Die Beratungen über den Friedensprozess in Afghanistan gehen in eine neue Runde. Anfang der Woche kamen im pakistanischen Islamabad Vertreter Afghanistans, Pakistans, Chinas und der USA zusammen, um den festgefahrenen Friedensprozess am Hindukusch wiederzubeleben. Taliban-Vertreter waren noch nicht eingeladen. Ziel der Konsultationen ist es, sie an den Verhandlungstisch zu bringen. Im nächsten Schritt sollen Anreize für die Taliban entwickelt werden, keine Gewalt mehr anzuwenden. Dazu soll zunächst eine Liste von gesprächswilligen Taliban erstellt werden. Jede der an den Beratungen teilnehmenden Parteien erhielt konkrete Aufgaben zugewiesen. Die Vertreter Afghanistans und Pakistans warnten indes vor überzogenen Erwartungen. *U.M.*

Katalonien hat neue Regierung

Barcelona – Mehr als drei Monate nach der Wahl des Regionalparlaments hat die autonome spanische Region Katalonien eine neue Regierung. Neuer Regierungschef ist der 53-jährige Carles Puigdemont von der bürgerlichen CDC, der seinen Parteifreund Artur Mas ablöst. Die CDC war bei der Parlamentswahl über eine separatistische Listenverbindung angetreten, die jedoch die absolute Mehrheit verfehlte. Für die erneute Wahl zum Regierungschef wäre Mas auf die Stimmen der kapitalismuskritischen CUP angewiesen gewesen. Da diese ihm jedoch wegen seiner Korruptionsaffären verweigert wurde, verzichtete er nach mehreren erfolglosen Wahlgängen. Die Regierungsbildung wird der Unabhängigkeitsbewegung Schwung geben. Im November hatte das Regionalparlament eine Unabhängigkeitsresolution beschlossen, die innerhalb von 18 Monaten eine Abspaltung von Spanien. *J.H.*

Scheinheilige deutsche EU-Politiker

Beim PiS-regierten Polen wird kritisiert, was in Deutschland gängige Praxis ist

Wenn sich ausgerechnet deutsche Politiker empören über die Entwicklung in Polen, kann man das nur als Ausdruck von Doppelmoral werten. Tatsächlich holt die in Warschau neu ins Amt gekommenen Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit" (PiS) nur im Eiltempo nach, was in anderen EU-Ländern teilweise seit Jahrzehnten gängige Praxis ist – vor allem auch in Deutschland.

Geht es nach EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, dann hat das, was derzeit in Polen zu beobachten ist, „Staatsstreichcharakter". Die Kritik des SPD-Politikers geht inzwischen sogar so weit, dass er der im letzten Herbst ins Amt gewählten neuen polnischen Regierung vorwirft, eine „gefährliche Putinisierung der europäischen Politik" zu betreiben. Ein anderer Deutscher in Brüssel, EU-Digitalkommissar Günther Oettinger machte Vorschläge, wie eine härtere Gangart Brüssels gegenüber den Polen aussehen könnte. „Es spricht viel dafür, dass wir jetzt den Rechtsstaatsmechanismus aktivieren und Warschau unter Aufsicht stellen", so der CDU-Politiker unlängst in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung". Angesprochen ist damit ein bislang noch nie genutztes Disziplinierungsverfahren, das als mächtigste juristische Waffe Brüssels gegen unbotmäßige EU-Mitgliedsstaaten gilt. Erst im Jahr 2014 eingeführt, öffnet der „Rechtsstaatsmechanismus" als Ultima Ratio sogar die Möglichkeit, einem Mitgliedsstaat im EU-Rat das Stimmrecht zu entziehen. Einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" zufolge, will man in Brüssel offenbar den Schwerpunkt der Prüfverfahrens auf die polnische Verfassungsgerichtsbarkeit legen.

Dass dabei tatsächlich alle Details etwa bei der Auswahl der Richter des polnischen Verfassungsgerichts zur Sprache kommen werden, ist zu bezweifeln. Denn die Brüssel nahestehende abgewählte Bürgerplattform (PO) des jetzigen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk hat in Sachen Verfassungsgericht sehr fragwürdig agiert. Nachdem die PO die Parlamentswahlen im Oktober verloren hatte, hat die Regierung von PO-Ministerpräsidentin Ewa Kopacz quasi noch auf den letzten Drücker den Wahlsieger PiS vor vollendete Tatsachen gestellt. Flugs wurden Mitte Oktober noch schnell fünf neue Richter ernannt, obwohl die Amtszeit von drei Richtern erst im November, zwei weiterer gar erst im Dezember endete. Vier dieser neu berufenen Richter wurden sogar noch eiligst vereidigt. Mit diesem Vorgehen schien trotz der Wahlniederlage eine „linksliberale" Mehrheit im höchsten Gericht Polens vorerst gesichert zu sein. Vor diesem Hintergrundes ist verständlich, dass die neue polnische Regierung für sich das Recht in Anspruch genommen hat, über die Richterberufung selbst zu entscheiden. Auch die nun geäußerte Kritik an der Einflussnahme der Politik auf die Besetzung des höchsten polnischen Gerichts ist mit Skepsis zu sehen. In der Bundesrepublik nehmen die etablierten Parteien seit Jahrzehnten für sich das Recht in Anspruch, bei der Auswahl des Personals für das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mitzubestimmen.

> Nach der Wahlniederlage hatte die PO-geführte Regierung noch vorzeitig fünf neue Richter ernannt



Versuchen, Warschau mit Brüssel gleichzuschalten: Martin Schulz und Günther Oettinger (v.l.) Bild: ddp images

Der Verdacht der Doppelmoral drängt sich ebenso bei der Kritik an der geplanten Zusammenlegung des Justizministerpostens mit dem des polnischen Generalstaatsanwalts auf. Am 24. Dezember 2015 war in Warschau der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt worden, das vorsieht, dass der Justizminister in Personalunion auch das Amt des Generalstaatsanwalts ausübt. Gerade von Politikern der etablierten Parteien in Deutschland muss Kritik an dem Vorhaben unangebracht wirken. Wie der Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, Erardo C. Rautenberg, in einem Gastbeitrag für den „Tagesspiegel" inzwischen deutlich gemacht hat, ist Deutschland bereits vor Jahren vom Europarat aufgefordert worden, selbst für eine klare Trennung von Justizministerium und Staatsanwaltschaften zu sorgen. So ist in einer am 30. September 2009 einstimmig gefassten Resolution des Europarats ganz klar an Deutschland die Forderung ergangen, die Möglichkeit abzustellen, „dass die Justizminister der Staatsanwaltschaft Anweisungen zu einzelnen Fällen geben". Bemühungen, den angesprochenen Missstand abzustellen, sind bislang weder von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) noch von seinen Vorgängern bekannt. Eine Umsetzung dieser Forderung hat der Deutsche Richterbund bislang wiederholt ohne Erfolg angemahnt.

Auch die Kritik am neuen polnischen Mediengesetz kann mit gutem Grund als scheinheilig gelten. Auch hier führt Polen nur Verhältnisse ein, die in Deutschland seit Jahrzehnten herrschen. Der politische Zugriff auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den PiS in Polen plant, ist in Deutschland seit Jahrzehnten traurige Praxis. *Norman Hanert*

P2-Gründer tot

Mit Licio Gelli starb einer der schillerndsten Logenbrüder Italiens

Licio Gelli ist vergangenen Monat im Alter von 96 Jahren gestorben. Der sogenannte Marionettenspieler hat gleich in mehrerer großen Skandalen und Affären der italienischen Politik im Hintergrund die Strippen gezogen. Für Schlagzeilen sorgte er vor allem 1981, als bei einer Hausdurchsuchung in seiner Villa in Arezzo eine Liste entdeckt wurde mit den Namen zahlreicher Offiziere, Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, die sich in der Geheimloge Propaganda Due (P2) engagiert hatten. Aufgezählt waren die Namen von über 900 Politikern und Industriellen, unter anderem auch der des späteren Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi. Die Entdeckung der Liste führte in Italien zu einem nationalen Skandal, weil zahlreiche öffentliche Ämter der Republik mit Gefolgsleuten Gellis besetzt waren. Nachdem die damaligen Vorgänge zum Teil auch intensiv von der italienischen Justiz aufgearbeitet worden sind, kann der erfolgreiche Unterwanderungsversuch des italienischen Staates durch die Geheimloge P2 schwerlich als „Verschwörungstheorie" abgetan werden.



Bild: wikipedia

Als Logenbruder: Licio Gelli

Gioele Magaldi, selbst Freimaurer, behauptet in seinem vergangenes Jahr in Italien erschienenem Buch „Massoni. Società a responsabilità illimitata. La scoperta delle Ur-Lodges", dass der Einfluss von Geheimlogen auf die italienische Politik bis heute anhalte. Er sieht die Macht immer noch bei einigen Ur-Logen, welche die eigentlichen politischen Machthaber im Land seien. Laut Magaldis Buch hat Italiens aktueller Ministerpräsident Matteo Renzi sich bislang vergeblich um Aufnahme in eine der einflussreichen Logen bemüht. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi und der ehemalige Präsident der Italienische Republik Giorgio Napolitano sollen es hingegen bereits geschafft haben. Sie sollen dem exklusiven Geheimzirkel „Three Eyes" angehören. Draghi soll Sergio Mattarella auch sein Präsidentenamt verdanken. Angeblich hat der EZB-Chef ihn bei Regierungschef Matteo Renzi als Staatschef durchgesetzt. Magaldi gibt an, selbst Hochgradfreimaurer zu sein und seine Informationen teilweise von hochgradigen Mitgliedern anderer Logen erhalten zu haben. *N.H.*

Angst vor »Farbrevolution«

Zum Jahreswechsel veröffentlichte Putin aktuelle Sicherheitdoktrin

Pünktlich am 31. Dezember unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin sein neues Strategiepapier zur Sicherheit der Russischen Föderation, das auch auf dem offiziellen Internetportal der Regierung veröffentlicht wurde.

Den Schwerpunkt der neuen Sicherheitsstrategie bildet der Kampf gegen den Terrorismus und Extremismus, aber Putin bezieht darin auch Stellung zur veränderten Lage in Bezug auf den Westen und die Nato.

Putin lässt keinen Zweifel daran, dass er den Status der Russischen Föderation als eine der weltweit führenden Kräfte sichern und festigen will. Wie die Erhöhung der Militärausgaben der letzten Jahre belegt, gilt sein besonderes Augenmerk der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die beabsichtigte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaft insgesamt. Zu den erklärten Zielen Russlands gehört daher, in der Lebensmittelversorgung unabhängig zu werden von Importen, weshalb eine Intensivierung der Landwirtschaftsentwicklung angestrebt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, soll mehr hochqualifiziertes Personal ausgebildet und in den ländlichen Raum entsandt werden. Die Regierung spricht sich klar gegen Gentechnik aus und kündigte Kontrollen gegen die Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen an.

Neu ist, dass Putin in Interviews zugibt, dass die Abhängigkeit von Rohstoff-Exporten eine ernsthafte Gefahr für Moskau darstellt. In der Sicherheitsdoktrin ist denn auch von der Stärkung des Finanzsystems, der Stabilisierung des Rubelkurses, der Reduzierung von Bankzinsen wie von der Diversifizierung der Wirtschaft die Rede, die es anzustreben gilt.

> Nato-Osterweiterung Grund für nukleare Abschreckung

Außenpolitisch setzt Putin auf die Entwicklung der Beziehungen zu den GUS-Staaten. Daneben hat China eine Schlüsselrolle für Russland. Erstmals bezeichnet Putin die Osterweiterung der Nato als „Gefahr für die nationale Sicherheit" der Russischen Föderation. Bezüglich der Beziehungen zum Westen kritisiert er die USA, die ihre Dominanz in den Weltangelegenheiten beibehalten wollten und sich deshalb an einer selbstständigen Innen- und Außenpolitik Russlands störten. Das erhöhe wiederum den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck auf Russland. Das Strategiepapier ersetzt eine Version von 2009, in der weder die USA noch die Nato Erwähnung fanden.

Putin betonte, dass Moskau grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit der Nato bereit sei. Mit der Osterweiterung hat das Riesenreich jedoch Probleme. Seit 2011 hatte die Nato mit Georgien, Bosnien, Herzegowina, Mazedonien und Montenegro immer wieder mögliche Mitglieder ins Gespräch gebracht, die für Moskau strategische Bedeutung haben.

Im Papier werden die sogenannten „Farbrevolutionen" wie sie in Serbien oder Georgien stattgefunden haben und seit Ende 2013 das Nachbarland Ukraine destabilisieren, als vom Westen inszeniert gebrandmarkt. Sie sei eine der größten nationalen Bedrohungen der Sicherheit der Russischen Föderation. Revolutionen dieser Art drohten auch „traditionelle geistig-moralische russische Werte" zu zerstören.

Militärisch setzt der russische Präsident deshalb zur strategischen Abschreckung und Prävention von militärischen Konflikten auf die Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung auf „einem ausreichenden Niveau". *Manuela Rosenthal-Kappi*

»Informations- und Dialogoffensive«

Wie die EU, die Bundesregierung und der BDI die Skepsis der Bürger gegenüber TTIP zerstreuen wollen

Wegen des massiven gesellschaftlichen Drucks gegen das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership, Transatlantisches Handels- und Investitionspartnerschaft) zwischen den USA und der EU hat die EU-Kommission eine „Informations- und Dialogoffensive“ zu TTIP gestartet. Auch die Bundesregierung und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) werben intensiv für den umstrittenen Freihandelspakt.

In keinem anderen Land der Europäischen Union ist der Widerstand gegen TTIP so groß wie in Deutschland. Das zeigte sich am 10. Oktober vergangenen Jahres bei der Berliner Anti-TTIP-Demonstration, der europaweit größten an diesem Tag. Nach offiziellen Angaben gingen mehr als 150 000, nach Angaben der Veranstalter 250 000 Menschen auf die Straße. Außerdem hat ein Bündnis von Gegnern des geplanten Freihandelsabkommens 3,28 Millionen Protest-Unterschriften aus ganz Europa gesammelt, davon die weitaus meisten in Deutschland.

Inzwischen zogen die EU- und die US-Verhandlungspartner Konsequenzen aus der vehementen Ablehnung des in TTIP ursprünglich vorgesehenen Investitionsschutzes durch private Schiedsgerichte. Nach der neuen, abgemilderten Variante sollen bei Streitigkeiten zwischen Unternehmen und Staaten wegen vermeintlicher Handelshemmnisse statt dessen Handelsgerichte eingesetzt werden, die in ihrer Funktionsweise deutlich mehr traditionellen Gerichten entsprechen.

Den TTIP-Gegnern genügt das nicht, sie wenden sich generell gegen das einseitige Sonderklagerecht von Konzernen. Bereits die Drohung mit einer enormen Entschädigungsklage könne Staaten dazu bewegen, zum Nachteil der Verbraucher auf notwendige Regulierungen zu verzichten. Das brächte den ohnehin kostengünstig wirtschaftenden großen US-Konzernen („Global Player“) weitere Wettbewerbsvorteile. Die Behauptung der US-Handelsministerin Penny Pritzker, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen von geringeren Kosten, einem besseren Marktzugang und höherer Effizienz innerhalb der riesigen Freihandelszone profitieren würden, weisen viele Repräsentanten dieser Unternehmen zurück. Sie gründeten das Bündnis „KMU (kleine und mittelständische Unternehmen) gegen TTIP“ und sammeln Unterschriften für ihre Forderung nach einem Stopp der seit 2013 laufenden Verhandlungen. In Österreich überreichte KMU gegen TTIP der Wirtschaftskammer 2000 Unterschriften gegen TTIP. Nach Einschätzung des ifo-Zentrums für Außenwirtschaft

> Bundesregierung bietet Lobbyisten Unterstützung an

ist die Behauptung, dass mehr Freihandel mehr Wertschöpfung bedeute, für Europas Bauern ebenfalls unzutreffend.



„Ein starkes TTIP für Deutschland“: Plakat der Kampagne auf einem Kleinlaster *Bild: dpa*

Unter dem Eindruck des Gegenwinds hat die EU-Kommission ein Strategiekonzept erarbeitet, das bis auf minimale Änderungen ein „Weiter so!“ beinhaltet. Vor Beginn der 11. TTIP-Verhandlungsrunde in Miami (Florida) verkündete die schwedische EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström als Signal für mehr Transparenz, dass Abgeordnete zukünftig in den Hauptstädten und Brüssel Zugang zu den TTIP-Dokumenten in gesicherten Leseräumen erhalten sollen. Aus den USA liegt noch keine Stellungnahme vor.

Entsprechend einer Empfehlung der Nato-nahen, von den USA instruierten Denkfabrik „Atlantic Council“ betonen die Politiker und Kommissare jetzt noch stärker die geostrategische Bedeutung des Abkommens. Sollte TTIP scheitern, wäre das Ansehen der westlichen Welt beschädigt, heißt es. Ökonomische und politische Stärke sind für die US-Strategen zwei Seiten einer Medaille. Zum Erhalt ihrer weltpolitischen Bedeutung sehen sich die USA auf die EU als Quasi-Erweiterungsraum angewiesen. So blickt auch die EU-Kommission auf den asiatisch-pazifischen Raum und behauptet einen Zugzwang durch das fertig verhandelte Freihandelsabkommen Transpazifische Partnerschaft (TPP) der USA mit Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam. In den Reden von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gehen die Warnung vor einem möglichen Scheitern von TTIP stets einher mit Hinweisen auf niedrige chinesische Arbeits- und Umweltstandards, die angeblich Europa und den Rest der Welt zu überrollen drohen.

„Acht kleine oder vier dicke Schrauben?“, lautet die Überschrift eines Artikels zu TTIP in der neuen Ausgabe von „Deutschland aktuell“, dem vierteljährlichen Magazin der Bundesregierung, Beilage in Publikums- und Fernsehzeitschriften. Informationen finden sich kaum darin, eher ist es als Desinformation zu bezeichnen, wenn ausgerechnet ein kleines Familienunternehmen um Akzeptanz für den umstrittenen Investitionsschutz für Auslandsinvestoren wirbt. Auf ihrer Internetseite bietet die Bundesregierung nicht näher genannten „zivilgesellschaftlichen Organisationen“ eine Förderung von Projekten zum Themenkreis „Öffentlichkeitsarbeit für Europa“ an, unter anderem im Hinblick auf TTIP. Ohne Weiteres kann der Staat auf diesem Wege einem Lobbyverband wie dem BDI unter die Arme greifen, der im Internet auf diversen Kanälen unter dem Motto „Ein starkes TTIP für Deutschland“ mit den „Mythen“ über TTIP aufräumen will. In diesem Jahr sind also turbulente Debatten zu TTIP vor dem Hintergrund der schwierigen Verhandlungen zwischen der EU und den USA zu erwarten. *Dagmar Jestrzemski*

MELDUNGEN

Schon bald mehr Arbeitslose

Berlin – Im vergangenen Jahr waren bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Durchschnitt 2,795 Millionen Menschen als arbeitslos registriert. Das ist der niedrigste Stand seit 1991, als 2,6 Millionen Arbeitslose gemeldet waren. Durch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt schloss die BA das Jahr mit einem Überschuss von 3,7 Milliarden Euro ab. Für 2016 rechnen die BA-Experten mit neuen Höchstständen bei der Zahl von Erwerbstätigen und Beschäftigten bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit, weil das Arbeitskräfteangebot durch die Massenzuwanderung stark steigen wird. *U.M.*

Kohle: Vattenfall sammelt Gebote

Berlin – Der schwedische Energiekonzern Vattenfall will sein mitteldeutsches Braunkohlegeschäft mit mehreren Tagebau-Standorten und Kraftwerken verkaufen. Der Wert des Pakets wird auf knapp drei Milliarden Euro geschätzt. Dazu hat das Unternehmen mehrere Interessenten aufgefordert, ein verbindliches Gebot abzugeben. Branchenkreisen zufolge gehört dazu neben mehreren tschechischen Konzernen auch ein aus dem Essener Stromerzeuger Steag und einer australischen Investmentgruppe bestehendes Konsortium. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.027.942.539.887 €
Vorwoche: 2.027.845.495.615 €

Verschuldung pro Kopf:
25.012 €
Vorwoche: 25.010 €

(Dienstag, 12. Januar 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Was für ein Chaos«

Selbst Minister Lies schimpft über das Wintermanagement der DB

Mit immer neuen Sparangeboten versucht die Deutsche Bahn, zusätzliche Kunden zu gewinnen. Überfüllte Züge, Unpünktlichkeit und der Ausfall von Zugverbindungen könnten allerdings auf potenzielle Neukunden wie auf Stammkunden eher eine abschreckende Wirkung haben. Die durch Rabattangebote zusätzlich zur Bahn gelockten Reisenden treffen nämlich auf ein Unternehmen, das Probleme hat, seine Kunden zufriedenzustellen. Wie eine Umfrage vom Berufsnetzwerk Xing ergeben hat, sind vor allem Pendler von den Leistungen der Bahn sehr enttäuscht. In der im Dezember veröffentlichten Umfrage zufolge gab fast jeder zweite Befragte an, „weniger zufrieden“ (29 Prozent) oder „gar nicht zufrieden“ (16 Prozent) zu sein.

Inzwischen sorgt der Wintereinbruch für neue Negativschlagzeilen im Zusammenhang mit der Deutschen Bahn. Nachdem es vor allem in Norddeutschland schon im Dezember wiederholt Probleme mit Zugausfällen, überfüllten Zügen und Verspätungen gegeben hatte, wurden rund 600 Reisende von einer 22-stündigen Verspätung betroffen. Zunächst saßen die Passagiere eines IC wegen Schäden an der elektrischen Oberleitung für eine ganze Nacht kurz vor Emden fest. Von Rotem Kreuz, Feuerwehr und Technischem Hilfswerk mit warmem Essen und Getränken versorgt, mussten die Passagiere im stehengebliebenen Zug, auf Feldbetten in einer Halle oder im Hotel übernachten. Als die Fahrt am nächsten Morgen endlich fortgesetzt werden konnte, war wegen einer Weichenstörung bereits hinter Emden wieder Schluss.

> Fast jeder Zweite ist weniger oder gar nicht zufrieden

Betroffen von dem Winterchaos bei der Bahn war unter anderem auch Olaf Lies (SPD). Niedersachsens Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr machte per Facebook seinem Ärger Luft: „Was für ein Chaos bei der Bahn. Stehe mit Hunderten Fahrgästen auf dem Bahnhof in Bremen. Es geht nichts ... in keine Richtung. Sollten wir etwa Winter haben und keiner hat es gewusst?“

Dass die Bahn es in Kauf nimmt, diese ohnehin angespannte Lage noch durch Rabattaktionen, also zusätzliche Kunden, zu verschärfen, dürfte vor allem mit den finanziellen Aussichten beim Konzern zu tun haben: So haben schlechte Geschäftszahlen, unpünktliche Züge, Lokführerstreiks und die zunehmend erfolgreicher agierende Fernbus-Konkurrenz die Deutsche Bahn mittlerweile stark unter Druck gebracht. Wie vom „Handelsblatt“ bereits Ende vergangenen Jahres berichtet wurde, droht der Bahn, 2015 trotz eines Rekordumsatzes von mehr als 40 Milliarden Euro erstmals seit dem Jahr 2003 wieder mit einem Verlust abzuschließen. Zwar soll im laufenden Geschäft ein Plus von 1,75 Milliarden Euro erzielt worden sein, aber Kosten für den Konzernumbau und Wertberichtigungen im Güterverkehr haben das Jahresergebnis ins Minus gedrückt. Wie vom „Handelsblatt“ weiter berichtet wurde, rechne das Unternehmen bis zum Jahr 2020 mit insgesamt 13 Milliarden Euro weniger Umsatz und 3,6 Milliarden Euro weniger beim operativen Ergebnis. Mit dieser Prognose scheint auch das von Konzernchef Rüdiger Grube ausgegebene Ziel, den Umsatz von 39 auf 50 Milliarden Euro zu steigern, in weite Ferne gerückt. *Norman Hanert*

Putin vor schwierigem Jahr

Moskau ächzt unter Sanktionen und anhaltend niedrigem Ölpreis

Politisch wie auch wirtschaftlich könnte das Jahr 2016 zu einem Gradmesser für Russlands Zukunft werden. Im Herbst stehen Parlamentswahlen an, die immer auch ein Abbild von Putins aktuellem Beliebtheitswert geben.

Dass die Sanktionen des Westens Russland hart treffen, bezeugen schon die Wirtschaftsdaten: Das Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr um 3,8 Prozent gesunken, die Industrieproduktion um 3,3 Prozent. Die Inflation liegt zurzeit bei 12,7 Prozent, Tendenz steigend, Diese Zahlen bestätigte Präsident Wladimir Putin in einem „Bild“-Interview, das er in Sotschi gab. Größeren Schaden als die Sanktionen richte allerdings der Verfall des Ölpreises an. „Wir haben gefährliche Einbußen zu verzeichnen“, so Putin. Russland stabilisiere seine Wirtschaft derzeit Schritt um Schritt. Die Handelsbilanz sei aber positiv, da Russland zum ersten Mal seit Jahren mehr Güter mit hoher Wertschöpfung exportiere. Sein Land besitze über 300 Milliarden US-Dollar an Goldreserven.

Putin erwartet ein Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent in diesem Jahr und von 1,9 Prozent für 2017. Allerdings stützt sich diese Schätzung auf einen Ölpreis von 50 Dollar pro Barrel. Derzeit liegt der Barrelpreis jedoch bei nur 33 Dollar.

Die Weltbank geht deshalb von einem Rückgang der russischen Wirtschaft um 3,8 Prozent in diesem Jahr aus und rechnet erst für 2017 mit einem Wachstum von 1,5 Prozent.



Gefragter Experte: Auch nach seinem Rücktritt als Finanzminister berät Alexej Kudrin (r.) Wladimir Putin in Wirtschaftsfragen

So rosig wie der Präsident sieht selbst Finanzminister Anton Siluanow die Lage nicht. Unter dem Druck des anhaltenden globalen Ölpreisverfalls könnte der Reservefonds, der im Krisenfall die Zahlung von Gehältern und Renten sichern soll, bis Ende 2016 aufgebraucht sein. Schon jetzt kann sich die Wirtschaft kaum mit Krediten für Investitionen versorgen, weil die Nationalbank an hohen Zinsen festhält und ihnen der Zugang zu internationalen Geldgebern erschwert wird. Modernisierungen im Öl- und Gassektor, aber auch in der Landwirtschaft werden so erschwert.

In dieser fast aussichtslosen Lage ist es gut, einen Retter an seiner Seite zu haben. Als solcher könnte sich der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin erweisen. Gerüchten zufolge könnte er bald wieder einen Führungsposten in der Regierung bekleiden. Kudrin gilt als einer der Väter des Wirtschaftswunders der ersten Putinjahre und als ausgezeichneter Finanzexperte. Er widerspricht dem Präsidenten, wenn er sagt, die Maßnahmen der Regierung hätten nur dem Bankensektor geholfen, wohingegen der Rückgang der Investitionen und Realeinkünfte immens bleibe. Kudrin vertritt wirtschaftsliberale Standpunkte. Er empfiehlt Deregulierung, den Rückzug des Staats, Haushaltsdisziplin und eine Stärkung der unternehmerischen Initiative. Es heißt, dass Putin ein vertrauensvolles Verhältnis zu Kudrin habe und den Rat des Experten schätze. *MRK*

Neu und robust

Von Jan Heitmann

Dies sei kein neuer Einsatz, sondern lediglich die Fortsetzung und Erweiterung der deutschen Beteiligung an den UN-Truppen in Mali. Außerdem hätten die Bundeswehrsoldaten keinen Kampf-, sondern lediglich einen Aufklärungsauftrag, wiegelt die Bundesregierung ab. So falsch wie diese Aussage, so blödsinnig ist die Begründung für das neue Mandat. Faktisch hat die Bundesregierung nämlich sehr wohl eine neue Mission beschlossen, die zudem als „robuster“ Einsatz ausgelegt ist. Ab Februar sollen zusätzlich 500 deutsche Soldaten im gefährlichen Norden des Landes eingesetzt werden, so dass die Obergrenze der deutschen Minusma-Truppe auf 650 Soldaten steigt. Diese stellen Einsatz- und Unterstützungskräfte sowie eine verstärkte Aufklärungskompanie. Die Blauhelmtruppe darf zur Erfüllung ihres Auftrages alle erforderlichen Maßnahmen einschließlich militärischer Gewalt ergreifen. Als Begründung für die Ausweitung der Mission nennt die Bundesregierung neben der Unterstützung Frankreichs die „Flüchtlingssituation“ in Deutschland. Der Einsatz gilt jetzt auch als Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen. „Flüchtlinge“ – damit glaubt die Politik heute wohl alles begründen zu können.

Es liegt an Kim

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un kommt nicht zur Vernunft. Offensichtlich hat selbst ein vermuteter Wink aus Peking letztlich nicht gewirkt. Tatsache ist, dass bei den Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Nordkoreas als einziger ausländischer Vertreter Liu Yunshan, der in der Hierarchie der Kommunistischen Partei Chinas an fünfter Stelle steht, anwesend war. Chinas Präsident Xi Jinping wünscht verstärkte Beziehungen zu Nordkorea. Das ist insofern bemerkenswert, als dass Kim bisher weder eine Einladung nach China bekam noch Xi Nordkorea besuchte, während er mehrfach in Südkorea war und dessen Präsidentin nicht nur einmal in Peking weilte.

Chinas wahre Sorge besteht nicht vor den Atombomben Nordkoreas, sondern vor der militärischen und speziell der nuklearen Entwicklung Japans, das als einzige Großmacht in Fernost bisher über keine eigenen Atomwaffen verfügt – diese nach westlichen Erkenntnissen aber innerhalb von 90 Tagen herstellen kann. Solange Tokio Vertrauen in den auch atomaren Schutzschild Washingtons hat, dürfte ein solcher Schritt kaum erfolgen, doch könnte sich das angesichts der schwächlichen USA ändern.

Nordkorea weiß, dass es wirtschaftlich von China abhängig ist. Es wird hoffentlich auch ahnen, dass, wenn es lediglich zu einem Ballast für die Politik Pekings geworden ist, trotz aller Beteuerungen von „ewiger Freundschaft und Waffenbrüderschaft“ gnadenlos fallengelassen werden wird. Es wäre daher in Kims eigenem Interesse, bald nach China zu reisen.

Maulkorb für Polizistin?

Von Michael Leh

Die Bochumer Polizistin Tania Kambouri hat in ihrem Buch „Deutschland im Blaulicht“ die Aggressivität und Respektlosigkeit junger Männer aus dem „islamischen Kulturbereich“ geschildert. Die Polizeibeamtin griechischer Herkunft ist damit immer wieder auf der Straße konfrontiert. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus Nordrhein-Westfalen, Arno Plickert, nennt das Buch „einen authentischen Bericht aus dem Polizeialltag“. Kambouri fällt darin keine „negativen Pauschalurteile über Muslime“, wie ihr die linke „Tageszeitung“ („taz“) unterstellt.

Ausgerechnet der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), André Schulz, forderte öffentlich ein Disziplinarverfahren für Kambouri. Am 25. Dezember schrieb er auf seiner Facebook-Seite: „Wer steuert und instrumentalisiert die Kollegin eigentlich die ganze Zeit? Schon die Aussagen in ihrem Buch zu Ausländern sind wenig reflektiert, nur bedingt sachlich und tendenziös, im Ergebnis grenzwertig. Woher stammt eigentlich die Expertise der jungen Streifenbeamtin für ihre wenig fundierten Aussagen?“ Und weiter: „Warum bringen die Medien immer wieder solche unbelegten tendenziösen Aussagen? Warum ist der nordrhein-westfälische Innenminister bisher (schon zu ihrem Selbstschutz!) noch nicht eingeschritten? Wann gibt es eigentlich das erste Disziplinarverfahren?“

BDK-Chef fordert Disziplinarverfahren gegen Tania Kambouri

Nicht zum ersten Mal spielt sich Schulz, der als seit Jahren freigestelltes Personalratsmitglied schon lange keine Erfahrung mehr mit der täglichen Polizeiarbeit hat, als großer Experte auf, der er nicht ist.

Dass Kambouri von irgendwem im Hintergrund „gesteuert und instrumentalisiert“ würde, ist ehrabschneidend. Der Gewerkschaftsfunktionär kann sich offenbar nicht vorstellen, dass eine selbstbewusste junge Polizistin eine eigene Meinung hat und diese offen vertritt.

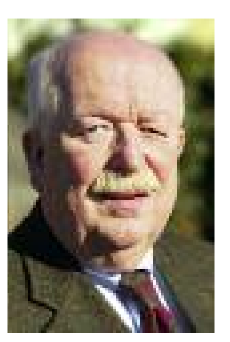
Kambouri hatte sich nur einmal in einem Interview etwas unglücklich geäußert – was sie längst eingeräumt hat. Eine Interviewerin hatte erklärt: „Das Bundeskriminalamt hat kürzlich eine Lageübersicht veröffentlicht, wonach Flüchtlinge nicht mehr Straftaten begehen, als die deutsche Bevölkerung.“ Darauf Kambouri: „Meine Diensterfahrung und auch die meiner Kollegen ist eine andere. Ich könnte mir vorstellen, dass da etwas gefälscht oder beschönigt wurde, um keine Angst in der Bevölkerung zu schüren.“ Das BKA „fälscht“ die Daten nicht. Doch hält es die volle Lageübersicht unter Verschluss. Zudem wurde sie von Thomas de Maizière trickreich präsentiert, indem er verschleiernd von „Vergleichsgruppen“ der deutschen Bevölkerung sprach. Schon strukturell ist die Kriminalitätsrate unter „Flüchtlingen“ höher, da es sich bei ihnen überwiegend um junge Männer handelt.



Tania Kambouri: Deutsche Polizeibeamtin griechischer Abstammung und Autorin des Buches „Deutschland im Blaulicht – Notruf einer Polizistin“

Bild: action press

Gegenwind



Der Plan ist Zerstörung

Von Florian Stumfall

Der gesamte Nahe und Mittlere Osten steht in Flammen. Das reicht von regionalen Unruhen über Bürgerkriege bis hin zu Kriegen mit internationalen Verflechtungen. Von dem Sturm sind auch Länder wie Saudi-Arabien betroffen, die lange Zeit als Hort der Festigkeit in schwerer See gegolten hatten. Bei alledem sind die Feinde jedenfalls besser erkennbar als die Allianzen, die oft im Hintergrund geschmiedet werden und wirksam sind. Eines jedoch steht fest: Die Achse Washington-Jerusalem hält das Geschehen in Bewegung.

Als im Dezember 2010 in Tunesien Unruhen ausbrachen, erfand die westliche Medienwelt dafür das Wort vom „Arabischen Frühling“, der entweder für vollkommene Ahnungslosigkeit oder aber dafür spricht, dass die Ursache der Bewegung, die in Tunis ihren Anfang nahm, verdeckt gehalten werden sollte. Diese nahm ihren Fortgang, erfasste Libyen und Ägypten, feuerte die ohnehin seit dem Überfall durch die USA vorhandenen Unruhen im Irak weiter an und griff nach Syrien und in den Jemen aus.

Das alles geschah und geschieht natürlich nicht zufällig, sondern folgt einer langfristig angelegten Strategie, wobei sich die Handelnden einer ausgefeilten und immer nach demselben Muster ablaufenden Taktik bedienen. Was die strategischen Grundzüge dessen angeht, was man den Arabischen Frühling genannt hatte, so sind sie die Hervorbringung eines einzigen Mannes, der zur rechten Zeit am richtigen Platz saß. Sein Name ist Oded Yinon. Er ist 1949 in Tel Aviv, Israel geboren, studierte ab 1967 in Washington D.C, USA, und beendete 1970 seinen Militärdienst beim I.D.F Intelligence Corps, einem Armee-Geheimdienst, der nach dem Yom-Kippur-Krieg eingerichtet worden war. Daraufhin erwarb er außer dem US-Abschluss drei weitere akademische Grade in Israel, alle mit dem gemeinsamen Schwerpunkt "Mittlerer Osten". Die Karriereleiter führte ihn 1975 nach etlichen Stationen in das Büro des damaligen israelischen Außenministers und nachmaligen Ministerpräsidenten Ariel Sharon. Hier entwarf Yinon den nach ihm benannten Plan, der 1982 von der Zionistischen Weltorganisation veröffentlicht wurde.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist "Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Dieser Plan hat nichts anderes zum Ziel, als den gesamten Vorderen und Mittleren Osten völlig neu zu gestalten. „Aus der arabischen Welt muss ein Mosaik ethnischer und religiöser Gruppen gemacht werden. Durch die Zerstückelung sind sie schwach und können so leichter manipuliert werden“, so Yinon. Der Blick auf die Einzelheiten der Umgestaltung zeigt deren grundlegende geopolitische Bedeutung. So entsteht, immer in der Absicht des Oded Yinon, aus der östlichen Türkei, dem nordöstlichen Syrien, Teilen des Irak und des Iran ein freies Kurdistan. Syrien wird zerstückelt, ebenso der Irak, dessen Norden ein sunnitischer Staat werden soll, der Süden aber erweitert wird durch einen langen Küstenstreifen auf der arabischen Halbinsel zulasten Saudi-Arabiens und, jenseits des nunmehr arabischen Golfes, einen ebenso langen Küstenabschnitt, der aus dem Iran geschnitten wird.

Saudi Arabien soll jedoch zweimal bluten, denn im Westen entsteht im Hedschas, der Region um Mekka und Medina, ein „Heiliger Islamischer Staat“, wodurch die Saudis nicht nur viel Öl und fast ihre gesamte Küste, sondern auch noch die Bedeutung ihrer Rolle als Hüter der heiligen Stätten verlieren. Da fallen die hinzukommenden Gebietsabtretungen an den Jemen im Süden kaum ins Gewicht. Freuen kann sich Jordanien, das nach Süden erweitert wird. Was den Iran angeht, so soll er nicht nur im Westen die Küste opfern, sondern auch noch im Osten die Wohngebiete der Belutschen am Indischen Ozean, die zusammen mit ihren Stammesgenossen in Pakistan einen eigenen Staat bekommen. Pakistan wird gezehntet, während Afghanistan Gebietsgewinne verzeichnet.

Betrachtet man also die strategischen Vorgaben, die sich Israel und die USA gesetzt haben, so wird sehr schnell klar, dass ihre Verwirklichung auf erhebliche Widerstände der Betroffenen stoßen muss. Um diese Widerstände so gering wie möglich zu halten, haben die USA die Taktik der „Farben-Revolutionen“ entwickelt, die auch im Rahmen des sogenannten Arabischen Frühlings angewandt wird, ob mit oder ohne Farbe. Ein ausnehmend griffiges Beispiel ist das Vorgehen gegen Libyen.

Farben-Revolutionen und Umstürze ähnlicher Art, auch gerne „Regime-Wechsel“ genannt, gehören zu den Spitzenprodukten der CIA. Nachdem in Washington und im Stillen der politische Beschluss ergangen war, den libyschen Machthaber Gaddafi zu Fall zu bringen, machten sich US-Agenten daran, die in Libyen vorhandenen gesellschaftlichen Bruchstellen aufzuspüren. Solche gibt es überall und nicht nur in Afrika. In Libyen bestehen sie aus dem Gegensatz zwischen Arabern und Berbern, geografisch zwischen Ost und West, und innerhalb dieser Völker zwischen verschiedenen Stämmen und Clans. Also setzte die CIA hier an, lieferte Waffen, Geld und brutale Ideen, und als es die Unruhen auf die Titelseiten der Weltpresse gebracht hatten, wurde nachgelegt. Washington schickte Blackwater-Söldner, die auf der Seite der Rebellen kämpften, dann holte die CIA aus Afghanistan einen bewährten Islamisten-Anführer namens al-Hasidi, einen Harabi, und machte ihn zum Befehlshaber einer Truppe, die von der anderen Seite des Globus herangeschafft wurde, und zwar aus Guantanamo. Aus diesem US-Foltergefängnis wurden in zwei Tranchen insgesamt 450 Mann in die Cyrenaika gebracht, wo sie unter al-Hasidis Befehl die „Libyan Islamic Fighters Group“ bildeten. Nun hatten die USA genügend Konfliktpotenzial angehäuft, um sich allmählich Sorgen um das Wohlergehen der Zivilisten machen zu können. Um dieses zu schützen, starteten dann bald die ersten Kampfbomber, die als erstes die Infrastruktur des Landes zerstörten, vor allem die lebenswichtige Wasserversorgung aus der Oase Kufra. So erklärt sich also ein blutiger Krieg, den man wie üblich als Verbreitung von Demokratie und Menschlichkeit gerechtfertigt hatte, und der doch nichts war als ein Kapitel bei der Verwirklichung des Yinon-Planes. Heute ist Libyen zerstört, dreigeteilt und auf unabsehbare Zeit unfähig, irgendeine politische Wirkung zu entfalten. Ein idealer Nachbar Israels.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

In diesem Zusammenhang verlangt eine kleine Episode Beachtung. Im Februar 2011, nur Wochen, bevor die Nato ihre Bombardements der libyschen Städte begann, hatten sich in Kairo in einem Hotel einige Herren zum Gedankenaustausch zusammengefunden. Es waren auf der einen Seite vier, fünf Golf-Potentaten und auf der anderen an erster Stelle der Mann, ohne den sich die USA auf kein militärisches Abenteuer einlassen, nämlich der psychotische John McCain, Senator von Arizona. Diese Runde also stellte, was Libyen anging, Einigkeit fest, doch man griff darüber hinaus. Wenn, so wurde vereinbart, Libyen am Boden läge, dann müsste sofort das nächste Ziel anvisiert werden, nämlich Syrien. So ergab es sich, dass, nachdem Libyen zerstört war, die CIA von Tobruk aus die ersten Blackwater-Söldner und Islamisten aus Guantanamo und anderswo nach Syrien verschiffte.

Dort lief es wieder ab nach gewohntem Muster: Unruhen, die zu einem Aufstand führen, irgendwer versorgt die Aufständischen mit Geld und Waffen, von unbekannt kommen Kampfgefährten, und es dauert nicht lange, bis ein sogenannter Bürgerkrieg entfesselt ist. Eine unverdächtige Stimme, die „Jerusalem Post“, schrieb im Mai 2012: „Das Ziel des von den USA gesponserten bewaffneten Aufstandes ist es, mit der Hilfe Israels, Syrien in Stücke zu brechen.“

Hirschschrei nach Noten

Mozartwoche findet im Jubiläumsjahr des Salzburger Wunderkinds zur schlichten Form zurück

Zum 260. Geburtstag von Wolfgang Amadeus Mozart wird in Salzburg auf szenische Opulenz verzichtet. Die Mozartwoche im Jubiläumsjahr – im Dezember gedenkt man außerdem seines 225. Todestags – wird überraschend schlicht begangen.

Dabei wird 2016 nicht nur der 260. Geburtstag des Komponisten am 27. Januar gefeiert, sondern gleich ein ganzes Ensemble von Jubiläen: Das Mozarteumorchester Salzburg begeht sein 175-jähriges Bestehen und bekommt die Goldene Mozart-Medaille der Stiftung Mozarteum verliehen. Das Mozart-Wohnhaus feiert 20 Jahre seit der Wiedererrichtung und die „Mozart Ton- und Filmsammlung“ wird 25 Jahre. Nicht zu vergessen: Die Mozartwochen werden seit 60 Jahren inszeniert.

Die künstlerischen Leiter Marc Minkowski und Matthias Schulz, die seit 2012 für Programm und Umsetzung bei der Mozartwoche verantwortlich zeichnen, haben drei Jahre in Folge szenische Aufführungen im Stil des Musiktheaters zelebriert. Vor allem Mozart-Produktionen, die nicht überall in Opernhäusern, Festivals und Musikhäusern zu sehen sind, standen im Fokus. Im Jahr 2013 wurde zum Beispiel Lucio Silla aufgeführt, ein Werk, das Mozart als 15-Jähriger geschrieben hat.

In 2015 wurde Mozarts Kantate „Davide penitente“ in der Felsenreitschule arrangiert, die gerittenen Szenen choreografiert vom reitenden Star Bartabas und den Reitern der Académie Èquestre de Versailles. Überraschend? Keineswegs! Minkowski zählt heute zu den herausragenden Interpreten barocker Musik. Sein Ruf gründet vor allem auf Aufführungen selten gespielter Werke aus dem französischen und italienischen Barockmusik-Repertoire, für das er ein großes Faible hat.

Überraschend ist dagegen die Entscheidung, in diesem Jahr auf großes Szenentheater zu verzichten. 2016, im Jahr der Jubiläen, setzt das leitende Duo auf fünf große Chor- und Orchesterwerke, die – so verspricht Schulz – an Theatralik nichts missen lassen werden. John Eliot Gardiner wird Mozarts große c-Moll-Messe und das Requiem in einem Konzert mit seinem großartigen Monteverdi Chor aufführen. Mendelssohns „Lobgesang“ wird mit Minkowski und den Wiener Philharmonikern zu hören sein. Das Oratorium „Elias“ mit Christiane Karg und Christopher Maltman wird gezeigt und eine „Acis und Galatea-Trilogie“, bei der Händels Originalfassung den Bearbeitungen von Mozart und Mendelssohn gegenübergestellt wird. Acht Sänger sind hierfür verpflichtet worden.

Und sonst? Die Dichte an Konzerten, die besondere Geschichten erzählen, se alles andere als gewöhnlich und eine echte Alternative, meint Schulz. Hinter dieser Formulierung verbirgt sich unter anderem die Aufbereitung von „Wie der Hirsch schreit“. „Eine unfassbar schöne Kantate von Mendelssohn, die, kaum aufgeführt, Nikolaus Harnoncourt unbedingt im Programm haben wollte und die am fünften großen Chor- und Orchesterabend im Zentrum stehen wird“, erläutert Schulz das weitere Programm. Gespielt wird das Stück bei einem Konzert der Wiener Philharmoniker, dirigiert von Pablo Heras-Casado. Der Dirigent ist in diesem Fall ein Vorschlag von Harnoncourt, der seine Teilnahme an der Mozartwoche kurzfristig absagte.

Dass nun gerade Mendelssohn ausgewählt wurde, um im Jubiläumsjahr eine Ergänzung zu Mozart zu stellen – längst überfällig. „Mendelssohn war wie Mozart ein Wunderkind, ist ähnlich früh gestorben und hat genauso ein Œuvre hinterlassen, das sich kaum fassen lässt“, so Geschäftsführer Schulz. „Dass beide auch überragende Pianisten waren, kann man im Programm wiederfinden. Zu hören sind alle vier große Sinfonien Mendelssohns, dazu Streichersinfonien, die weniger bekannt sind, und Kammermusik.“

Ein weiterer Höhepunkt ist der Einsatz von Instrumenten, die Mozart selbst gespielt hat. Am 26. Januar, einen Tag vor Mozarts Geburtstag, wird bei einem Konzert mit Minkowski und den Musiciens Du Louvre die Sinfonia Concertante für Violine, Viola und Orchester zu hören sein. Dabei kommen Mozarts Costa-Geige, die er zuletzt in Wien gespielt hat, und seine Viola zum Einsatz. Solisten sind Nils Mönkemeyer und Christoph Koncz. Beide Klavier-Quartette von Mozart werden bei einem Konzert im Tanzmeistersaal im Mozart-Wohnhaus mit Mozarts Walter-Hammerflügel aufgeführt.



Bei der Mozartwoche unentbehrlich: die Camerata Salzburg Bild: Christian Schneider

Während andere Veranstalter Jubiläen geradezu ausschlachten, mit besonderem Aufwand feiern und auf diese Weise versuchen, Ruhm und Anerkennung zu erschaffen, lautet beim Mozarteum in Salzburg die Devise: „Wir sparen unsere Kräfte für 2017.“ Warum? Minkowski hat 2015 seinen Vertrag um zwei weitere Jahre verlängert. 2017 wird das letzte Jahr sein, in dem er bei der Programmgestaltung der Salzburger Mozartwoche involviert ist. Ein würdiger Grund, mit einer spektakulären Inszenierung ein Ausrufezeichen hinter seine Arbeit zu setzen.

Gerade die schlichte, konzentrierte Konzeption des musikalischen Programms in diesem Jahr wirkt angenehm fokussiert auf das Wesentliche. Es geht um die Musik, um die Arbeit von Wolfgang Amadeus Mozart, das Lebenswerk eines der größten Komponisten überhaupt. Das Jahr der geballten Jubiläen bietet Anlass genug, um Aufmerksamkeit zu erregen und Zuschauer zu den Konzerten zu locken. Das Werk Mozarts spricht für sich. Dazu passen die Referenz zum zweiten Wunderkind Mendelssohn und die Einbeziehung von Henri Dutilleux als drittem Komponisten sowie die drei Variationen des „Arcis und Galathea“-Stoffes – eine Hommage an die Musik und ihre Geburtshelfer, die Komponisten. *Stephanie Sieckmann*

Mozartwoche vom 22 bis 31. Januar, Infos und Karten bei der Stiftung Mozarteum Salzburg, Theatergasse 2 im Mozart-Wohnhaus, 5020 Salzburg, Telefon (00430) 662873154, E-Mail: tickets@mozarteum.at

MELDUNGEN

Eine »Brücke« nach Chemnitz

Chemnitz – Die Kunstsammlungen Chemnitz zeigen in ihrem Museum Gunzenhauser vom 17. Januar an 120 Werke des expressionistischen Malers Erich Heckel. Darunter befinden sich erstmals öffentlich ausgestellte Leihgaben aus Privatbesitz. Als Mitbegründer der Künstlervereinigung „Die Brücke“ übte Heckel (1884–1976) großen Einfluss auf die Entwicklung des deutschen Expressionismus aus. Die Ausstellung im Museum Gunzenhauser, Falkeplatz, 09112 Chemnitz, läuft bis zum 17. April und ist geöffnet dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr. Telefon (0371) 4887024, Internet: www.kunstsammlungen-chemnitz.de *tws*

Ein Mann sieht überschwarz

Essen – Das Museum Folkwang zeigt vom 15. Januar bis zum 26. Juni zum Teil neue Werke des französischen Malers Pierre Soulages. Erstmals seit der umfassenden Ausstellung vor 55 Jahren wird ihm ein Werkraum gewidmet. Gezeigt werden drei neue Gemälde von 2015 sowie Arbeiten der 1950er Jahre aus der museumseigenen Sammlung. Soulanges, der am vergangenen Heiligabend seinen 96. Geburtstag feierte, gilt in seiner Heimat als bedeutendster lebender Künstler. Sein Markenzeichen ist das Schwarz in seinen zum Teil monumentalen Bildtafeln, das er „outrenoir“ – „überschwarz“ – nennt. In seiner Heimatstadt im südfranzösischen Rodez wurde 2015 ein nach ihm benanntes Museum eröffnet. Das Museum Folkwang ist täglich außer montags geöffnet. Infos im Internet: www.museum-folkwang.de *tws*

Geschäft mit den Kleinsten

Kinderhandel im Fernsehen – ARD wagt sich an ein heißes Eisen

Der LKA-Beamtin Karin Wegemann geht es wie den meisten: Sie mag beim Thema Kinderhandel nicht mehr hinhören, geschweige denn hinsehen. Sie hat sich versetzen lassen, unterrichtet an einer Polizeischule, aber das Thema holt sie wieder ein. „Operation Zucker: Jagdgesellschaft“ (Mittwoch, 20. Januar, 20.15 Uhr, Das Erste) ist nach Rainer Kaufmanns „Operation Zukker“ von 2012 der zweite Film, der sich mit einem Verbrechen befasst, das in den besten Kreisen vorkommt – so auch hier.

Nachdem ein Journalist Wegemann (Nadja Uhl) auf die Spur eines Kinderhändlerrings in Potsdam gebracht hat, nimmt die junge Beamtin die Fährte auf. Sie stößt auf ein scheinbar unauffälliges Ehepaar, das im Verdacht steht, seine Pflegekinder an Männer zu vermieten. Das Problem: Die Kinder schweigen. Wegemann und ihr Kollege Ronald Krug (Misel Maticevic) laufen gegen eine Wand. „Die haben denen die Angst wie einen Chip implantiert und dieser Chip setzt nur einmal aus, wenn überhaupt!“

Regisseurin Sherry Hormann hat keine Berührungsängste vor düsteren Themen: Zuletzt folgte sie Natascha Kampusch in das Verlies ihrer Gefangenschaft. Nun also Kindesmissbrauch. Dabei gelingt ihr die Gratwanderung, das Furchtbare aufzudecken, ohne die Protagonisten einem voyeuristischen Blick preiszugeben. Zu sehen sind erloschene Augen über rot geschminkten Kinderlippen. Szenen, in denen die Opfer nachts aus ihren Betten gerissen werden, in einem Kofferraum kauern und an der Hand des Kunden im Wald verschwinden. Einer der erschütterndsten Momente zeigt einen schreienden Jungen, den sein Peiniger an die Leine legt.



Bild: ARD

Herzlose Gesellschaft: Opfer Kind

Was unfassbar scheint, ist Alltag in diesem Land: Neben Waffen und Drogen ist Kinderhandel das lukrativste Geschäft. Es sind nicht nur Pädophile, die sich an Kindern vergreifen, viele Täter berauschen sich an der Macht über Wehrlose. Das Verbrechen macht selbst vor Babys nicht halt: „An der deutsch-tschechischen Grenze stellen junge Mütter als Lockmittel eine Puppe ins Fenster“, höhnt Pflegemutter Helen Voss (Jördis Triebel) bei der Vernehmung auf dem Polizeipräsidium. Nachzuweisen ist ihr nichts.

Kaum auszuhalten der Endspurt, in dem Wegemann und ihr Kollege eine heiße Spur verfolgen und wieder zu spät kommen. Die Jagdgesellschaft, alles honorige Herren, ist abgereist, ein Mädchen bleibt verschwunden, aber keiner fragt. In der Pflegefamilie steht Tags darauf ein neues Kind in der Tür, die Hand vertrauensvoll in die des Vaters gelegt.

Wie hält Uhl diese Rolle aus? „Ich schütze mich, indem ich sachlich bleibe. Es nützt keinem etwas, in einer Betroffenheitswelle davonzuschwimmen.“ Regisseurin Hormann ergänzt: „Wir konnten nur andeuten, die Wirklichkeit ist viel schlimmer.“ Die ARD widmet dem Thema einen Schwerpunkt. Am Abend zuvor wird „Operation Zucker“ von 2012 wiederholt, im Anschluss an „Die Jagdgesellschaft“ diskutiert Sandra Maischberger mit ihren Gästen. *Angela Meyer-Barg*

Österreichs Heulsuse

Franz Grillparzers Dramen finden auf den Bühnen wieder Beachtung

Um einem Grillparzer-Stück einen Bezug zur Gegenwart einzupflanzen, gehört viel Einfallsreichtum. Das ist so, als würde man eine Biedermeierfigur mit Navigationsgerät ausrüsten, damit sie den Weg in die Neuzeit findet. Und so finden Werke des Wiener Dramatikers nur ab und an ihren Weg in die Stadttheater. Theaterleute erinnern sich häufiger mal an „Die Ahnfrau“, „Die Jüdin von Toledo“ oder das zum geflügelten Wort gewordene „Weh dem, der lügt!“. Aktuell läuft im Münchener Residenztheater „Das goldene Vlies“, wo Grillparzers antike Stoffbehandlung zu einem zeitlosen Flüchtlingsdrama umgedeutet wird – Pegida-Anspielungen inklusive.

Das passt gut zu Grillparzer! Der vor 225 Jahren, am 15. Januar 1791, in Wien geborene Autor, der in Österreich als Nationaldichter bezeichnet wird, war selbst ständig auf der Flucht: vor der Realität, vorm Staat, vor den Frauen, aber vor allem vor sich selbst. Er besaß eine von Selbstzweifeln geprägte höchst widersprüchliche Identität. In seiner „Selbstbiographie“ schrieb er: „In mir leben zwei völlig abgesonderte Wesen. Ein Dichter von der übergreifendsten, ja sich überstürzenden Phantasie und ein Verstandesmensch der kühlsten und zähesten Art.“

Heute würde man sagen, er hatte Angst vor der eigenen Courage. Als der menschenscheue Dichter von Wien aus nach Weimar zu einer Audienz bei Goethe fuhr, plagte den Hypochonder in der Kutsche eine „starke Diarrhöe“, und er jammerte im Tagebuch: „Ich will wieder nach Hause.“ Dann überwand er sich doch zum Besuch, der für ihn umso peinlicher wurde: Denn als Goethe „meine Hand ergriff, um mich ins Speisezimmer zu führen, da kam einmal wieder der Knabe in mir zum Vorschein, und ich brach in Tränen aus.“ Eine weitere Einladung Goethes sagte der verängstigte Wiener vorsichtshalber ab.



Grillparzer (1791–1872) Bild: Archiv

„Österreichs Goethe“, wie seine Landsleute Grillparzer ehrfurchtsvoll nennen, verschanzte sich lieber als leitender Beamter im Hofkammerarchiv, wo er die Freiheit zum Dichten besaß. Dabei war er nicht immer nur der loyale Untertan des Kaisers. Als bei der 1848er Revolution die Menge die Abschaffung der Zensur forderte, hätte Grillparzer „jeden einzelnen küssen können“. Doch als die Soldaten kamen, duckte sich der „konservative Revolutionär“ (Joseph Roth) und küsste die Gegenpartei.

Er duckte sich auch, als seine philosophische Komödie „Weh dem, der lügt!“ 1838 im Burgtheater zum Misserfolg wurde. Fortan schrieb er nur noch für die Schublade. Dabei entstanden wahre Klassiker. In seinem letzten Drama „Die Jüdin von Toledo“ thematisiert er noch einmal sein zwiespältiges Verhältnis zum Staat: Eine hübsche Jüdin verdreht einem König dermaßen den Kopf, dass dieser die Staatsgeschäfte vernachlässigt. Die Ermordung der Frau durch die Mächtigen sorgt für das Ende dieser erotischen Revolte und für den Fortbestand der Ordnung im Staate.

Den größten Nachhall erlangte Grillparzer aber weniger mit seinen Dramen als mit seiner Novelle „Der arme Spielmann“, die zum Kanon der deutschsprachigen klassischen Literatur zählt. In ihr schildert Grillparzer einen Alter ego, einen Geiger, der an den Idealen der Liebe und der Kunst scheitert, bis er schließlich nach einer Donauüberflutung zugrunde geht.

Heute scheint der Zeitgeist Grillparzer hinweggeflutet zu haben. Dieser zerrissene Autor, der zwischen Klassik und Romantik stand und den Franz Kafka als seinen „Blutsverwandten“ bezeichnete, ist aber gerade wegen seiner dichterischen Selbstzerfleischung moderner, als man denkt. *Harald Tews*

Chinas Mig-21-Variante

Nach der Gründung der Volksrepublik China wurde diese von der Sowjetunion aufgerüstet. Das betraf auch die Luftstreitkräfte. So durften die chinesischen Genossen das 1949 von den Sowjets in Dienst gestellte einstrahlige Jagdflugzeug Mikojan-Gurewitsch MiG-15 ebenso in Lizenz fertigen wie dessen Nachfolgemodelle MiG-17 und MiG-19. 1961 erwarben die Chinesen auch die Erlaubnis zum Nachbau der 1959 von den Sowjets in Dienst gestellten MiG-21, in der Version F-13.

Der Abbruch der sowjetisch-chinesischen Beziehungen führte dann jedoch zur Zurücknahme der Erlaubnis. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Chinesen bereits einige Musterexemplare, Baukomponenten und äußerst lückenhafte Baupläne. Das reichte den Asiaten zum Nachbau. Vor 50 Jahren, am 17. Januar 1966, startete die Chengdu J-7 zu ihrem Erstflug.



Chengdu J-7 Bild: Archiv

1967 begann die Serienproduktion und neun Jahre nach seinem sowjetischen Vorbild wurde der Jäger in Dienst gestellt.

Die J-7 ging damit in China im selben Jahr in Serie wie in der Sowjetunion das Nachfolgemodell der MiG-21, der Schwenkflügler MiG-23. Die J-7 entsprach also nie dem neuesten Stand der Technik. Nichtsdestotrotz fand die Maschine ob ihres niedrigen Anschaffungspreises und ihrer Robustheit insbesondere in der Dritten Welt ihre Abnehmer. Mehr als 2400 Maschinen wurden für den Eigengebrauch und den Export produziert.

Mitte der 90er Jahre – und damit rund zwei Jahrzehnte nach der MiG-21 – kam dann auch für die J-7 das Produktionsende. Das Herkunftsland soll heute noch fünf Geschwader mit jeweils rund 100 Exemplaren unterhalten.

Manuel Ruoff

Ein »Tag der Befreiung«?

Die Wahrnehmung der Deutschen als Opfer: Weizsäckers Rede vor dem Bundestag am 8. Mai 1985

Der sechste Bundespräsident der Bundesrepublik, Richard von Weizsäcker, hat den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ qualifiziert. Eine unvoreingenommene Beurteilung der Weizsäcker-Rede vom 8. Mai 1985 vor dem Bundestag, die sich weder an dem Zwang der political correctness noch an nationalistischen Tönen orientiert, kann nur zu dem Schluss kommen, dass die Feststellung in jener Rede richtig und falsch zugleich war.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmt nicht irgendwo, sondern an herausragender Stelle, nämlich in Artikel 1 Absatz 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Die Würde „des Menschen“ bedeutet jedes Menschen, gleichgültig ob alt oder jung, Frau oder Mann, Deutscher oder Ausländer, Einheimischer oder Flüchtling oder Vertriebener. Ist ein Mensch Opfer eines Verbrechens geworden, so verbietet die Würde des Menschen eine Einteilung in Opfer erster Klasse und Opfer zweiter Klasse. Zu einer humanen Gesellschaft gehört schließlich auch, dass die Opfer von Verbrechen nicht vergessen werden. Die Bürgerrechtlerin Freya Klier, 1950 in Dresden geboren und im Alter von drei Jahren nach der Verhaftung ihres Vaters in ein staatliches Kinderheim gesteckt, erinnert sich: „Schon als Schulkind durfte man über die Gräueltaten des Ostens nicht reden.“ Und im Westen? In der Bundesrepublik hingegen „durfte man über alles reden, aber niemand wollte es wissen“. Freya Klier, Autorin unter anderem des Buches „Wir letzten Kinder Ostpreußens, Zeugen einer vergessenen Generation“, hat für sich zusätzlich zu den Zehn Geboten als elftes Gebot formuliert: „Du sollst Dich erinnern“.

Erinnern an und sich erinnern ist das Recht jedes einzelnen Staatsbürgers. Eine Pflicht, an Verbrechen zu erinnern, obliegt den zuständigen Staatsorganen – in erster Linie dem Staatsoberhaupt, bei uns also dem Bundespräsidenten.

In seinem Amtseid schwört der Bundespräsident bei seinem Amtsantritt, seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden, und dass er „Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde“ (Artikel 56 Absatz 2 GG). Gerechtigkeit muss auch beim Erinnern einen Platz haben.

Dem Erinnern Ausdruck zu verleihen sollte Inhalt von Ansprachen und Reden des Bundespräsidenten sein. Von den zehn verschiedenen Bundespräsidenten, die unser Land bisher repräsentiert haben, stammen ungezählte Reden. Von diesen vielen Reden sind dem Bundesbürger einige wenige im Gedächtnis geblieben, so die sogenannte Hauruck-Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog und die Rede von Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945. Kernpunkt der Weizsäcker-Rede war die Aussage, der 8. Mai 1945 sei für die Deutschen ein „Tag der Befreiung“ gewesen. Die Weizsäckersche Qualifizierung des 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ wurde in den Medien mit viel Zustimmung, mehr noch: mit Enthusiasmus, aber wenig Widerspruch aufgenommen. Richtig ist, dass am 8. Mai 1945 das totalitäre NS-Regime beendet war. Befreit waren nun vor allem die unmittelbar und direkt Verfolgten, aber nicht nur sie, sondern alle Menschen, die unter der Gewaltherrschaft standen, also auch das ganze deutsche Volk, dem schon seit Jahren die in jedem Rechtsstaat grundlegenden Freiheitsrechte vorenthalten wurden.

War also der 8. Mai 1945 für alle ein Tag der Befreiung von den Schrecken der NS-Diktatur, so war dieser Tag für viele Menschen aber zugleich der Beginn einer neuen, anderen Unfreiheit, also gerade kein „Tag der Befreiung“. Der 8. Mai 1945 und die Zeit danach bedeutete für Zehntausende von deutschen Soldaten den Beginn der Kriegsgefangenschaft, für ungezählte Zivilpersonen den Beginn von Vertreibung oder Verschleppung zur Zwangsarbeit, und für alle, die damals in der sowjetischen Besatzungszone (der späteren DDR) lebten, war es der Beginn eines Lebens gerade nicht in Freiheit. Dass schließlich die Alliierten sich nicht als Befreier fühlten, zeigten deren besatzungsrechtliche Anordnungen und Direktiven. Eines von vielen Beispielen hierfür ist die Anweisung ICS 1067 von Präsident Franklin D. Roosevelt (hier in deutscher Übersetzung): „Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation ...“ Dass dies nicht nur die offizielle alliierte Position war, sondern auch dem allgemeinen Empfinden auf der Seite der Siegermächte entsprach, zeigt die hochmütig-kritische Frage der US-amerikanischen Kriegsreporterin Lee Miller beim Anblick von um Kaugummi bittenden Deutschen in der amerikanischen Besatzungszone: „Welche Verdrängung in ihren schlecht belüfteten Hirnwindungen bringt sie zu der Vorstellung, sie seien ein befreites Volk und kein besiegtes?“ *Ingo von Münch*



Bei seiner Rede vom 8. Mai 1945 vor dem Bundestag: Bundespräsident Richard von Weizsäcker Bild: pa

Der Traum vom Überschallflugzeug für Zivilisten

Am 21. Januar 1976 um 11.40 Uhr startete in London und in Paris je eine »Concorde« zum ersten kommerziellen Flug

Das Überschall-Verkehrsflugzeug „Concorde“ war ein britisch-französisches Gemeinschaftsprojekt. Bis heute gilt das schlanke Flugzeug mit seinen charakteristischen Deltaflügeln nicht nur als technische Meisterleistung, sondern auch als eine der schönsten Maschinen überhaupt. Vor 40 Jahren wurde es in Dienst gestellt.

Die Ursprünge des über Mach 2 schnellen Passagierjets reichen bis in die frühen 50er Jahre zurück. Damals gründete das britische Institut für Luftfahrtforschung (Royal Aircraft Establishment, RAE) ein Komitee zur Untersuchung von Entwürfen für ein Überschallverkehrsflugzeug.

Die RAE-Aerodynamiker Johanna Weber und Dietrich Küchemann formulierten Mitte der 50er Jahre das Konzept des schlanken Deltaflügels. Der wurde an einem speziell konstruierten Flugzeug ausgiebig getestet. In den Studienentwürfen zeichnete sich bereits die spätere „Concorde“ ab. 1956 wurden die Pläne dann konkreter und kreisten um einen 100-Sitzer und einen 150-Sitzer mit größerer Reichweite. Die Flugzeuge sollten um 1970 in den Liniendienst gehen.

Zur gleichen Zeit hatte sich auch die französische Luftfahrtindustrie mit Überschallverkehrsflugzeugen beschäftigt. 1960 begannen die ersten Gespräche über eine Zusammenarbeit. Die damals als staatlich verordnete Fusion aller Hersteller gegründete British Aircraft Corporation (heute British Aerospace Systems) streckte sogar ihre Fühler in die USA aus.

Allerdings wollte die britische Regierung von staatlicher Förderung zunächst nichts wissen. Besonders das Finanzministerium befürchtete nach trüben Erfahrungen die nächste Kostenexplosion. Nachdem aber eine Studie die positiven Effekte belegt hatte, änderten die Verantwortlichen ihre Meinung. 1962 schlossen die britische und die französische Regierung einen Vertrag zum gemeinsamen Bau des neuen Flugzeugs ab. Die „Concorde“ stieß bei Fluglinien in aller Welt auf reges Interesse. Die Lufthansa bestellte 1967 drei Maschinen und reihte sich damit in die Phalanx großer Fluggesellschaften ein, die mit diesem Flugzeug ins Überschallzeitalter eintreten wollten. Neben Air France und British Airways waren auch US-amerikanische Fluglinien dabei.

Der erste Prototyp flog am 2. März 1969 in Toulouse, der zweite am 9. April 1969 im englischen Filton. Am 4. November 1970 flog eine „Concorde“ erstmals Mach 2 und hielt diese Geschwindigkeit 53 Minuten lang.

Während die Serienproduktion begann, änderte sich das wirtschaftliche und politische Umfeld zusehends. Durch die steigenden Ölpreise rutschte die Weltwirtschaft in eine Rezession, Umwelt- und Lärmschutzauflagen wurden verschärft. Nach und nach traten die Airlines von ihren Optionen zurück, bis nur noch Air France und British Airways übrigblieben. 1979 endete die Produktion nach dem Bau von zwei Prototypen, zwei Vorserienmaschinen und 16 Serienflugzeugen. So blieb es bei den regelmäßigen Transatlantikflügen zwischen Paris und London einerseits und New York andererseits. Hinzu kamen Charterflüge und bis in die 90er Jahre hinein auch Flüge zu deutschen Messestandorten wie Berlin, Hannover und Leipzig.

Schlagzeilen machte das Flugzeug am 25. Juli 2000, als eine französische „Concorde“ beim Start vom Flughafen Paris-Charles-de-Gaulle in Brand geriet und abstürzte. Eine vorher gestartete McDonnell Douglas DC-10 hatte ein Metallteil verloren. Das riss einen „Concorde“-Reifen unter der linken Tragfläche auf. Die hoch geschleuderten Gummiteile durchtrennten ein stromführendes Kabel und prallten gegen die Unterseite der Tragfläche. Durch die Wucht schlug ein Treibstofftank leck. Das Kerosin lief aus, entzündete sich im heißen Triebwerksstrahl und am blankliegenden Kabel.

Aber das brennende Flugzeug war bereits zu schnell für eine Notbremsung. Die Piloten hoben also ab und versuchten, Orly anzufliegen. Aber durch die Brandschäden geriet der Jet außer Kontrolle. Eine Minute nach dem Start stürzte die „Concorde“ in das Nebengebäude eines Hotels. Alle 109 Menschen an Bord und vier Gäste des Hotels kamen ums Leben.

Der Flugbetrieb wurde sofort eingestellt. British Aerospace rüstete die Jets mit Kevlar-Matten in den Treibstofftanks und leichteren Sitzen nach. Continental entwickelte einen neuen Reifen, der heute am Airbus A380 fliegt. Am 7. November 2001 nahm man den Flugbetrieb wieder auf. Aber nun wollte kaum noch jemand mit dem Flugzeug fliegen. Außerdem erhöhte EADS die Preise für die Ersatzteile. Also endete der Flugbetrieb 2003. Am 24. Oktober 2003 startete zum letzten Mal eine „Concorde“ zu einem Linienflug.

Von den 20 gebauten Flugzeugen existiert noch über die Hälfte in verschiedenen Museen. British Airways allein ist Eigentümer von acht Maschinen. Außerdem hat sich in Großbritannien der „Club Concorde“ formiert, der mit Spenden eine „Concorde“ kaufen und wieder flugfähig machen will.

Friedrich List

Bilder (2): Archiv



In den Farben der British Airways und der Air France (v.l.): Das britisch-französische Überschallpassagierflugzeug „Concorde“

»Parks für alle!«

Vor 200 Jahren wurde Berlins erster Gartendirektor Gustav Meyer geboren

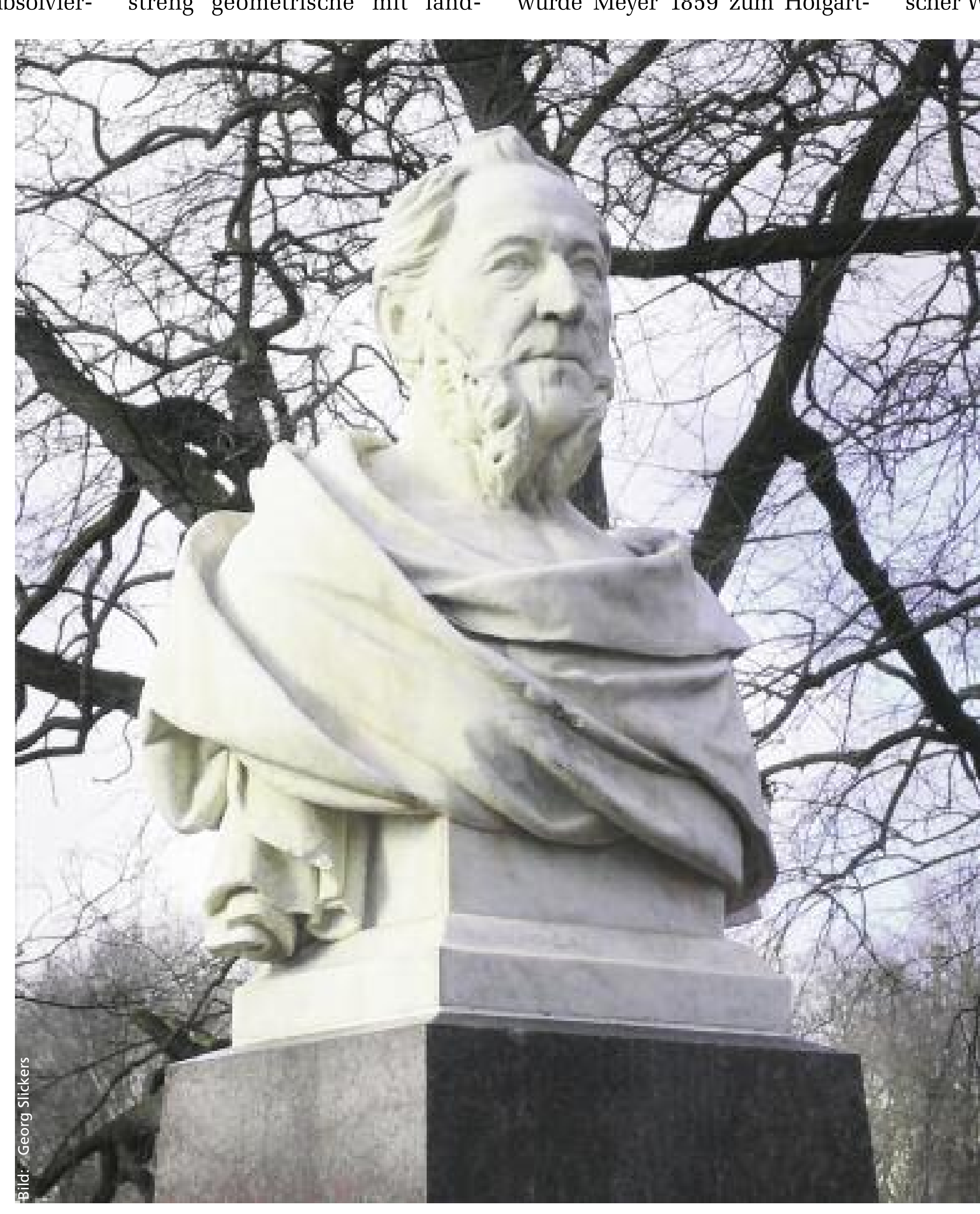
Gustav Meyer war ab 1870 der erste Gartendirektor von Berlin. In dieser Eigenschaft sorgte der vormalige königliche Hofgärtner für die Schaffung von Erholungsmöglichkeiten für die breite Allgemeinheit in der Stadt.

Johann Heinrich Gustav Meyer kam am 14. Januar 1816 in Frauendorf im Regierungsbezirk Stettin zur Welt. Wie sein Vater absolvierte er eine Ausbildung zum Gärtner, zuerst von 1832 bis 1834 im Alten Botanischen Garten zu Berlin und anschließend bis 1836 in der Königlichen Gärtner-Lehranstalt am Wildpark bei Potsdam. Dort wurde der Verantwortliche für die Einrichtung, Gartendirektor Peter Joseph Lenné, auf den ebenso begabten wie zielstrebigen Meyer aufmerksam und förderte dessen weitere Karriere.

Auf Betreiben Lennés avancierte sein Protegé 1840 zunächst einmal zum Garten-Kondukteur in der Königlichen Garten-Direktion in Potsdam, war also für Vermessungs- und Zeichenarbeiten zuständig. Darüber hinaus übertrug Lenné Meyer in den nächsten Jahren auch den Unterricht in den Fächern Plan- und Landschaftszeichnen, Projektionslehre und Perspektive an der Gärtner-Lehranstalt und machte ihn zu seiner rechten Hand, was die verschiedenen technischen Belange der Gartenplanung betraf. In diesem Zusammenhang verfertigte Meyer unter anderem sämtliche zeichnerischen Entwürfe für Lennés Projekte.

Meist entstanden diese damals in Umsetzung der Wünsche von König Friedrich Wilhelm IV. und betrafen die Gartenanlagen von Potsdam. Dabei entwickelten Lenné und Meyer einen ganz eigenständigen, neuen Stil, der dadurch gekennzeichnet war, dass sich streng geometrische mit landschaftlich freien Formen mischten. Außerdem übernahm Meyer die Gestaltung des Volksparks Friedrichshain, also der ersten kommunalen Parkanlage von Berlin, deren Einrichtung 1840 anlässlich des 100. Thronjubiläums von Friedrich II. beschlossen worden war und die dann 1848 fertiggestellt werden konnte.

Aufgrund seiner Verdienste wurde Meyer 1859 zum Hofgärtner ernannt und mit der Aufsicht über das Marly-Revier in Sanssouci betraut. Deshalb machte er sich berechtigte Hoffnungen, zum Nachfolger Lennés aufzusteigen, als dieser im Januar 1866 starb. Doch fiel die Wahl nicht auf ihn sondern auf Ferdinand Jühlke, der seit 1854 als Königlicher Gartenbauinspekteur fungierte. Zudem erteilte der neue preußische Herrscher Wilhelm I. Meyer auch keine weiteren Aufträge mehr. Über die Gründe hierfür kann nur spekuliert werden. Möglicherweise geriet ihm jetzt zum Verhängnis, dass er gemeinsam mit Lenné die Parkterrasse unterhalb des Schlosses von Sanssouci in einen waldartigen Zustand versetzt hatte, weshalb nun allerlei Bäume die einstmals prächtige Aussicht auf die frühere Residenz des Alten Fritz versperrten.


Gustav Meyer: Büste von Albert Manthe im Treptower Park — Bild: Georg Slickers

Jedenfalls schied Meyer nach 36 Jahren aus dem königlichen Dienst aus und übernahm zum 1. Juli 1870 den neu geschaffenen Posten eines „Gartendirectors zu Berlin“. Dem vorausgegangen war der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, eine „Deputation für Park- und Gartenanlagen“, das spätere Berliner Gartenbauamt, einzurichten. Dass man sich dabei gerade für Meyer entschied, resultierte zum einen aus dessen Reputation infolge der Schaffung des Friedrichshains und der gelungenen Umgestaltung von Teilen des Großen Tiergartens wie des Parks des Schlosses von Klein-Glienicke. Zum anderen genoss der bisherige Hofgärtner aber auch wegen seiner Publikation „Lehrbuch der Schönen Gartenkunst“, die 1860 erschienen war und sofort allgemeine Beachtung gefunden hatte, große Popularität. Dies lag nicht zuletzt an Meyers unverkennbarer Begeisterung für die Stilrichtung des Naturalismus, wobei der Lenné-Vertraute die Gartenkultur Ostasiens als Vorbild anführte. Zuvörderst jedoch hinterließ das Werk einen nachhaltigen Eindruck, weil es die Idee von „Parks für alle“ propagierte. Nach Meyers Ansicht sollten die Anlagen nicht mehr länger nur privilegierten Aristokraten Zerstreuung im abgeschotteten Kreise von Gleichgestellten verschaffen, sondern genauso auch der breiten bürgerlichen beziehungsweise arbeitenden Masse offenstehen.

In seiner neuen Position oblag Meyer nun die Aufsicht über die Pflege und Unterhaltung aller Parks und Grünanlagen, die der Stadt Berlin gehörten. Hierzu zählten neben dem Friedrichshain die Baumbestände in Treptow, die kommunale Baumschule, neun „Schmuckplätze“ genannte mit Bäumen umstandene Kies- oder Rasenplätze, 24 Straßen und Alleen mit Baumpflanzungen, 25 Schul- und Turngrundstücke sowie drei Grünanlagen mit dazugehörigen Badeanstalten. Für all dies wendete Berlin rund 17 000 Mark pro Jahr aus eigenen Mitteln auf. Dazu kam 1876 eine einmalige „Rente“ von preußischen Fiskus in Höhe von 550 000 Mark, die zusätzlich auch noch der Finanzierung neuer Projekte dienen sollte. Hierzu gehörten zu Meyers Zeiten insbesondere die Umwandlung des Treptower Parks in einen Volksgarten, die 1888 tatsächlich abgeschlossen werden konnte, die Erschließung des benachbarten Plänterwaldes sowie die Anlage des Humboldthains und des Kleinen Tiergartens.

> Gustav Meyers Ziel war Erholung für die breite Allgemeinheit

Die Notwendigkeit zu diesen Maßnahmen ergab sich aus dem schnellen Wachstum von Berlin. Inzwischen lebten dort fast eine Million Menschen, was zu erheblichen sozialen Missständen führte, die den Magistrat bewogen, größere öffentliche Erholungseinrichtungen in sämtlichen Bereichen der Innenstadt zu planen beziehungsweise zu schaffen. Selbige sollten „Stätten der Bewegung, der Erholung, Orte geselliger Unterhaltung, auch des Naturgenusses, der Bildung und der Veredlung der Sitten“ sein. Man wollte der Wohnbevölkerung also die Möglichkeit bieten, sich außerhalb der engen Mietskasernen im Freien zu entfalten. Damit handelte die Stadt ganz im Sinne Meyers, der die Epoche des gemessenen „Lustwandelns“ zwischen Rabatten und Rasenflächen, die keinesfalls betreten werden durften, schon im „Lehrbuch der Schönen Gartenkunst“ für beendet erklärt hatte, wonach diverse Plädoyers für mehr Ungezwungenheit und körperliche Aktivitäten von Seiten der Parknutzer folgten.

Allerdings konnte Gustav Meyer nur noch reichlich sieben Jahre als Gartendirektor von Berlin wirken, denn er verstarb bereits am 27. Mai 1877. Sein Nachfolger wurde Hermann Mächtig, ein früherer Obergehilfe an der Königlichen Gärtner-Lehranstalt, der nun als Gralshüter der Lenné-Meyerschen Schule auftrat, die bis zur Jahrhundertwende hin die preußische Gartengestaltung prägte.

Wolfgang Kaufmann

Bildungsbürger in Uniform

Reichskriegsminister Peucker verband Geist mit Unerschrockenheit

Eduard von Peucker agierte an der Schnittstelle von Militär, Politik und Gesellschaft. Der General war denn auch kein Kommisskopf, der einfach die Tradition der Familie fortsetzte, sondern ein Kaufmannssohn, der erst kurz vor der Aufnahme eines Jurastudiums von einem der preußischen Reformer für das Militär gewonnen werden konnte. Im Hause eines Verwandten hörte Peucker August Neidhardt von Gneisenau von den Plänen für die Wiedererhebung des Vaterlandes reden und war begeistert. Der am 19. Januar 1791 in Schmiedeburg im Riesengebirge geborene Bürgerspross mit Gymnasialausbildung ließ Jura Jura sein und meldete sich – hierbei einer Anregung Gneisenaus folgend – 1809 freiwillig zu den Waffen. Entsprechend dem Klischee, dass bei der Artillerie die Intelligenz saß – wegen der komplizierten Berechnung der Geschossflugbahnen – landete Peucker bei der Artillerie.

In den Befreiungskriegen zeigte sich, dass sich bei Peucker Geist mit Unerschrockenheit paarte. Dieses führte zu diversen Ehrungen wie 1816 der Nobilitierung und der Versetzung in das Kriegsministerium. Als Vorstand der Artillerieabteilung ließ er das seinerzeit neue Zündnadelgewehr testen und erkannte schon damals dessen Vorzüge gegenüber den älteren Vorderladern, derer viele andere Militärs erst in den Einigungskriegen gewahr wurden.

Außerhalb Preußens bekannt wurde der mit diplomatischem Geschick gesegnete Offizier, als er 1848 Bevollmächtigter Preußens bei der Bundesmilitärkommission in Frankfurt wurde. Die Revolutionäre von 1848 wurden auf ihn aufmerksam und Reichsverweser Erzherzog Johann ernannte ihn zum Kriegsminister. In dieser Funktion zeichnete er verantwortlich für den sogenannten Huldigungserlass, ein


Eduard von Peucker — Bild: Archiv

Rundschreiben an die Kriegsministerien der deutschen Einzelstaaten mit der Aufforderung, ihre jeweiligen Armeen in einer Parade am 6. August 1848 dem Reichsverweser huldigen und Schwarz-Rot-Gold tragen zu lassen. Insbesondere die beiden deutschen Großmächte Preußen und Österreich kamen dieser Aufforderung nicht nach. Peucker trat deshalb zurück.

Es spricht für Peuckers Renommee über politische Grenzen hinweg, dass ihm daraufhin das Amt erneut angeboten wurde und Preußens König ihn bat anzunehmen. Das tat er dann auch, aber nach Friedrich Wilhelms IV. Ablehnung der Kaiserkrone trat Peucker mit dem Kabinett Gagern erneut zurück. Nach der Ministertätigkeit setzte Peucker seine militärische Karriere fort. Am 8. Mai 1849 wurde er zum General befördert und am 20. Oktober Generalstabschef des Militärgouverneurs der Rheinprovinz und Westfalens.

1854 wurde der zu den Klassikern der Pädagogik im deutschen Militär zählende Schlesier Inspekteur des Militär-Erziehungs- und -Bildungswesens in Preußen. Der Bildungsbürger in Uniform verfolgte das Ideal des verantwortungsbewussten, umfassend humanistisch gebildeten und nationalbewussten Offiziers statt des standesbewussten Kommisskopfes. Damit griff Peucker Ideen der preußischen Heeresreformer vom Volksheer auf. Mit seiner Forderung nach Sittlichkeit und umfassender Bildung kommt er aber auch dem erst 100 Jahre später offiziell postulierten Ideal des „Bürgers in Uniform“ sehr nahe.

Nach der Reichsgründung, mit der die von Peucker erstrebte nationale Einheit erreicht war, schied der mittlerweile 81-Jährige 1872 auf eigenen Wunsch aus dem aktiven Dienst aus. Hoch geehrt starb er wenige Jahre später, am 21. November 1876, in Berlin.

Manuel Ruoff

Tapfer und aufrecht

Generalmajor Günther Pape bewährte sich in Krieg und Frieden

Für eine Anekdote war der bei seinen Kameraden als äußerst sparsam geltende Befehlshaber immer gut. Eine davon schaffte es sogar in den „Spiegel“: Auf die Frage, wohin er in Urlaub fahre, antwortete Generalmajor Günther Pape: „Ich werde mir doch nicht meine Gesundheit in den Ferien ruinieren. Ich bleibe in meinem Garten zu Hause, da spare ich Geld, Zeit und Nerven.“ Es war aber weniger seine joviale Art, die dem vor 30 Jahren Verstorbenen zu Achtung verhalf, als seine Tapferkeit und seine aufrechte Haltung.

Eigentlich hatte der am 14. Juli 1907 in Düsseldorf geborene Arztsohn Jurist werden wollen, doch nach zwei Semestern an der Universität Köln stellte er fest, dass ihm das Theoretische nicht besonders lag. Stattdessen trat er 1927 als Offizieranwärter in das 15. (Preußische) Reiterregiment ein, in dem er 1932 zum Leutnant und ein Jahr später zum Oberleutnant befördert wurde. 1935 wurde Pape zu den zur neu aufgestellten Panzertruppe gehörenden Kradschützen versetzt. Nach einer Verwendung als Bataillonsadjutant wurde er 1939 Chef der mit schweren Beiwagenmaschinen ausgerüsteten 6. Kompanie des Kradschützenbataillons 3. An ihrer Spitze zog er 1939 ins Feld.

Als schnellster und beweglichster Teil des Heeres waren die Kradschützen immer an vorderster Front. Hier bewährte sich der 1941 zum Major beförderte und zum Bataillonskommandeur avancierte Offizier durch persönliche Tapferkeit und gekonnte Truppenführung. Dafür wurde er im Januar 1942 mit dem Deutschen Kreuz in Gold und nur drei Wochen später mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. Das Eichenlaub erhielt Pape im September 1943 als Kommandeur des Panzergrenadierregiments 394. Nach einer schweren Verwundung und einem Intermezzo als Lehrgangsleiter an der Panzertruppenschule wurde Pape im Juli 1944 mit der Führung der Panzergrenadierdivision „Feldherrenhalle“ beauftragt. An ihrer Spitze bewährte sich der Oberst erneut, sodass er im Ehrenblatt des Deutschen Heeres genannt und mit der Ehrenblattspange ausgezeichnet wurde. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1944 wurde er zum Generalmajor befördert und war damit einer der jüngsten Generale der Wehrmacht.

> Abschied aus Solidarität

Im Mai 1947 aus US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen, war Pape als Arbeiter und kaufmännischer Angestellter tätig, bevor er 1956 als Brigadegeneral in die Bundeswehr eintrat. Als Kommandeur der Panzertruppenschule in Munster leistete er bis 1960 vorbildliche Aufbauarbeit für die Panzerwaffe. Anschließend wurde er Kommandeur der 5. Panzerdivision und im Juli 1962 Befehlshaber im Wehrbereich III in Düsseldorf.

Auf diesem ruhigen Posten wäre der Generalmajor planmäßig 1967 in Pension gegangen, wenn es nicht zu einem Eklat zwischen Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel und dem Generalinspekteur Heinz Trettner gekommen wäre. Der Minister hatte Trettners Jahresurlaub genutzt, um unter Umgehung der militärischen Führung einen umstrittenen Erlass herauszugeben, der es den Soldaten ausdrücklich gestattete, sich gewerkschaftlich zu betätigen. Daraufhin reichte Trettner seinen Abschied ein, da „ohne sein Mitwissen eine die innere Struktur der Streitkräfte betreffende Entscheidung getroffen worden“ sei. Die Generalität zürnte dem Minister, aber sie schwieg. Nicht so jedoch Generalmajor Pape. Was ihn empörte, war weniger der Gewerkschaftserlass an sich als die Brüskierung des obersten Soldaten. Er hielt es für seine kameradschaftliche Pflicht, sich solidarisch mit seinem Generalinspekteur zu zeigen, und reichte im September 1966 ebenfalls seinen Abschied ein. Doch seine honorige Geste blieb folgenlos. Zu seiner Enttäuschung tat es ihm keiner seiner Generalskameraden nach, und auch der Minister zeigte sich unbeeindruckt.

Mit allen Ehren in den Ruhestand verabschiedet, lebte der in Krieg und Frieden vielfach bewährte Pape bis zu seinem Tod am 21. Januar 1986 hochgeachtet in seiner Heimatstadt Düsseldorf. *J.H.*

Spätes »Sorry«

Zu: Massenmord der US-Armee (Nr. 51/52)

Vor 125 Jahren wurden im letzten vernichtenden Endkampf 350 Indianer samt ihren Pferden nahezu hingemetzelt. Im Dezember vor sechs Jahren gab es eine Entschuldigung von US-Präsident Barack Obama dafür. Lesen Sie Dee Browns Buch „Begrabt mein Herz an der Biegung des Flusses“ und Sie sind aller Illusionen beraubt! Für wen und was müsste sich Amerika noch alles entschuldigen?

Gerd Friz, Steinhagen

Gut vorbereitet

Zu: Staat in Selbstauflösung (Nr. 45)

Man kann davon ausgehen, dass langfristige Pläne für diese Fremdeninvasion bestanden haben und auf Weisung von Kanzlerin Merkel und Co. in die Realität umgesetzt wurden.

Mitte Juli 2015 sah ein Berlin-Besucher, mit welcher Hektik plötzlich Maßnahmen für die geplante Aufnahme der Fremdvölker geschaffen wurden. Auf einem städtischen Grundstück in Zehlendorf hatte man in den Sommer Hunderte alter Container abgeladen, die zu Massenblöcken neben- und übereinander verschraubt wurden. Zu jedem Container hatte man auf der schmalen Seite jeweils eine Tür und gegenüber ein Fenster eingebaut. In jeden Container wurden die notwendigen sanitären Einrichtungen eingebaut und angeschlossen. Die Riesenblöcke wurden durch stählerne Treppenanalagen verbunden. Große Erdarbeiten waren ebenfalls im Gange, die Containerblöcke an die Wasser-, Kanalisations- und elektrischen Leitungen anzuschließen.

Auf Anfrage erfuhr der Berlin-Besucher bei den Bauarbeitern, dass an dieser Stelle eine Notunterkunft für 3000 Familien (keine Einzelpersonen) im Entstehen sei. Anderswo würden ähnliche Blöcke entstehen, wo, wollte oder konnte man nicht sagen. Die ganze Hektik verriet eine kurzfristige Terminstellung, da der Bau von Wohnblöcken in der herkömmlichen Bauweise zu lange gedauert hätte.

Dem Berlin-Besucher wurde auch noch bekannt, dass man an anderen Orten, meist nahe den Großstädten, ähnliche Notunterkünfte mit großer Eile bereitstellte. Alte Baumärkte, Hallen, Häuser, Kasernen sind in gleicher Weise ohne jede Unterrichtung oder Befragung der Öffentlichkeit für die Aufnahme großer Massen hergerichtet worden.

Solche Vorbereitungen lassen sich nicht über Nacht schaffen. Sie bedürfen einer umfassenden und langfristigen Planung, die viele Monate im Voraus anlaufen muss, dazu gehören die Untersuchung der praktischen Möglichkeiten, die Örtlichkeiten, Anordnungen an die maßgebenden Stellen und das Wichtigste, die Finanzierung. Denn dazu bedarf es viel, viel Geld.

Es ist anzunehmen, dass man seit mindestens Herbst 2014 in den Kreisen der deutschen Politbonzen bis hinunter zum Oberbürgermeister genau wusste, was ab August 2015 auf Deutschland zukommen würde.

Die Berliner, die in der Nähe der beschriebenen Notsiedlung leben, in der später einmal mehr als 10 000 Menschen auf engstem Raum hausen sollen, waren sehr beunruhigt und empört. Für diese Berliner besteht kein Zweifel, dass die fremden Massen aus anderen Kulturkreisen einen Explosionsherd bilden, der Sicherheit und Leben infrage stellt.

Barbara Koerber, Gräfenberg

Etwas außer Acht gelassen

Zum Leserbrief: Einseitig (Nr. 51/52)

Der Leserbriefschreiber empfindet es als peinlich, dass der Autor des im Heimatteil in der Nummer 46 in der *PAZ* erschienenen Beitrags „Wir waren junge Soldaten“ die Kriegserklärung Englands und Frankreichs vom 3. September 1939 an Deutschland erwähnt, ohne darauf hinzuweisen, dass deutsche Truppen zwei Tage vorher die Grenze Polens überschritten haben.

Wenn dies eine Schuldzuweisung an Deutschland beinhalten soll, dann ist es umso peinlicher, wenn vergessen wird zu erwähnen, dass Polen bereits am 23. März 1939 teilmobilisierte und am 30. August die Generalmobilisation anordnete, was einer Kriegserklärung gleichkam.

Viel bedeutender aber ist, dass der Autor des im Leserforum erschienenen Beitrags nicht die unzähligen Übergriffe der Polen auf Deutsche (in den Jahren zwischen 1918 und 1939) erwähnt, die im sogenannten Korridor verblieben und so 1918 unter polnische Oberhoheit geraten waren. Dabei blieb es nicht, sondern es fanden Grenzverletzungen mit Brandschatzung statt sowie Angriffe auf Lufthansa-Flugzeuge und Angriffe auf Züge vom und zum Reich mit Schusswaffen.

Unerwähnt lässt der Leserbriefautor auch, dass die deutsche Reichsregierung trotz dieser unerträglichen Provokationen mehrfache weitreichende Friedensangebote an Polen machte. Dreimal widerrief Hitler einen bereits erteilten Angriffsbefehl auf Polen in der Hoffnung auf ein Einlenken der polnischen Regierung. Am 31. August wurde dem britischen Botschafter Henderson ein 16 Punkte umfassender Plan zur Weitergabe an den polnischen Botschafter überreicht mit außerordentlich weitreichenden Zugeständnissen. Die Annahme wurde verweigert. Da Frankreich und England keinen Frieden wollten, drängten sie das siegesgewisse Polen dazu, auf Friedensangebote nicht einzugehen.

Wenn man Auslassungen tadelt, sollte man seinerseits genau hinschauen und wichtige geschichtliche Hintergründe nicht außer Acht lassen.

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main



Plötzlicher Bauboom: Diese im Juli dieses Jahres in Berlin-Zehlendorf errichtete Container-Siedlung für Asylbewerber zeigt, dass die Behörden schon lange im Voraus auf den „Flüchtlings“-Ansturm vorbereitet waren Bild: Getty

Politische Entmündigung wird hingenommen

Zu: Bürger müssen kämpfen (Nr. 53)

Wenn man die durch Medien und Politik als „Flüchtlingskrise“ bezeichnete Situation näher beleuchtet, stellt man fest, dass sich Deutschland mittlerweile in einer gefährlichen Staatskrise befindet, die es so seit Gründung der BRD bislang noch nicht gegeben hat.

Die Gründe hierfür sind im Wesentlichen: Zum einen zeigt sich, dass unser System der rein mittelbaren Demokratie dazu geführt hat, dass „die Politik“ ohne jede Rücksichtnahme auf den Mehrheitswillen des deutschen Volkes agiert, und zum anderen verstößt die Bundeskanzlerin ungestraft gegen die Verfassung, indem sie selbstherrlich für die Gesellschaft weitreichende Entscheidungen ohne jede Beteiligung des Parlamentes trifft.

Im Folgenden möchte ich dies näher begründen: Unser Grundgesetz (GG) schreibt in Artikel 20 Absatz 2 verbindlich vor, dass „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“ und dass wir, das Staatsvolk, dieses Recht durch „Wahlen und Abstimmungen“ ausüben dürfen.

Es herrscht eine gefährliche Staatskrise

Mit Wahlen sind die alle vier Jahre stattfindenden Bundestagswahlen gemeint; mit Abstimmungen sind politische Sachentscheidungen direkt durch das Volk gemeint, wie zum Beispiel Abschaffung der D-Mark, Kompetenzverlagerungen auf die EU, Griechenlandrettung (ESM) oder die Frage, ob wir ein Einwanderungsland sein wollen, das Millionen von Zuwanderern aus beliebigen Kulturräumen ohne jede Einschränkung aufnimmt.

Während der Begriff „Wahlen“ im GG durch nachfolgende Bestimmungen näher konkretisiert worden ist (Artikel 38), hat man bei der Beratung des GG 1949 im Parlamentarischen Rat bewusst von einer Konkretisierung des Wortes „Abstimmungen“ Abstand genommen, da man so kurz nach Ende der NS-Zeit dem eigenen Volk noch nicht so recht traute und das GG auch nur für eine kurze Übergangszeit in Westdeutschland bis zur baldigen Wiedervereinigung gelten sollte. Man war sich darin einig, dass zu einem späteren Zeitpunkt diese Konkretisierung erfolgten solle, spätestens dann nämlich, wenn nach Wiedervereinigung Deutschlands das GG durch eine vom Volk beschlossene Verfassung abgelöst wird. Mit anderen Worten: Artikel 20 GG enthält einen bis heute nicht eingelösten Auftrag an Bundestag und Bundesrat, diese Ergänzungen vorzunehmen.

Insbesondere die sogenannten Volksparteien CDU und SPD haben sich über Jahrzehnte an diesen äußerst luxuriösen Zustand gewöhnt und möchten ihn nicht mehr missen. Zwar behauptet die SPD vor Wahlen regelmäßig, für eine Ergänzung zu sein, spätestens aber bei den Koalitionsverhandlungen lässt sie diesen Punkt sofort – und wohl auch gerne – wieder unter den Tisch fallen. Die CDU war schon immer dagegen.

Schaut man auf die politische Landkarte Europas, so stellt man mit Erstaunen und Befremden fest, dass in allen anderen Staaten das Volk an politischen Sachentscheidungen beteiligt werden kann. Einzig in der Mitte Europas gibt es einen weißen Fleck mit den Konturen Deutschlands.

Diese politische Entmündigung des eigentlichen Trägers der Staatsgewalt wird mittlerweile von vielen Menschen hier als „normal“ angesehen und nicht weiter beklagt. Warum das so ist? Sie kennen es nicht anders, weil sie in der Regel auch keine Detailkenntnisse zum GG haben und auf der anderen Seite Politik und Medien das Plebiszit-Thema erfolgreich totschweigen.

Ich muss zugeben: Als Dozent im Fach Staats- und Europarecht

Die Politik produziert Frustration im Land

habe ich in der Vergangenheit zwar mit großem Bauchgrimmen, aber pflichtgemäß die herrschende Lehre verkündet, wonach die rein mittelbare Demokratie natürlich eine von mehreren Spielarten der Demokratie sei. Aber sie ist, wenn man sie mit anderen vergleicht, letztlich eine solche von minderer Qualität.

Die Folgen erleben wir jetzt: Die Mehrheit des Volkes ist entsetzt über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und fühlt sich ohnmächtig hiergegen irgendetwas ausrichten zu können; die nächsten Wahlen sind noch weit weg und Volksabstimmungen sind immer noch nicht möglich. So produziert natürlich die Politik selbst Frustration und die sogenannten „Wutbürger“, auf die man dann trefflich schimpfen kann.

Karl-Heinz Führen, Bad Essen

Große Worte

Zu: Von wegen „herrschaftsfrei“ (Nr. 51/52)

Der Autor beschließt seine Ausführungen mit der Aussage: „Verstärkt durch das Instrument der ‚Politischen Korrektheit‘ hat sich eine Ausgrenzung aller abweichenden Meinungsäußerung als gängige Praxis etabliert.“ Da ist es interessant, was der Philosoph Alexis de Tocqueville 1835 geschrieben hat: „Unter der absoluten Herrschaft eines Einzelnen schlug der Despotismus, um den Geist zu treffen, den Körper... In den demokratischen Republiken geht die Tyrannei ganz anders zu Werk: Sie kümmert sich nicht um den Körper und geht unmittelbar auf den Geist los. Der Machthaber sagt hier nicht mehr, ‚du denkst wie ich oder du stirbst. Du hast die Freiheit nicht zu denken wie ich; Leben, Vermögen und alles bleibt dir erhalten, aber von dem Tage an bist du ein Fremder unter uns. Du wirst dein Bürgerrecht behalten, aber es wird dir nicht mehr nützen, denn wenn du von deinen Mitbürgern gewählt werden willst, werden sie dir ihre Stimme verweigern ... Du wirst weiter bei den Menschen wohnen, aber deine Rechte auf menschlichen Umgang verlieren ... selbst wer an deine Unschuld glaubt, wird dich verlassen. Gehe hin in Frieden, ich lasse dir das Leben, aber es ist schlimmer als der Tod‘.“

Rolf Bürgel, Darmstadt

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Zu viel Beifall

Zu: Der Rausch der Maßlosen (Nr. 51/52)

Da stehen dann hinter einer geborstenen Glasscheibe in Pjöngjang die Mitglieder des nordkoreanischen „Parlaments“ und klatschen dabei ihrem großen Vorsitzenden endlosen Beifall – so ähnlich wie die CDU-Parteitagsdelegierten in Karlsruhe für ihre Vorsitzende.

Eigentlich hatte die CDU keinen Grund dafür, denn die Gesetzeslage gab und gibt für die Aufhebung der Grenzkontrollen – übrigens eine einsame Entscheidung der Kanzlerin – keine Berechtigung her. Eine private „Willkommenskultur“ sieht das Grundgesetz nicht vor. Und wenn Frau Dr. Merkel sagt, dass ohne eine solche dieses Land nicht mehr ihr Land sei, so ist die Bundesrepublik Deutschland mit dieser „Kultur“ nicht mehr das Land der Deutschen. Und da wir in der EU mit den Verträgen beziehungsweise Abkommen von Dublin und Schengen in einem Verbund stehen, so ist eine solche Union dann auch nicht mehr das, was die anderen Mitglieder dieser Gemeinschaft darunter verstehen, wie denn dies auch die Reaktion der meisten Regierungen zeigt.

Auch der Beifall von der linken Seite des Parlaments sowie des mitte-linken Koalitionspartners SPD, sogar mit Bibelzitaten der ansonsten gar nicht so frommen roten und grünen Genossen, hilft damit nicht über die Hürde des Rechts. Mit der Bergpredigt, so schon Martin Luther, kann man

Kanzlerin handelte eigenmächtig

ein Land nicht regieren. Das spricht nicht gegen die privaten Helfer, doch dieser Einsatz macht einmal mehr das durch die Kanzlerin angerichtete Chaos deutlich und kaschiert ihr politisches Debakel. Dass sie dort, wo der Ex-Bundespräsident Christian Wulff es vernommen haben will, höchste Anerkennung und Zustimmung findet, zeigt nur, wie begrenzt dessen Wahrnehmung ist.

Als politisches Leichtgewicht hat Kabarettist Georg Schramm Wulff bereits in einer Aussage des großen Theologen Thomas von Aquin (1225–1274) entdeckt und charakterisiert: „Die blasse Harmlosigkeit, die sich leider oft mit Erfolg als Demut ausgibt, sollte doch niemand für eine christliche Tugend halten.“ Aber das ist jetzt nicht so wichtig. Worum es im Kern geht, ist die Gesetzeslage und am Ende auch um etwas Geld; zwar nicht um viele Millionen, sondern nur um ein paar Milliarden mit steigender Tendenz. Doch das wäre ein weiteres Thema neben dem Gesetz.

Wie verantwortet die Kanzlerin ihre eigenmächtige Entscheidung? Die Claqueure aus den Reihen der CDU „ermächtigen“ sie nicht dazu. Noch einmal und endgültig im Sinne von Recht und Verfassung: Der Souverän, das Volk, muss darüber entscheiden, wer dauerhaft zu diesem Volk gehören soll, dem ja auch die Aufschrift am Reichstagsgebäude gewidmet ist; nicht der „Bevölkerung“, wie es der Sandkasten im Innern desselben suggerieren soll. Deutschland, einig Vaterland, ist nicht auf offene Grenzen angewiesen. Es existiert nur, weil es Grenzen hat. Und die öffnen wir gerne, aber nicht für jeden!

Prof. Karl-Heinz Kuhlmann, Bohmte

Das Ostpreußenblatt

Nr. 2 – 15. Januar 2016

MELDUNGEN

Zu hohe Schadstoffwerte

Allenstein – In einem Bericht über die Qualität der Luft im südlichen Ostpreußen schnitten die meisten der untersuchten Städte gut ab. In Allenstein, Elbing, Deutsch-Eylau und Neidenburg wurde allerdings der zulässige Höchstwert an krebserregenden Schadstoffen überschritten. Verantwortlich sind dafür nicht nur die Industriebetriebe, sondern vor allem die sogenannten kleinen Emissionen wie die Beheizung privater Häuser mit Kohle. Tomasz Zalewski von der Umweltinspektion der Woiwodschaft regte Hilfsprogramme für eine umweltfreundliche Wirtschaft an. Die Woiwodschaftsverwaltung erarbeitet jetzt ein neues Luftreinhalte-Programm, das ein Verbot der Kohleheizung mit sich bringen könnte. Ob es dazu kommen werde, sei noch nicht sicher, so Grzegorz Droszdowksi, Leiter der Umweltabteilung. *PAZ*

Rocker pachten Bastion Pregel

Königsberg – Der russische Motorradclub „Nachtwölfe“ hat einen fünfjährigen Pachtvertrag für die Bastion Pregel in Königsberg abgeschlossen. Dieser beinhaltet die Übernahme von Restaurierungsarbeiten durch die Pächter, mit der die Rocker bereits vor der Vertragsunterzeichnung in Eigenleistung begonnen hatten – bisher zur vollen Zufriedenheit der russischen Denkmalschutzbehörden. Die „Nachtwölfe“ gelten als kremlnah und patriotisch. In den westlichen Medien fanden sie erstmals Aufmerksamkeit durch ihre Sternfahrt auf die Krim nach deren Anschluss an Russland sowie im Zusammenhang mit der in Europa teils untersagten Sieges- beziehungsweise Friedensfahrt zum Jahrestag des Kriegsendes nach Berlin. Wenn sie jetzt ein deutsches Fort des 19. Jahrhunderts herrichten, dessen 2400 Quadratmeter ihnen künftig eine Heimstatt bieten sollen, ist dies in jedem Fall eine symbolträchtige Aktion, die sich mit etwas gutem Willen durchaus auch völkerversöhnend ausgestalten lässt. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Milomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Umgehungsstraße von Elbing [Elblag], Baustelle; Liebemühl [Miłomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elblag] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. *E.G.*

Neue Ideen für Schloss-Wiederaufbau

Nach Architektenwettbewerb: Internetgemeinde in Königsberg mehrheitlich gegen Juryentscheidung

Seit vielen Jahren wird über die Gestaltung des Königsberger Stadtzentrums enthusiastisch gestritten. Viele Pläne und Projekte wurden erstellt und wieder verworfen. Ob der jüngste Entwurf des italienischen Siegers eines Architektenwettbewerbs realisiert wird, hängt neben der Akzeptanz seitens der Bevölkerung auch von der Wirtschaftsentwick-lung ab.

Vor Kurzem wurde ein öffentlich ausgeschriebener Architekturwettbewerb mit dem Titel „Schlossnachbau“ durchgeführt. Die Zielbeschreibung des Wettbewerbs war derart metaphorisch und künstlerisch kompliziert abgefasst, dass man sie äußerst breit auslegen konnte: „Findung eines modernen Erscheinungsbilds des historischen Zentrums von Königsberg mit Blick auf das historische und kulturelle Potenzial des Ortes“. Die Jury bestand aus Architekten und leitenden Repräsentanten der Gebiets- und Stadtregierung, darunter auch Gouverneur Nikolaj Zukanow und Bürgermeister Alexander Jaroschuk. Für den Wettbewerb wurden knapp 50 Arbeiten aus verschiedenen Ländern eingereicht – Singapur, Indien und China eingeschlossen. Bemerkenswert ist, dass aus der Bundesrepublik Deutschland kein einziger Vorschlag einging.



Könnte einst Wirklichkeit werden: Animation des zum Teil wiedererrichteten Königsberger Schlosses Bild: J.T.

Gewonnen hat Anton Sagal, ein Student des Mailänder Polytechnischen Instituts, der einige Jahre in Königsberg gelebt hat. Sein Plan sieht den Erhalt des Hauses der Räte vor und dessen Integration in einen teilweisen Wiederaufbau des Königsberger Schlosses. Darüber hinaus sticht seine Gestaltung durch eine Kombination von modernen Gebäuden mit nachgebauten historischen Bauten hervor. Auf diese Weise entsteht ein Nebeneinander von der Vorkriegszeit und der sowjetischen Ära sowie der postsowjetischen Gegenwart auf ein und derselben Straße. Sagal erhielt den Hauptpreis in Höhe von umgerechnet gut 24 000 Euro.

Wie sich in zwei parallel laufenden Umfragen im Internet herausstellte, teilt die Bevölkerung nicht die Meinung der Jurymitglieder nicht. Die Mehrheit hätte sich für den Vorschlag des Königsberger Architekten Arthur Sarnitz entschieden. Das wundert nicht, denn er schlägt einen umfassenderen Wiederaufbau der historischen Bauten vor. Sein Vorschlag fand beim Wettbewerb durchaus Beachtung. In der gesonderten Kategorie „Für den schönsten Traum“ wurde er als bester ausgezeichnet. Er erhielt einen Preis in Höhe von umgerechnet 6000 Euro.

Sparzwang behindert ehrgeizige Pläne

Während die Architekten noch mit Enthusiasmus darüber streiten, wessen Idee die beste wäre und mehr Perspektiven für die Stadtentwicklung böte, wurde im Kulturministerium des Gebiets bereits erörtert, welche Kulturobjekte auf dem Gelände des neuen Gebäudekomplexes untergebracht werden sollen.

Im Königsberger Schloss, das in offiziellen Dokumenten als „Staatlicher historisch-kultureller Komplex“ bezeichnet wird, sind ein Schlossmuseum, ein archäologisches Museum und ein Hochzeitssaal geplant. Im Erdgeschoss könnten ein Café und Souvenirläden entstehen. Die Konzeption des archäologischen Museums wird bereits entwickelt, da Exponate, die Teil der Ausstellung werden könnten, in den Gewölben der Museen des Gebiets mehr als ausreichend vorhanden sind.

Unterdessen kann man davon ausgehen, dass dieser Architektenwettbewerb bei Weitem nicht der Letzte sein wird. Man muss sich nur in Erinnerung rufen, wie viele es in den vergangenen zehn Jahren seit dem 750. Jubiläum der Stadt gegeben hat. Jedes Mal wurden neue Ideen geboren, Jurys gebildet, neue Preise ausgelobt, und jedes Mal schien es so, als habe man endlich das Richtige gefunden, doch jedes Mal begann dann alles wieder von vorne.

Früher oder später wird das historische Viertel der Stadt wieder aufgebaut werden, aber wann das sein wird und in welcher Form, bleibt eine offene Frage wie auch schon vor zehn Jahren. Zu den bestehenden Problemen gesellt sich noch die augenblickliche ungünstige wirtschaftliche Lage, die zu einer Ausgabenreduzierung in vielen Bereichen führen wird.

Für die Realisierung eines so ehrgeizigen, bedeutenden und großangelegten Projekts wie die Wiederherstellung der historischen Gestalt des Stadtzentrums sollte man sich daher eine Zeit aussuchen, die dessen Vollendung mehr begünstigt als die derzeitige. *Jurij Tschernyschew*

Lapidarium auf den Kernsdorfer Höhen

Landschaftsparkteam des Oberlandes eröffnete nach Konferenz einen Stein-Lehrpfad in der Gemeinde Osterode

Das neu eröffnete Geologische Lapidarium auf den Kernsdorfer Höhen im Kreis Osterode ist das einzige seiner Art in der Region. Es handelt sich um eine Ansammlung von Findlingen, die aus Schweden, dem Boden der Ostsee, von den Åland-Inseln sowie aus Finnland stammen. Das Lapidarium (von lateinisch lapis „Stein“) liegt an einem Abhang der Kernsdorfer Höhen, des höchsten Gipfels Ostpreußens (312 Meter). Über 20 Findlinge, die vor allem aus lokalen Tagebauen der Region kommen, sind hier ausgestellt und mit Typenschildern versehen. Die Schilder erzählen von der Art der Steine, ihrer Herkunft und davon, wie, wann und aus welchen Mineralien sie gebildet wurden. Die Sammlung soll um neue und interessante Findlinge erweitert werden.



Fand reges Interesse der Konferenzteilnehmer: Findlingspark am Eröffnungstag Bild: L.Ch..

An der Eröffnung des Lapidariums Ende 2015 und einer Konferenz in Kernsdorf unter dem Titel: „Geologisches Lapidarium auf den Kernsdorfer Höhen“ nahmen zahlreiche Interessierte teil, unter anderem Vertreter aus den Schulen der Gemeinde Löbau, die ständig mit dem Landschaftsparkteam der Deutsch-Eylauer Seenplatte und Kernsdorfer Höhen in Gerswalde zusammenarbeiten. Diese Konferenz wurde den zwei wichtigen Ereignissen zur Förderung der Kernsdorfer Höhen gewidmet. Erstens war es eine Gelegenheit zur Präsentation der Veröffentlichung unter dem Titel: „Kernsdorfer Höhen. Geologie, Landschaft, Raumanthropologie“ von Dariusz Galazka, Wieslaw Skrobot und Aicja Szarzynska. Die Veröffentlichung wurde durch das Ermland-Masurische Zentrum für Lehrerbildung in Allenstein – Allensteiner Zentrum Umweltbildung gefördert. Die Konferenz war zweitens eine Gelegenheit, das Geologische Lapidarium zu eröffnen, das sich auf einer Lichtung auf dem Lehrpfad des Forstamts von Hohenstein in Kernsdorf befindet. Das Lapidarium wurde durch das Landschaftsparkteam der Deutsch Eylauer Seenplatte und Kernsdorfer Höhen in Gerswalde in Zusammenarbeit mit dem Allensteiner Zentrum für Umweltbildung organisiert.

Die Konferenzteilnehmer hörten einen Vortrag von Galazka. einem Wissenschaftler des Geologischen Staatsinstituts unter dem Titel „Steinerne Pilger“. Er präsentierte die ungewöhnlichen geologischen Eigenschaften der Kernsdorfer Höhen und ihrer Findlinge. Den zweiten Vortrag hielt Wiesław Skrobot vom Deutsch-Polnischen Forschungsinstitut Collegium Polonicum Słubice (Frankfurt/Oder – Dammvorstadt) unter dem Titel „Über die Macht der Wanderschaft. Die Erfahrung der Kernsdorfer Höhen“. In diesem Vortrag wurden die kulturellen Werte der Kernsdorfer Höhen präsentiert.

Nach dem Vortragsteil gingen alle Teilnehmer auf die Kernsdorfer Höhen, um an der Eröffnungsfeier des Geologischen Lapidariums teilzunehmen. Einen der Findlinge umschlang ein rotes Band: der Granit Bla Jungfrun (Blaue Jungfrau). Er stammt von einer kleinen schwedischen Insel gleichen Namens, und er ist zirka 1,6 Milliarden Jahre alt. Er wurde in der Nähe der Gemeinde Löbau gefunden. Tadeusz Ratynski, der Vizepräsident des Woiwodschaftsfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft in Allenstein, sowie Bogusław Fijas, Bürgermeister der Gemeinde Osterode, sein Amtskollege Henryk Kacprzyk aus Grünfelde und Jarosław Opas als Vertreter des Forstamts von Hohenstein durchschnitten das Rote Band. *Leszek Chaburski*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

ein an uns gestelltes Anliegen gleich vorweg, weil es einen hohen Schwierigkeitsgrad aufweist, da nicht nur die Zeit eine Rolle spielt, sondern auch die Frage, ob die gesuchten Informanten überhaupt auf diesem Wege zu erreichen sind. Die Ostpreußische Familie gehört nämlich nicht gerade zur Erfolg versprechenden Zielgruppe. Oder sie scheint es zumindest nicht. Immerhin ist es möglich, dass jemand aus unserem Leserkreis eine Verbindung zu ehemaligen deutschen Häftlingen des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig hat oder diese vermitteln kann. Das ist jedenfalls die Hoffnung des wissenschaftlichen Mitarbeiters der KZ-Gedenkstätte in Stutthof, **Piotr Chruscielski**, der sich an uns gewandt hat mit der Bitte, ihm bei seiner Suche nach Zeitzeugen zu helfen. Der junge Pole ist Doktorrand an der Universität Danzig und benötigt die Angaben für seine Dissertation, die vor allem die Auseinandersetzung mit dem Lagerleben zum Thema hat. Nach einer ersten kurzen Anfrage, ob wir bereit wären, seine Suche nach in Frage kommenden Informanten zu unterstützen, die wir – mit Vorbehalt wegen der erwähnten Zweifel an einem Erfolg – bejahten, übersandte uns der Antragsteller nun ein direkt an unsere Ostpreußische Familie gerichtetes Schreiben mit konkreten Angaben, das wir der Richtigkeit halber in vollem Wortlaut bringen:

„In meiner Dissertation möchte ich die Lebenswege einzelner Häftlinge rekonstruieren, um ein möglichst breites Panorama der deutschen Häftlingsgesellschaft im Lager schildern zu können. Ich suche nach Personen, Zeugnissen und anderen Erinnerungsstücken, die für eine solche ‚Rekonstruktion‘ von Bedeutung sein könnten. Das Thema ‚Deutsche Häftlinge im KZ-Stutthof‘ ist bis heute kaum aufgearbeitet worden. Mit meinen Forschungen möchte ich diese Lücke ausfüllen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, zu meinem Projekt beitragen könnten. Meine Fragen lauten: Waren Sie Häftling im KZ Stutthof? Sind Sie Angehörige eines ehemaligen Häftlings? Sind Ihnen Personen bekannt, die im Lager Stutthof in Haft waren? Besitzen Sie Erinnerungsstücke, die mit dem Lager zu tun haben? Können Sie über die NS-Zeit in Ostpreußen berichten? Lassen Sie bitte nicht zu, dass die Geschichten dieser verfolgten Landsleute in Vergessenheit geraten! Sie können mich per E-Mail (piotr.chruscielski@stutthof.org.) oder auf postalischem Weg (Piotr, Chruscielski, Museum Stutthof, ul. Muzealna, 62-110 Sztutowo, Polen) kontaktieren. Auch ein persönliches Treffen kann ich mir vorstellen.“

Soweit das direkt an unsere Leserinnen und Leser gerichtete Schreiben des polnischen Doktoranden. Mehr als 70 Jahre nach der Lagerzeit dürften nur noch wenige ehemalige Insassen des Lagers Stutthof leben, und diese müssten damals sehr jung gewesen sein. Aber es ist durchaus möglich, dass sich in manchen Familien die Erinnerung an ein dort inhaftiertes Mitglied erhalten hat und dass es noch Belege darüber gibt. Einen möglichen Informantenkreis hat der Suchende aber nicht in Betracht gezogen: Da Häftlinge auch außerhalb des Lagers zur Arbeit eingesetzt wurden – dieses Thema wurde schon einmal in einem Beitrag erwähnt –, könnten sie Kontakt zu Personen bekommen haben, die zu unserem Leserkreis gehören. Leider spielt auch hier die große Zeitspanne eine undankbare Rolle, die das Suchen immer schwieriger macht.

Ein Quäntchen Hoffnung sollte man immer einbringen, denn manche Fragen lösen sich erst nach Jahr und Tag – vorausgesetzt, man bleibt am Ball. Das können wir zu unserer Freude wieder einmal feststellen, denn nun wird wohl auch unser zweites Gesangbuch aus der „Schatzkammer“ der Ostpreußischen Familie seinen richtigen Platz finden. Selbst wenn es keinem Nachfahren seines ehemaligen Besitzers zuzuordnen ist, weil es ja keine namentliche Eintragung in dem von der Evangelisch-Lutherischen Synode von Wisconsin herausgegebenen Werk gibt. Das weit mehr ist als ein Textbuch von fast 700 „Lob- und Gebetliedern“, sondern ein Lehrbuch für das christliche Leben in Gemeinde, Schule und häuslichem Leben. Ein kleines Beispiel für die alles bestimmende tiefe Gläubigkeit sind die Zehn Gebote mit den Anweisungen „wie sie ein Hausvater seinem Gesinde einfältiglich fürhalten soll“. Dass dies auch von dem ehemaligen Besitzer befolgt wurde, beweist ein – mit Schreibmaschine geschriebenes! – „Suendenbekenntnis“ auf der Innenseite des Buchdeckels, allerdings ohne Namensnennung, der Bekennende bleibt anonym. Wie, wann und von wem das Buch uns übergeben wurde, ist nicht mehr nachvollziehbar, spielt aber auch keine Rolle angesichts der Entwicklung, die sich nun bei der erneuten Suche ergeben hat. Denn kaum hatten wir in Folge 49/15 das Gesangbuch noch einmal vorgestellt, meldete sich Frau **Audlind Vohland** aus Marburg mit einem langen Schreiben, das schon aus den Anfangszeilen eine mögliche Lösung erwarten ließ:



Führt die Spur des Gesangbuches aus Minnesota nach Insterburg zurück? Bild: Archiv

„Mit großer Erwartung und Begeisterung möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich vermutlich das Rätsel um das amerikanische Gesangbuch lösen kann, von dem Sie annahmen, dass es nichts mit Ostpreußen und anderen Vertreibungsgebieten zu tun habe. Nach meiner Auswertung Ihrer Angaben dürfte das Gegenteil zutreffen. Dieses von Ihnen seit Jahrzehnten gehütete Gesangbuch hat mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit ‚Insterburger Wurzeln‘ und ist ein spektakuläres Beispiel für die Fernwirkung ostpreußischer Reformationsgeschichte in Amerika, und ausgerechnet ein Insterburger hatte daran einen entscheidenden Anteil.“

Frau Vohland macht die Sache noch spannender, indem sie den Namen des Betreffenden noch nicht anführt sondern zuerst die Kriterien auflistet, die zu ihrer Vermutung führen, und die ihre fundierten Kenntnisse auf diesem Gebiet beweisen. Denn alle Einzelheiten, die wir bei der Veröffentlichung erwähnt haben, sind für sie geradezu detektivische Indizien für eine kirchengeschichtliche Einordnung:

1) die Herkunft aus der Wisconsin-Synode, USA
2) der pädagogisch-missionarische Charakter des Buches
3) der anscheinend vorhandene theologische Lehrbuch-Anteil neben den Liedern
4) der Eindruck, dass der Herausgeber ein wissenschaftlich orientierter Theologe war, der sich außerdem zwischen der deutschen und amerikanischen Gesellschaft bewegte
5) die Vermutung, dass das Gesangbuch für Auswanderer beziehungsweise deutsche Neusiedler in Amerika bestimmt war.

Diese fünf Kriterien treffen nach Frau Vohlands Kenntnissen nur auf einen bestimmten Urheber zu, und nun nennt sie auch seinen Namen: Es handelt sich um den Pädagogen und Missionar **Eduard Friedrich Moldehnke**, später **Edward Frederick Moldenke**, *10. August 1836 in Insterburg, †25. Juni 1904 in Watchung/USA.

Audlind Vohland führt nun den Lebens- und Wirkungsweg dieses missionarisch wirkenden Kirchenmannes auf, der bereits als junger Theologe bei seinem ersten Amerikaaufenthalt in Wisconsin im kirchlichen Leben eine führende Rolle spielte, indem er zum Präsidenten des Lutherischen Theologischen Seminars von Watertown gewählt wurde und mehrere grundlegende Schriften herausgab, darunter das „Gemeindeblatt der Wisconsin-Synode“, die ja auch als Herausgeber des Gesangbuches zeichnet. Allein diese Dokumentationen berechtigen schon zu der Annahme, dass Moldenke auch einen Einfluss auf die Gestaltung des Buches hatte, die durch weitere Ausführungen von Frau Vohland bestätigt wird, auf die wir leider hier und heute nicht näher eingehen können. Aber das Thema ist ja noch lange nicht beendet, denn nun kommen wir zu dem Hauptgrund ihres Schreibens: Als Beauftragte des Insterburger Heimatmuseums in Krefeld, das Frau Vohland mit aufgebaut hat und in dem sie bereits viele unbekannte Objekte identifizierte und interpretierte, bittet sie uns, dieses „einzigartige Werk der Reformationsgeschichte“ dem Heimatmuseum zu überlassen. Diesen Wunsch würde ich ihr gerne erfüllen, was ganz im Sinne der Ostpreußischen Familie wäre – und persönlich in Verpflichtung gegenüber meinem Insterburger Vater –, wenn es da nicht einen kleinen Hemmschuh gäbe.

Da hatte das Gesangbuch jahrzehntelang ein Dunkeldasein geführt, und jetzt kommt gleich doppelt Licht in die Geschichte. Und kaum zu glauben: die zweite Spur führt nach Wisconsin! Die Weichen dazu stellt Herr **Lothar Stockhaus** aus Düsseldorf. Als er in unserer Kolumne von dem Gesangbuch las, fiel ihm sofort sein amerikanischer Briefpartner ein, mit dem er auf eigenartige Weise in Verbindung gekommen war: Auf einer seiner fast monatlichen Reisen von Düsseldorf nach Stralsund fand Herr Stockhaus auf dem Boden eines Wagens einen Kofferanhänger mit der gut beschrifteten Namensangabe „Pastor **Frederick Voss**“ und dessen Adresse in Alaska. Er sandte den Kofferanhänger an diese Anschrift und bekam eine dankbare Antwort, in der Pastor Voss, der auf einer Deutschlandreise das Meeresmuseum in Stralsund besucht hatte, auf seine deutschen Vorfahren einging, die um das Jahr 1840 nach Amerika ausgewandert waren und in Wisconsin eine endgültige Bleibe gefunden hatten „where the land looks just like the area of Germany“. Frederick Voss hat Wisconsin zwar bereits vor über 30 Jahren verlassen, amtierte in Kalifornien und ist nun seit zehn Jahren als Pastor der Lutheran Church in Alaska tätig. „Wisconsin“ war nun das Stichwort für Herrn Stockhaus, um sofort seinem Briefpartner von dem Gesangbuch zu berichten. Ob dieser noch Verbindung zu Wisconsin hat, ist nicht bekannt, aber anzunehmen. Noch hat Lothar Stockhaus keine Antwort erhalten, aber wir müssen diese abwarten, und das kann leider noch etwas dauern. Zuerst einmal herzlichen Dank an Frau Vohland wie an Herrn Stockhaus für ihre so schnellen und intensiven Bemühungen.

Eure

Ruth Geede





Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Polens neue Regierung will Medien »repolonisieren«

Muss sich die deutsche Volksgruppe wegen der Partei »Recht und Gerechtigkeit« Sorgen um ihre Medien machen?

Seit die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Herbst letzten Jahres die polnische Parlamentswahl gewonnen hat, vollzieht sie einen Umbau staatlicher Strukturen im Rekordtempo. Letzter Akt – so die Darstellung der Opposition – war die Übernahme der staatlichen Kontrolle über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Aus dem Büro des Staatspräsidenten heißt es von Malgorzata Sadurska zur faktischen Entmachtung der Rundfunkräte von TVP und Polskie Radio: „Diese Entscheidung sorgt dafür, dass öffentliche, das heißt jetzt nationale Medien objektiver berichten werden.“

Die Strukturen der Deutschen Minderheit in Polen haben sich über die Jahre meist aus dem großen politischen Ränkespiel heraushalten können, doch bei der Wucht, mit der die neue Regierung in Warschau die Umgestaltung vorantreibt, herrscht die Sorge, dass man in einen Bekenntnisstrudel hineingezogen werden könnte. Gesellschaftspolitisch steht ein Großteil der deutschen Volksgruppe Positionen von „Recht und Gerechtigkeit“ durchaus nahe. Dennoch hat deren antideutsche Grundhaltung Sympathie für PiS im Grunde stets ausgeschlossen. Erst Recht, da die PiS angekündigt hat, das Pressewesen zu „repolonisieren“. Unter anderem führt sie an, dass deutsche Printverlage im Lande über 100 Printmedien herausbrächten.

Dabei ist die Medienpolitik mancher deutscher Verlage im Grunde einfach. Die Auflage zählt: In seinem polnischen Blatt beteiligt man sich mit Wonne daran, Vertriebenenverbänden Revanchismus anzudichten, während das gleiche Thema in eigenen Publikationen in der Bundesrepublik mittlerweile zumindest differenziert aufgegriffen wird. So im vergangenen Jahr im Hinblick auf die Anbringung einer Gedenktafel für Herbert Czaja in dessen Geburtsort Skotschau.

Till Scholtz-Knobloch, von 2010 bis 2015 Chefredakteur beim minderheitseigenen „Wochenblatt.pl“, bestätigt, dass das Wirken deutscher Verlage in Polen oft zweifelhafter war als die staatliche polnische Politik gegenüber Minderheitsmedien: „In meiner Zeit habe ich nicht einen Fall erlebt, wo uns vom Warschauer Innenministerium ernsthaft in Inhalte hineinregiert wurde. Vielmehr wurde in einem Schreiben daran erinnert, dass die Anteile deutschprachiger Print-, TV- oder Radioartikel ausbaubar sind“, während nicht wenige Vertreter der Minderheit im Bewusstsein des schwierigen sprachlichen Standes der deutschen Volksgruppe Berichterstattungen substantieller Inhalte oft gar eher in Polnisch bevorzugen.

Im aktuellen, zweisprachig erscheinenden „Wochenblatt.pl“ der Deutschen in der Republik Polen äußert sich deren Vertreter in der „Gemeinsamen Kommission für die Zusammenarbeit der Regierung mit den nationalen und ethnischen Minderheiten“, Rafal Bartek. Taktisch vorsichtig sagt er: „Die neue Regierung wird die Liste der von polnischer Seite zu unterstützenden Projekte der nationalen Minderheiten zum Erhalt ihrer Kultur und Identität wie in den vergangenen Jahren auch weiterhin unterstützen. Im Dezember wurde bekannt gemacht, was den Minderheiten die Planung ihrer Veranstaltungen 2016 ermöglicht.“ Auch in Sachen Proportionen gibt es nichts grundsätzlich Neues. Hauptnutznießer sind die Ukrainer im Lande, die mit 2,6 Millionen Zloty (rund 0,6 Millionen Euro) am meisten bezuschusst werden, gefolgt von Deutschen und Weißrussen mit jeweils etwa 2,5 Millionen Zloty. Das heißt, dass die bei weitem größte Volksgruppe der Deutschen auch nach dem Regierungswechsel in Warschau nicht ihrem Anteil entsprechende Leistungen empfangen wird. Ob sich im Umgang mit den Deutschen in Pommern, West- und Ostpreußen sowie Schlesien und Lodsch noch etwas ändert, das wird die nächste Sitzung des Gremiums am 16. Februar zeigen.

Für eine unmittelbare staatliche Kontrolle der deutschen Minderheitsmedien spricht eigentlich nicht viel, denn dazu sind diese einfach zu unbedeutend. „Als Redakteur kennt man jedoch gesellschaftliche Tabus, deren Behandlung mehr schaden als nützen würden“, betont Scholtz-Knobloch, der nach polnischem Presserecht eigentlich gar nicht diese Position ausüben durfte. „Das ist der Unterschied zu Deutschland. Irgendwann war ich dann doch als Chef registriert – zwar bürokratisch aber ohne jedes Aufsehen. Mein einheimischer Vorgänger hat einmal über Forschungen in Biskupin geschrieben, nach denen diese Palisadensiedlung eventuell germanischen Ursprungs sein könnte. Das war Warschau damals wohl doch zu viel, wie ich hörte.“

Und genau an dieser Stelle könnte sich vielleicht in Zukunft Druck entfalten. Es könnte aber auch sein, dass es zu gar keinem Druck kommt, aber dafür zu vorauseilendem Gehorsam, zur Selbstzensur. *Edmund Pander*





ZUM 103. GEBURTSTAG

Knapp, Charlotte, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 15. Januar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Winkler, Edith, geb. **Wedel**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brosch, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 21. Januar
Müller, Margot, geb. **Kukelka**, aus Ebenrode, am 15. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Zywietz, Ella, geb. **Roschkowski**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 19. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Jopp, Lothar, aus Lyck, Soldauer Weg 5, am 19. Januar
Ting, Paul, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 17. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Frahm, Johanna, geb. **Hapke**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Lachenwitzer, Ursula, geb. **Mex**, aus Treuburg, am 16. Januar
Seewald, Ilse, aus Lyck, am 17. Januar
Willuhn, Frieda, geb. **Holz**, aus Uggehnen, Kreis Samland, am 21. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Burmeister, Anita, geb. **Alexy**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 21. Januar
Giese, Kurt, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 15. Januar
Glashagel, Margarete, geb. **Reinbacher**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 15. Januar
Roethig, Rudi, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 18. Januar
Ruhstein, Elli, geb. **Wippich**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 16. Januar
Ruschinzik, Eva, geb. **Meinke**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 19. Januar
Schimanski, Emma, aus Bujaken, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Stankewitz, Ernst, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 15. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bisges, Gertrud, geb. **Lasarzewski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 20. Januar
Drebot, Gertrud, geb. **Seidler**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Gerewitz, Emma, geb. **Schuran**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 18. Januar
Kallweit, Elisabeth, geb. **Wallis**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 18. Januar
Knorr, Meta, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Kröhnert, Gerda, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Kudritzki, Bernhard, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 19. Januar
Lange, Margarete, geb. **Czaplinski**, aus Treuburg, am 20. Januar
Leiss, Irmgard, geb. **Liss**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 20. Januar
Ludwig, Erna, geb. **Hankel**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 17. Januar
Müller, Edith, geb. **Hildebrandt**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 15. Januar
Sasse, Erna, geb. **Kriese**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 16. Januar
Scheller, Hildegard, geb. **Dronsek**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 16. Januar
Scheller, Hildegard, geb. **Kühn**, aus Hennenberg, Kreis Lyck, am 16. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Abendroth, Christel, geb. **Torner**, aus Lyck, Thorner Straße 1, am 15. Januar
Bartuleit, Ernst, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Brosowske, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Guth, Elisabeth, geb. **Fröhlian**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 20. Januar
Jurkschat, Rudolf, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. Januar
Lehmann, Alfred, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar
Nobis, Erna, geb. **Bergmann**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 20. Januar
Plaga, Gerhard, aus Lyck, am 16. Januar
Truskowski, Gertrud, geb. **Czerwonka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck,am 17. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Barthel, Gertrud, geb. **Scheckenreuter**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Bögge, Irmgard, geb. **Balzer**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 18. Januar
Faerber, Anna-Elise, geb. **Possekel**, aus Ebenrode, am 18. Januar
Hertrampf, Gertrud, geb. **Passargus**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 18. Januar
Kleine, Elfriede, geb. **Kramberger**, aus Lyck, am 20. Januar
Klietz, Margarete, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 19. Januar
Lüders, Dr. Albrecht, am 18. Januar
Lukat, Kunigunde, geb. **Dickert**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 15. Januar
Raupach, Elisabeth, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 17. Januar
Scheiba, Ursula, geb. **Jankowski**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Wamprecht, Hedwig, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. Januar
Wiese, Irmgard, geb. **Launus**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartholomay, Gerda, geb. **Olschewski**, aus Wilkendorf, Kreis Rastenburg, am 15. Januar
Borbe, Ursula, geb. **Gröck**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Januar
Borowski, Paul, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar
Broßeit, Kuno, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. Januar
Dicmanis, Lieselotte, geb. **Salloch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Januar
Dreipelcher, Dr. med. Horst, aus Lyck, am 19. Januar
Ismer, Hildegard, geb. **Krafzel**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Karrasch, Elisabeth, geb. **Hasler**, aus Lyck, am 15. Januar
Kreutzberger, Heinz, aus Kühnen, Kreis Schloßberg, am 10. Januar
Kühnel, Brunhilde, geb. **Renz**, aus Wehlau, am 19. Januar
Labrenz, Helmut, aus Königsberg, Cranzerallee 93, am 16. Januar
Mäder, Gerda, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Patz, Asser, aus Marienhof, Kreis Samland, am 20. Januar
Peters, Gertrud, geb. **Czarantzki**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 20. Januar
Pfeiffer, Irene, aus Ostrowitt, Kreis Osterode/Ostpreußen, am 19. Januar
Pukies, Egon, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 18. Januar
Rohde, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 19. Januar
Schaub, Elisabeth, geb. **Scharfschwerdt**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 19. Januar
Schiweck, Paul, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Januar
Stoll, Willy, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adam, Gerda, geb. **Hilpert**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 19. Januar
Annutsch, Gisela, geb. **Gelszus**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 16. Januar
Baltrusch, Gerhard, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Januar
Cords, Anneliese, geb. **Stannies**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Dyer, Gisela, geb. **Schubert**, aus Lyck, Hindenburgstraße 20, am 19. Januar
Ehlers, Dieter, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Hellwich, Gerhard, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 20. Januar
Holz, Anni, geb. **Wittenberg**, aus Sanglienen, Kreis Samland, am 18. Januar
Kibbel, Waltraud, geb. **Herrmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Koch, Erna, geb. **Karohs**, Kreis Ebenrode, am 17. Januar
Link, Margarete, geb. **Müller**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 17. Januar
Mittag, Elisabeth, aus Neidenburg, am 17. Januar
Piepereit, Hedwig, geb. **Nowak**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 17. Januar
Pohl, Anna, geb. **Openkowski**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 15. Januar
Prigge, Maria, geb. **Modregger**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 19. Januar
Rösler, Bruno, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 18. Januar
Schewe, Elfriede, geb. **Reißmann**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 16. Januar
Schulz, Edith, geb. **Berft**, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 18. Januar
Tober, Käthe, geb. **Baltruschat**, aus Ebenrode, am 17. Januar
Wagner, Eva, geb. **Hübner**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Warda, Bruno, aus Lyck, am 21. Januar
Witte, Ingrid, geb. **Lewan**, aus Neidenburg, am 15. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alexander, Elisabeth, geb. **Gregel**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 21. Januar
Alzner, Gertrud, geb. **Lasarsch**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. Januar
Austinat, Fritz, aus Ebenrode, am 20. Januar
Behrendt, Dorothea, aus Talussen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Blunck, Eleonore, geb. **Stanscheit**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 16. Januar
Brause, Ella, geb. **Auringer**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Brzoska, Heinz, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 17. Januar
Duddek, Werner, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 16. Januar
Fröhlich, Winfried, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 16. Januar
Grau, Bruno, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 15. Januar
Harrison, Anetta, geb. **Krebs**, aus Wolitttnick, Kreis Heiligenbeil, am 21. Januar
Konopka, Heinz, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Januar
Koppke, Horst, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 19. Januar
Krappa, Heinz, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 15. Januar
Lindquist, Edeltraut, geb. **Kattillus**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 19. Januar
Markgraf, Edith, geb. **Friese**, aus Walden, Kreis Lyck, am 19. Januar
Milewski, Elfriede, geb. **Kohlhepp**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 18. Januar
Mix, Karl-Georg, Pfarrer i.R., aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar
Pempe, Werner, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 16. Januar
Perillo-Lenkeit, Margarete, geb. **Lenkeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Schomburg, Gertrud, geb. **Schlicht**, Kreis Samland, am 17. Januar
Schumacher, Gerda, geb. **Goetz**, aus Ortelsburg, am 18. Januar
Thiel, Irene, geb. **Kemmesies**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 17. Januar
Wagener, Helga, geb. **Wolff**, aus Neidenburg, am 19. Januar
Wykowski, Hildegard, geb. **Gutowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 18. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Anders, Inge, geb. **Rappold**, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 18. Januar
Braun, Ulrich, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Donath, Irene, geb. **Sahmel**, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 19. Januar
Jahn, Erika, geb. **Berger**, aus Berningen, Kreis Ebenrode, am 20. Januar
Kless, Ingrid, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 15. Januar
Kohlhoff, Edelgard geb. **Sobottka**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 18. Januar
Krause, Werner, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. Januar
Lembke, Christa, geb. **Metzker**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Ollesch, Siegfried, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 18. Januar
Rathke, Franz, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Rau, Jürgen, aus Königsberg, Am Fließ 17b, am 17. Januar
Rühe, Gertraud, geb. **Naujokat**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 16. Januar
Schwarzer, Irene geb. **Grube**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 18. Januar
Sommer, Hans-Georg, aus Lochstedt, Kreis Samland, am 16. Januar
Wenzel, Günther, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 19. Januar
Werner, Günther, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 21. Januar

TERMINE DER LO

2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
9. bis 11. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
31. Oktober bis 2. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

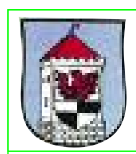
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 16. Januar, 9 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (3): Barbarossa und der Löwe.
SONNABEND, 16. Januar, 9.45 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (4): Luther und die Nation.
SONNABEND, 16. Januar, 11.05 Uhr, Deutschlandfunk: Wir waren Papst – Die katholische Kirche in Polen fürchtet um ihren Einfluss.
SONNABEND, 16. Januar, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Friedland – Als die Väter heim kamen.
SONNABEND, 16. Januar, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Heimkehr aus dem Osten – Adenauers Kampf um die Gefangenen.
SONNABEND, 16. Januar, 23.35 Uhr, Einsfestival: Victoria, die junge Königin. Biografie, GB/USA 2009.
SONNTAG, 17. Januar, 11.30 Uhr, 3sat: Arno Schmidt – Der Prophet aus der Heide – Mein Herz gehört dem Kopf.
SONNTAG, 17. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Die Brücke am Kwai. Kriegsdrama, GB 1957.
SONNTAG, 17. Januar, 20.15 Uhr, Tageschau24: Die wahre Geschichte des Golfkrieges.
SONNTAG, 17. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Schorfheide. Dokumentation, D 2015.
SONNTAG, 17. Januar, 21 Uhr, Phoenix: Das geheime Militärkommando in Geltow. Dokumentation, D 2014.
SONNTAG, 17. Januar, 23.15 Uhr, Phoenix: Leiser Tod im Garten Eden – Die Folgen der Golfkriege. Dokumentation, USA 2000.
MONTAG, 18. Januar, 11.30 Uhr, NDR: Die Oder – Schlesiens wilder Strom. Naturdokumentation, D 2005.
MONTAG, 18. Januar, 17.15 Uhr, ZDFinfo: Das Diesel-Rätsel.
MONTAG, 18. Januar, 19.25 Uhr, ZDF: Büroausstattungen – Worauf haben Sie Anspruch?
DIENSTAG, 19. Januar, 22.45 Uhr, RBB: Was wurde aus der NVA?
MITTWOCH 20. Januar, 15.15 Uhr, NDR: Winter in Ostpreußens Zauberwald – Wiedersehen mit der Rominter Heide. Dokumentation, D 2008.
MITTWOCH 20. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Hungerwinter – Überleben nach dem Krieg.
MITTWOCH 20. Januar, 20.15 Uhr, Kabel eins: Aviator. Biografie über Howard Hughes, USA 2004.
MITTWOCH 20. Januar, 21.05 Uhr, 3sat: Waterloo – Napoleons letzte Schlacht. Dokumentation, GB 2006.
MITTWOCH 20. Januar, 22.15 Uhr, Einsplus: Thirteen Days. Politthriller über die Kubakrise, USA 2000.
MITTWOCH 20. Januar, 22.10 Uhr, WDR: Patientenabzocke – Wohin geht das Geld im Gesundheitssystem? Dokumentation, D 2016.
DONNERSTAG, 21. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 40 Jahren: Mit gleichzeitigen Starts in Paris und London eröffnet die Concorde die Ära des Passagierverkehrs mit Überschallflugzeugen.
DONNERSTAG, 21. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 125 Jahren: Die Augusta Victoria läuft in Cuxhaven zur weltweit ersten Luxuskreuzfahrt aus.
FREITAG, 22. Januar, 18.25 Uhr, Arte: Die Küsten der Ostsee (5/5): Polen. Dokumentation, F/D 2011.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

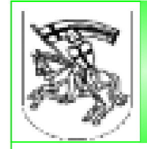
Heimatpolitische Tagung

Ein bewegtes Jahr liegt hinter uns. Dennoch wollen wir optimistisch in das Jahr 2016 mit unserer traditionellen heimatpolitischen Tagung starten. Dazu laden der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger der Angerburger und die Kreisgemeinschaft Angerburg geschichtlich und kulturell Interessierte sowie die Freunde der Angerburger aus nah und fern sehr herzlich ein. Die Tagung findet am 20. und 21. Februar in 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16, Theodor-Heuss-Schule, statt. Die Theodor-Heuss-Schule befindet sich neben dem Ratsgymnasium. Für die Tagung konnten wir wieder kompetente Referenten gewinnen.

Am 20. Februar ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule ab 14 Uhr geöffnet. Es wird Kaffee beziehungsweise Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Teilnehmer um 15 Uhr wird Tatjana Gräfin Dönhoff aus ihrem Buch „Die Gustloff“ vortragen. Nach einer kurzen Pause wird Pfarrer im Ruhestand Gerhard Mörchel erzählen, „Wie ich das Ende des zweiten Weltkrieges“ erlebte.

Nach den Vorträgen ist eine kurze Aussprache vorgesehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und guten Gesprächen in angenehmer Atmosphäre mit interessanten Gesprächspartnern lassen wir bei einem Glas Wein den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 21. Februar, wird um 9.30 Uhr die Tagung mit einem Vortrag von Ministerialrat a.D. Jürgen Martens zum Thema „Wikinger – ihre Spuren in Ostpreußen“ fortgesetzt. Mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Walder“ wird die Tagung gegen 12 Uhr beendet sein.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen (Preis: einschließlich Dessert 26 Euro pro Person) sowie um Mitteilung eventueller Übernachtungswünsche bis spätestens 13. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Stellvertreterin: Marion Gehlhaar, Telefon (040) 476070. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Auf nach Nordostpreußen

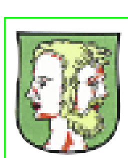
Louis-Ferdinand Schwarz, Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft Fischhausen, plant für 2016 eine Gruppenreise ins heute russische Nordostpreußen. Er plant diesen Reiseverlauf:

Wir fahren mit einem modernen Reisebus der Firma Orth aus dem nordrhein-westfälischen Versmold. Abfahrt ist am Sonnabend, 6. August, um 17 Uhr in Versmold. Am Sonntag, 14. August, kommen wir gegen Mitternacht dort wieder an. In Potsdam gibt es die Möglichkeit zu- und auszusteigen. Wir übernachten die ganze Zeit in Rauschen im Hotel „Rauschen“. Von da aus werden täglich Fahrten angeboten zum Beispiel auf die Kurische Nehrung bis Nidden, in Richtung Osten über Arnau, Insterburg, Georgenburg, Gumbinnen und Trakehnen, oder nach Pillau, Fischhausen sowie Palmnicken. Geplant ist eine eintägige Stadtrundfahrt in Königsberg und eine Fahrt ins Samland. Der Freitag steht zur freien Verfügung. Qualifizierte Reiseführer und Referenten stehen zur Verfügung.

Einige Plätze sind noch frei. Anmeldungen bitte bis zum 1. Februar bei Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6a, 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325. Rufen Sie mich bitte auch an, wenn Sie weitere Informationen haben möchten.

Texte und Fotos für die Heimatseiten bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de





LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Zehntägige Reise im August

Wilhelm Nora aus Bremen, Ortsvertreter Sareiken und Bezirksvertreter Lyck-Land, möchte im August eine gemeinesame Gruppenreise nach Lyck organisieren. Er schreibt:

Liebe Landsleute,

am 19. November habe ich im Hotel „Zur Post“ in Bremen das siebte Lycker Treffen der in Bremen und umzu (bremisch: herum) wohnenden ehemaligen Lycker Landsleute veranstaltet. Dabei ist von einigen Teilnehmern der Wunsch nach einer gemeinsamen Gruppenreise nach Lyck geäußert worden.

Darüber habe ich mit der polnischen Reiseleiterin Beata Kaftanska gesprochen, mit der wir mehrere Reisen zusammen mit Lothar Jegull unternommen hatten. Beata konnte sich noch gut an viele damalige Mitfahrer erinnern und lobte die harmonische Lycker Reisegemeinschaft. Von einer beabsichtigten Gruppenreise war sie sofort begeistert und bot uns unter Berücksichtigung ihres Terminkalenders eine Fahrt vom Donnerstag, 4., bis Sonntag, 14. August an. Die Fahrt wird mit dem deutschen Reiseunternehmen Meuther aus 31515 Wunstorf unternommen. Etwa so könnte die Reise ablaufen:

4. August: Abfahrt von Hannover zur Übernachtung nach Posen. Unterwegs Halt in Schwiebus (größte Christusstatue). Am Abend ein Bummel durch Posen.

5. August: Weiterfahrt von Posen nach Lyck mit Aufenthalt in Thorn. In Lyck Übernachtung im Hotel Rydzewski in der Bahnhofsstraße.

6. bis 10. August: Aufenthalt in Lyck.

11. August: Abfahrt von Lyck nach Buchwalde. Von dort auf dem Oberlandkanal über die Rollberge nach Elbing

12. August: Von Elbing aus ein Tagesausflug mit dem Bus nach Danzig oder Kahlberg/Frauenburg.

13. August: Von Elbing aus Rückfahrt nach Deutschland mit Übernachtung in Stettin.

14. August: Weiterfahrt nach Deutschland mit Endpunkt Hannover.

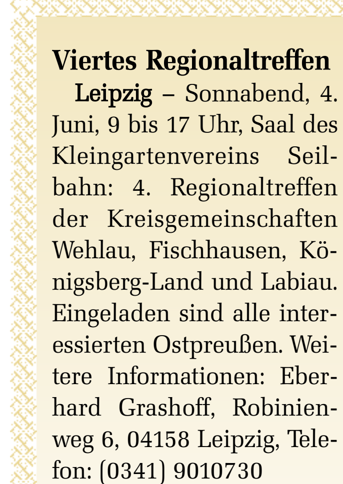
Für die Fahrt haben sich bisher etwa 20 Interessenten gemeldet. Damit die Reise preisgünstig angeboten werden kann, müssten mindestens etwa 30 Personen mitfahren. Das Programm in Lyck möchte ich möglichst nach den individuellen Wünschen der Mitfahrer gestalten. In Frage käme zum Beispiel:

– Kleinbahnfahrt von Lyck nach Vierbrücken mit dortigem Grillen
– Staken auf der Krutinna und Schifffahrt von Nikolaiken auf dem Spirdingsee
– Heilige Linde, Wolfschanze, Ritterburg Rhyn
– Fahrt in die Heimatdörfer (Nordkreis/Südkreis)
– Mittagessen auf dem Masurenhof in Sareiken, Besuch des Ehrenmals Bunelka in Sarken mit schönster Aussicht auf Lyck und Umgebung, Soldatenfriedhof Bartossen
– Besuch bei der Deutschen Minderheit am Wasserturm Lyck, Schifffahrt auf dem Lyck-See
– ein oder zwei Tage zur freien Verfügung.

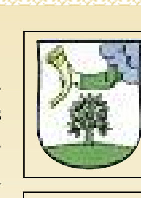
Ich bitte bis zum 31. Januar um telefonische oder schriftliche Mitteilung, wer sich für die Fahrt interessiert und welche Wünsche hinsichtlich des Programmes gemacht werden: Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 820651.

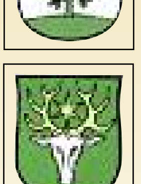
Wenn mir die Wohnorte der Mitreisenden bekannt sind, werde ich mit dem Busunternehmen über die Zustiegsorte sprechen. Sobald ich weiß, wie viele Leute mitfahren (natürlich auch Verwandte oder Bekannte), werde ich mit dem Busunternehmen über unsere Wünsche und den Reisepreis verhandeln. Die Fahrt wäre auch eine gute Gelegenheit Euren Kindern und Enkelkindern zu zeigen, wo Eure Wiege beziehungsweise die Eurer Eltern stand. Viele Mitfahrer werden ja wahrscheinlich noch der Erlebnisgeneration angehören. Die Reise wird über das Busunternehmen abgerechnet. Von ihm erhaltet Ihr dann auch das Anmeldeformular und natürlich einen Reisesicherungsschein. Ich hoffe, dass dieses Informationsschreiben zunächst genügt und würde mich über eine baldige Antwort freuen.

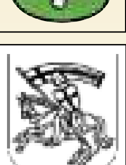
Wilhelm Norra



Viertes Regionaltreffen
Leipzig – Sonnabend, 4. Juni, 9 bis 17 Uhr, Saal des Kleingartenvereins Seilbahn: 4. Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Wehlau, Fischhausen, Königsberg-Land und Labiau. Eingeladen sind alle interessierten Ostpreußen. Weitere Informationen: Eberhard Grashoff, Robinienweg 6, 04158 Leipzig, Telefon: (0341) 9010730









MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Nachruf für Gerhard Janzen

Unser langjähriges Kreistags- und Ehrenmitglied Gerhard Janzen ist nach langer Krankheit am 19. Dezember verstorben. Gerhard Janzen wurde am 7. Juli 1926 geboren. Sein Elternhaus stand in Hoffnungsmühle am Pinnau-See.

Nach dem 2. Weltkrieg und der Flucht fand er in Oberhausen einen neuen Lebenspunkt, suchte aber Verbindungen zur Heimat, die er 1987 in der Kreisgemeinschaft Mohrungen fand. Er wurde 1992 in den Kreistag gewählt. Voller Ideen und Tatendrang widmete er sich der Heimatarbeit. Als Jugendwart kümmerte er sich sehr um die Jugend. Kurzzeitig verwaltete Janzen das Archiv unserer Patenstadt Gießen. Er war Mitglied der Prussia-Gesellschaft in Duisburg.

Sein Hauptmerk, Landsleuten Fahrten in die Heimat zu ermöglichen und auch Nichtvertriebenen Ostpreußen näher zu bringen, verlor er nie aus den Augen. Viele Jahre war er der Reiseleiter von sehr gut organisierten Reisen nach Ostpreußen.

Mit der Zeit wurden Gerhard Janzen und seine immer mithelfende Ehefrau Erika Janzen so bekannt, dass auch Nicht-Ostpreußen gerne mitfuhren. Viele Jahre kümmerten sie sich mit Spenden verschiedener Art um die im Kreis Mohrungen verbliebenen Landsleute. Janzen war es, der letztendlich den Weg bereitete, um den toten Krankenschwestern in Mohrungen [Morag] eine würdige Ruhestätte zu geben.

Mit seinem Wissen und den Aktivitäten hat er alle so beeindruckt, dass er als Dank das Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen, das Dankesabzeichen in Silber der Kreisgemeinschaft Mohrungen überreicht bekam und 2008 zum Ehrenmitglied ernannt wurde.

Für seine ehrenamtlich geleistete Arbeit sprechen wir ihm im Namen der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. unseren Dank und Anerkennung aus. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren, wann immer wir zusammen sind, wird er in Gedanken mitten unter uns sein.

Ingrid Tkacz, Kreisvertreterin



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Stadtvertretung

Eine vorrangige Aufgabe besteht darin, die Ausfälle des vergangenen Jahres zu ergänzen und vor allem, die Stadtvertretung zu verjüngen. Auch wenn ordentliche Wahlen erst nach Ablauf der Legislaturperiode im Jahre 2018 fällig sind, werden jetzt schon für eine Nachwahl in die Stadtvertretung Cornelia Fiedler (51) und Norbert Subroweit (63) vorgeschlagen. Gemäß Vereinssatzung werden die vorgeschlagenen Mitglieder in der *PAZ* veröffentlicht. Das Einverständnis liegt vor. Gehen bis 30. März keine Gegenstimmen ein, gelten die genannten Kandidaten als gewählt. Cornelia Fiedler wurde 1964 in Dresden geboren. Ihre Familie war wohnhaft in der Tilsiter Johanna-Wolff-Straße. Sie studierte Maschinenbau an der TU Dresden mit dem Abschluss als Diplom-Ingenieurin und anschließend Journalismus mit dem Abschluss als Fachzeitschriftenredakteurin. Seit 15 Jahren arbeitet sie in Dresden als freiberufliche Journalistin für verschiedene Magazine und Zeitungen.

Norbert Subroweit wurde 1952 in Gronau (Leine) geboren. Seine Eltern stammen aus der Umgebung von Tilsit. Nach einer Ausbildung als Lehrer war er mehrere Jahrzehnte im Schuldienst tätig, zuletzt als Schulleiter eines Gymnasiums in Köln. Seit 2015 ist er im Ruhestand und wohnt in Bonn.



Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Stuttgart – Dienstag, 19. Januar, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 91, 70176 Stuttgart: Wintertreffen der Kreisgruppe mit Liedern, Gedichten und Geschichten in Erinnerung an unsere ostpreußische Heimat zur Winterzeit. Unsere Frauengruppe, die Westpreußen und interessierte Gäste sind herzlich eingeladen.

– Zum Vormerken –

Die Termine der Landesgruppe, Frauengruppe und Landsmannschaft Westpreußen von Januar bis April:

Dienstag, 2. Februar, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Traditioneller Faschingsnachmittag „Stint ahoi“ zusammen mit der Frauengruppe und Friedel Binder, der mit Musik und Gesang für gute Stimmung sorgt. Lustige Beiträge von Mitgliedern und Gästen sind erwünscht. Die Westpreußen sind herzlich eingeladen,

Sonnabend, 27. Februar, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Kulturnachmittag der Landmannschaft Westpreußen mit interessantem Programm. Alle Ostpreußen sind herzlich eingeladen.

Sonnabend, 5. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat: Ostermarkt. Unter Beteiligung vieler Landsmannschaften mit ihren Spezialitäten und kulinarischen Köstlichkeiten wie Schlesischer Mohn- und Streußelkuchen, Ostpreußische Raderkuchen, Danziger Goldwasser und vieles mehr. Dazu stellen die Landsmannschaften handwerkliche Kunst aus wie Bunzlauer Tippel, Trachten und Trachtenzubehör, musikalische Raritäten, antiquarische und moderne Literatur. Der Stand „Textile Volkskunst aus Ostpreußen“ bietet zum Beispiel Bernsteinschmuck, Jostenbändern, Doppelstrick- und Kreuzsticharbeiten, Schlaufenhandschuhen. Wie jedes Jahr findet eine Tombola statt.

Dienstag, 15. März, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat: Uta Lüttich trifft sich mit der Frauengruppe. Thema des Nachmittags ist „Ostern damals und heute“. Was hat sich von unseren vielfältigen Osterbräuchen bis in die heutige Zeit erhalten? Dazu singen wir Frühlingslieder, tragen Gedichte und Geschichten vor.

Mittwoch, 23. März, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Erster Wintervortrag der Landesgruppe. Thema und Referent sind noch offen.

Mittwoch, 6. April, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Stuttgart mit den Berichten des Vorstands. Außerdem: Ausblick auf den weiteren Jahresverlauf in Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft der Westpreußen. Anfang des Jahres werden intensive Beratungen mit den Verantwortlichen der beiden Landsmannschaften geführt.

Herr Urbat feiert im April seinen 90. Geburtstag und möchte bei der Jahreshauptversammlung den Vorsitz in jüngere Hände



übergeben. Wer ist bereit das Amt, zu übernehmen, das heißt, sich zur Vorsitzenden beziehungsweise zum Vorsitzenden wählen zu lassen? Herr Urbat ist bereit, auch weiterhin am Mitteilungsblatt Kreisgruppe Stuttgart mitzuarbeiten. Geplant ist zudem – sofern die Zeit reicht -, einen Film über Ostpreußen anzusehen.

Mittwoch, 13. April, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Zweiter Wintervortrag. Thema und Referent sind noch offen.

Sonnabend, 23. April, 10 – 16 Uhr, Hotel Wartburg: Landesfrauentagung. Ab 14 Uhr findet der kulturelle Teil der Tagung statt, zu dem die Mitglieder der Kreisgruppe der Ostpreußen und der Westpreußen sowie Gäste herzlich eingeladen sind.

Samstag, 30. April, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Kulturnachmittag der Landsmannschaft Westpreußen mit interessantem Programm. Die Ostpreußen sind – wie immer – eingeladen. Bitte nutzen Sie diese Möglichkeit.

Mit einer Brauchtumsstunde in das neue Jahr

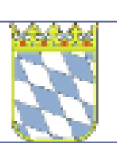
Gut besucht waren auch in diesem Jahr die Advents- und Weihnachtsfeiern der Westpreußen, der Oberschlesier, der Deutschen aus Russland, und natürlich die Weihnachtsfeier der Ostpreußen. Besonders erwähnt werden soll hier die „Brauchtumsstunde“ am 30. Dezember. Erstmals hieß Willibald C. Piesch, Vorsitzender des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg, dazu den Seemanschor der Bramfelder Liedertafel unter der Leitung von Kurt Sommerfeld, willkommen.

Den Anfang aber machte die Kindermusikgruppe der Deutschen aus Russland unter der Leitung von Ina Rudi. Nicht nur mit der Filmmusik zu „Piraten der Karibik“ konnten die Virtuosen am Klavier, an der Violine und am Akkordeon begeistern. Nach dem schmissigen Einstieg begrüßte Piesch die Gäste Lilia Berschin und Otto Horst. Sie wurden mit der BdV-Goldbrosche beziehungsweise mit der Silbernadel geehrt.

Piesch lud dann zu einer „Gedenkstunde“ ein. Gedacht werden sollte einer „historischen Hanseatin“, die, wie wir als Heimatvertriebene 1945, auch heimatlos im damaligen Hamburg ankam. Fast alle Besucher und Vortragende folgten und besuchten die bronzene „Zitronenjette am Michel“. Dort folgte ein Ständchen und ein historischer Rückblick auf das Leben sowie das tragische Ende des Hamburger Originals. Zum Abschied fasste Landsmann Piesch mit der linken Hand den golden blinkenden Finger „Jettes“ an und erklärte schmunzelnd, dass der dabei gedachte Wunsch im neuen Jahr in Erfüllung gehen würde, wenn man ihn für sich behielte!

Danach lud er zum zweiten Teil ins Haus der Heimat ein, wo dampfender Kaffee mit knusprigen Krapfen wartete. Weitere Beiträge des Seemannschores folgten mit fröhlichen und besinnlichen Weihnachtsliedern darunter auch „Stille Nacht“, das auf Deutsch, Polnisch und Russisch gesungen wurde. Schließlich begrüßte Landsmann Piesch mit Sekt und krachenden „Tütenböllern“ das „Neue Jahr 2016“.

Zwei echte Originale: Die Zitronenjette und Willibald C. Pisch in ostschlesischer Volkstracht Bild: privat



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. Januar, 17 Uhr, Gasthaus Sommerfrische: Grützwurstessen.

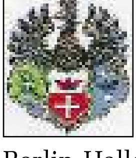
Kitzingen – Freitag, 29. Januar, 15 Uhr, Hotel „Würzburger Hof“: Fröhlicher Faschingsnachmittag mit Beiträgen der einzelnen Mitglieder und musikalischer Umrahmung durch unseren Landsmann Günter Schmidt.

Nürnberg – Dienstag, 26. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Endstation der U2): Fasching.

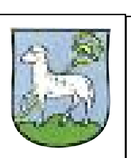


Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 22. Januar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Gemeinsames Treffen der Königsberger Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.

Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 30. Januar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen für Heilsberg: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137. Für Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Landesgruppe – Donnerstag, 21. Januar, 15 Uhr, Großer Salon, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz, 28215 Bremen: Monatstreffen der Frauengruppe zum Thema „Siegfried Lenz (1926–2014) - Ein Lebensbild“. Klaus Papies, ehemaliger Studienrat für Deutsch und Geschichte am Gymnasium Lesum und am Schulzentrum Bördestraße, stellt den großen Schriftsteller vor. Lenz hat mit seinem umfangreichen Werk die Geschichte der Bundesrepublik bis in die jüngste Zeit hinein kritisch begleitet. Aber er ist auch Ostpreuße, und sein Tod am 7. Oktober 2014 ist der äußere Anlass für diesen Vortrag unserer Landsmannschaft. Der Eintritt ist frei!

– Bericht –

Der Landesvorsitzende Heinrich Lohmann über ein wichtiges Buchprojekt für das Jahr 2016:

Wir haben uns für das neue Jahr in Befolgung unseres Satzungsauftrages, Kultur und Geschichte West- und Ostpreußens auch für die kommenden Generationen zu erhalten, ein weiteres Buchprojekt vorgenommen: Die Geschichte der Kleinstadt Schirwindt im Kreis Schloßberg.

Es handelt sich hierbei um die schon seit Längerem verfolgte Idee, die Geschichte Schirwindts als Objekt bremischer Unterstützung und Fürsorge während und nach dem Ersten Weltkrieg zu veröffentlichen. Seinerzeit wurde in Bremen der „Kriegshilfsverein Bremen für Schirwindt“, gegründet. Auch die Entstehung dieses Vereins und die Darstellung seines Wirkens soll Thema der Veröffentlichung sein.

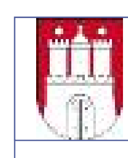
Schirwindt, an der östlichen Grenze Ostpreußens und des Deutschen Reiches gelegen, hat eine Geschichte mit exemplarischen Ereignissen und Besonderheiten, die im allgemeinen historischen Gedächtnis der heute lebenden Generation nicht untergehen sollten. Dieses zu unterstützen und damit zugleich auch immer wieder den historischen Blick der heute lebenden Menschen auf die historischen Vertreibungsgebiete zu lenken, ist unser Ziel.

Wir sind mit diesem Anliegen an die Kreisgemeinschaft Schloßberg herangetreten (Schirwindt lag im Kreisgebiet des ehemaligen Landkreises) und haben dort vorgeschlagen, diese Buchveröffentlichung gemeinsam vorzunehmen und die Kosten zu teilen. Der Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft hat diesem Vorschlag zugestimmt.

Schließlich konnten wir Tatjana Gräfin Dönhoff als Autorin der Veröffentlichung gewinnen. Sie hat sich bereits mit Zeitzeugen getroffen, Karteien und Archive ausgewertet und eine sechstägige Archivreise zum benachbarten noch bestehenden Ort Neustadt (Kudirkos Naumiesti) im heutigen Litauen unternommen. Dort, jenseits des Grenzflusses Scheschupe, befindet sich heute ein Schirwindt-Museum, das vor allem die litauischen Einwohner des Städtchens an ihren heute völlig abgetragenen, ehemaligen Nachbarort erinnert.

Die Kosten der Veröffentlichung werden mehr als 4000 Euro betragen. Wir sind der Meinung, dass es sich bei dieser Ausgabe um sehr gut investiertes Geld handelt. Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn uns möglichst viele Mitglieder in dieser Ansicht bestärken und bei der Überweisung ihres Jahresbeitrages (40 Euro für Einzelmitglieder, 55 Euro für Paare) einen entsprechenden Zuschlag hinzufügen. Besonders die Nichtmitglieder, die dieses Rundschreiben als Förderer erhalten, bitten wir um die Benutzung des anliegenden Zahlscheins. Wir sagen „Herzlichen Dank“ für Ihre Beiträge und Spenden.

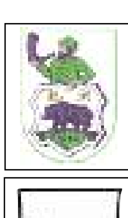
Bremerhaven – Freitag, 29. Januar, 12 Uhr, Elbinger Platz: Grünkohlmarsch durch Geestemünde. 13 Uhr: Grünkohlessen im Barlachhaus.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Frauengruppe Bergedorf – Freitag, 22. Januar, 14.30 Uhr, Bergedorfer Schloss: Neujahrsempfang. Später im Café la note Kaffee und Kuchen mit dem Neujahrsbrauch „Glückgreifen“. Kostenbeitrag: neun Euro.

Hamburg-Harburg – Sonntag, 17. Januar, 11 Uhr, St. Johannes-Kirche, Harburg, Bremer Straße 9 (erreichbar mit der S-Bahn, S3 und S31, Station Harburg Rathaus, 10 Minuten Fußweg): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss laden wir zum Gespräch in den Gemeindesaal bei Tee, Kaffee und Gebäck ein.





Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 16. Januar, 14 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Darmstadt-Kranichstein: Gemeinsames Treffen. Sigurd Struwecker setzt seinen Vortrag über Königsberg vom 11. April 2015 mit Lichtbildern und fachkundigem Wissen fort. (Bitte beachten, dass das Treffen bereits um 14 Uhr beginnt).

Dillenburg – Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, dem 27. Januar statt.

Wiesbaden – Donnerstag, 21. Januar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird „Schlachtplatte“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte bis spätestens 15. Januar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, anmelden. Anfahrt über die ESWE-Busverbindung, Linie 16. Haltestelle ist „Ostpreußenstraße“. Sonnabend, 30. Januar, 15.11 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Närrischer Nachmittag mit Kreppel-Kaffee. Wer zum Programm mit Lustigem beitragen möchte, melde sich bitte bei Dieter Schetat. Telefon (06122) 15358 oder einem anderen Vorstandsmitglied.



Mecklenburg-Vorpommern

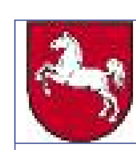
Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen:

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

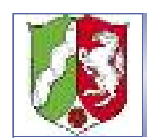
Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Donnerstag, 28. Januar, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenthaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 17. Januar: Jahreshauptversammlung. Anschließend fröhliches Beisammensein unter dem Motto „Fastnacht und Karneval vom Rhein bis an die Memel“.

Die Tagesordnung des offiziellen ersten Teils: 1) Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden, 2) Wahl des Protokollführers, 3) Totenehrung, 3) Verlesung und Genehmigung der Niederschrift der letzten Jahreshauptversammlung, 5) Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Vorstandes, 6) Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Frauengruppe, 7) Kassenbericht, 8) Bericht der Kassenprüfer, 9) Entlastung des gesamten Vorstands, 10) Neuwahl des gesamten Vorstands, 11) Anträge, 12) Verschiedenes.

Sollte es nicht gelingen, einen neuen Vorstand zu wählen (Leider hatte – trotz Aufruf – bislang niemand Interesse, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Gruppe noch einmal ein Jahr ruhen lassen oder sie auflösen.

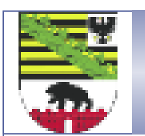
Dortmund – Montag, 18. Januar, 14.30 Uhr, Heimatstube (Eingang Landgrafenschule), Märkische Straße: Monatliches Treffen. – Die Frauengruppe trifft sich jeweils am 1. Mittwoch eines jeden Monats um 15 Uhr im Erkerzimmer der Stadthalle. – Der Stammtisch findet jeweils am 3. Mittwoch eines jeden Monats um 15 Uhr im Erkerzimmer statt.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18,30 Uhr, Eichendorfsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 23. Januar, 14.30 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Karnevalsnachmittag. Eintritt: sieben Euro. – Mittwoch, 27. Januar, 19 Uhr, GHH: „Eine Freundschaft in Briefen“ – über den Briefwechsel zwischen Stefan Zweig und Joseph Roth. – Sonnabend, 30. Januar, 17 Uhr, GHH: „Josef Capek – Gedichte aus dem Konzentrationslager“ – Ein Poesieabend mit Urs Heftrich. Am Klavier: Gilead Mishory. – Mittwoch, 3. Februar, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Köln – Dienstag, 19. Januar, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Monatliche Versammlung der Ostpreußenrunde. Das Lokal ist mit den Linien der KVB 3 und 4 von der Haltestelle Suevenstraße und den Linien 1 und 7 von Deutzer Freiheit in wenigen Minuten zu erreichen. Der Vorstand wünscht allen Mitglieder ein gesundes Jahr mit neuen Ideen und einem gutem Engagement bei den Zusammenkünften. Wir wenden uns auch an die Kölner Leser der *PAZ*, die ostpreußische Wurzeln haben, aber unser Lokal noch nicht oder nur wenig besucht haben. *Günter Donder*

Neuss – Freitag, 22. Januar, 17 Uhr, Quirinus-Basilika, Münsterplatz, 41460 Neuss: Ökumenischer Gottesdienst der Landsmannschaften. – Jeden zweiten Mittwoch im Monat von 15 bis 18 Uhr trifft sich die Frauengruppe in der Ostdeutschen Heimatstube. Die Heimatstube, Oberstraße 17, ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15 bis 18 Uhr zum „Tag der offenen Tür“ geöffnet.

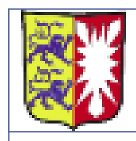
Witten – Montag, 18. Januar, 14.30 Uhr, Versammlungsraum der Evangelisch-Lutherischen Kreuzgemeinde Witten. Lutherstraße 6–10: „Blick zurück nach vorn“ – Unter diesem Motto steht Jahreshauptversammlung.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 29 Januar, 15 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singkreis. – Dienstag, 2. Februar, 13 Uhr, Immermannstraße: Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesverband – Sonntag, 17. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat, Kiel: Preußentag. Auf dem Programm stehen folgende Vorträge: Freya Klier liest aus ihren Werken, unter anderem aus „Wir letzten Kinder Ostpreußens“. Hildegard Henning hält einen Beitrag in ostpreußischer Mundart, und Herbert Schmidt wird in holsteinischer Mundart vortragen.

Bad Oldesloe – Für die festliche Kaffeetafel zum Nachmittag im Advent der Ost- und Westpreußen hatten Elfriede Storjohann und die Eheleute Makarowski und Baltrusch gesorgt. Die Vorsitzende dankte herzlich dafür und begrüßte besonders Erna Drescher und Annemarie Knopf wieder in dieser Runde. Frau Knopf hatte weihnachtliche Musik mitgebracht. Nach der Einstimmung mit dem Gedicht „Weihnacht überall“ las Katharina Makarowski einen Text zum Nachdenken und Erinnern von Marion Gräfin Dönhoff.

Gisela Brauer hatte ihre kleine Geschichte mitgebracht, wie sie ihren Eltern zu Weihnachten 1947 einen Kalender für das Jahr 1948 gebastelt hatte – trotz des großen Mangels an Papier, Bildern und anderem Bastelmaterial. Da sie nicht zeichnen konnte, schrieb sie über das Kalendarium für jeden Monat einen Liedvers, ein Gedicht oder eine Bitte aus dem „Vater unser“. Mit der weihnachtlichen Musik und dem Berichten über Weihnachtsfesten in der Heimat war der gemeinsame Nachmittag rasch vergangen. *Gisela Brauer*

Flensburg – Mittwoch, 27. Januar, 12 Uhr, Stadtteilcafé: Grünkohlessen.

– Zum Vormerken –

Die Termine der Kreisgruppe im Jahr 2016:

Freitag, 26. Februar, 15 Uhr AWO-Stadtteilcafé: Nach der Kaffeetafel ein Vortrag von Kapitänleutnant a.D. Bernhard W. Mroß, ex-Bundeswehrkommando OST und Deutsches Verbindungskommando zu den sowjetisch-russischen Streitkräften in Deutschland (WGT). Es geht unter anderem um den Stand der gegenwärtigen beziehungen zwischen Deutschland und Russland.

Dienstag 15. März, 19. Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde. Anmeldungen bei Herrn Wolfgang, Telefon (0461) 64847

Donnerstag 17. März, 15 Uhr TSB-Gaststätte: Kaffeetafel der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg mit der Jahreshauptversammlung

Freitag 22. April, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Kaffeetafel mit einem Vortrag von Gorm Casper, Geschäftsführer der Tourismus Agentur Flensburger Förde.

Freitag, 20. Mai, 11.50 Uhr, Bushaltestelle Exe, ZOB/Holmpassage: Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V. Busfahrt mit der Firma Hansen-Borg nach Rendsburg. Besuch des Jüdischen Museum. Anschließend Kaffeetafel im Café-Restaurant „Schiffsbegrüßungsanlage Brückenterrassen“ Am Kreishafen in Rendsburg.

Freitag, 3. Juni, 12 Uhr, „Delfter Stuben“, Flensburg-Mürwik: Spargelessen.

Juli: Seniorensommerferien.

Sonnabend, 6. August, 11 Uhr Kirche St. Nikolai: Orgelkonzert zur Marktzeit, anschließend gemeinsames Mittagessen im Restaurant Borgerforeningen.

Mittwoch, 14. September, 15 Uhr. TSB-Gaststätte: „Tag der Heimat“ mit Kaffeetafel, kleiner Predigt von Pastorin Silke Wierk und christlichem Gespräch.

Sonntag, 2. Oktober, 10 Uhr, Kirche St. Michael: Erntedankfest mit Pastor Sander.

Sonntag, 13. November, 11.30 Uhr, Kapelle, Friedhof „Am Friedenshügel“: Volkstrauertag. Es ist geplant ein Sammeltaxi durch die Stadt einzusetzen.

Sonntag, 20. November, 15 Uhr, Kapelle, Friedhof „Am Friedenshügel“: Totensonntag.

Mittwoch, 7. Dezember, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe, Weihnachtsfeier: Kaffeetafel, Geschichten, Singen, Gedichte aus der Heimat.

Anmeldungen bitte eine Woche zuvor an Hannelore und Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816,

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 14. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung.

Zum Gedenken, zum Erinnern, zum Helfen

Peter Westphal, Reiseleiter und Kirchspielvertreter von Rauterskirch, über seine Heimatfahrt in die Elchniederung

Der am weitesten angereiste Teilnehmer kam aus Australien. 44 Landsleute waren insgesamt dabei. Ihr Durchschnittsalter betrug 70 Jahre. Am 29. Juli vergangenen Jahres starteten wir zu unserer zehntägigen Busreise in die Elchniederung.

Ausgangspunkt war das niedersächsische Lehrte. Über Berlin führte der Weg zur ersten Zwischenübernachtung nach Thorn an der Weichsel. Immer dem Fluss entlang fuhr der Bus am nächsten Tag durch das Kulmer Land bis nach Marienburg. Natürlich stand hier eine Besichtigung der mächtigsten Backsteinfestung der Welt, an der Nogat gelegen, auf dem Programm. Die imposante Burganlage war zugleich die Schnittstelle nach Ostpreußen.

So eingestimmt erfolgte die Weiterreise auf der alten Reichsstraße über Elbing zum polnisch-russischen Grenzübergang, wo die Gruppe durch die russische Reiseleiterin Tanja verstärkt wurde. Danach ging es in zügiger Fahrt an Königsberg, Wehlau und Tapiau vorbei bis nach Gumbinnen, wo einige Teilnehmer für die folgenden drei Tage mit einem eigenen Programm die Gruppe verließen.

Das Endziel Tilsit wurde am Abend erreicht. Schon der nächste Tag sah eine Rundfahrt durch die Elchniederung mit Schwerpunkt nördlich der Gilge vor. Hierbei bestand die Möglichkeit, mit Charlotte Meschkauskiene, einem Wolfskind, ins Gespräch zu kommen. Die Schicksale dieser im Krieg auf sich gestellten Kinder und jetzt in der Diaspora lebenden Deutschen entbehrt jeder Vorstellungskraft.

Dem beeindruckenden Treffen mit Charlotte Meschkauskiene schloss sich auf der Rückfahrt die Teilnahme am Auftaktereignis des Heinrichswalder Stadtfestes an: Ein feierliches Konzert in der Heinrichswalder Kirche. Zuvor legten wir am Gedenkstein für die ehemaligen Bewohner des Kreises Elchniederung – er steht auf dem Gelände der Kirche – ein Blumengebinde nieder. Abends zurück in Tilsit sorgten die Erlebnisse des Ausfluges dann noch lange für Gesprächsstoff.

Der nächste Tag begann mit einer Führung durch die Stadt. Der Nachmittag sah die Teilnahme am Stadtfest in Heinrichswalde vor. Die Reisegruppe wurde als offizielle deutsche Delegation begrüßt. Für den Abend war kurzfristig im Konferenzraum des Hotels in Tilsit eine Lesung durch die engagierte Landsmännin und pensionierte Oberstudienrätin Ute Brand-Berg aus ihrem Roman über das Leben und Werk der Katharina von Rauter angesagt, die als geschichtliche Einstimmung für den morgigen Besuch von Rauterskirch gedacht war.

Berührendes Treffen mit einem Wolfskind

Der nächste Tag begann aber zunächst mit einem gemeinsamen Gottesdienst der evangelischen Gemeinde in Heinrichswalde. Hierbei konnten zu den in diesem Gebiet lebenden Gemeindemitgliedern erneut Kontakte geknüpft und bestehende Verbindungen weiter vertieft werden. Die Dankbarkeit über die gesammelte Kollekte wie auch über den gefüllten Gabentisch war allen anzusehen. Erwähnenswert ist auch, dass die Diakonie Puschendorf dort seit vielen Jahren ein Waisenhaus unterhält.

Danach ging es über Neukirch nach Rauterskirch, wo ein Empfang durch die örtliche Bevölkerung sowie eine Besichtigung der historischen Kirche auf dem Programm standen. Nach der offiziellen Begrüßung verteilten die Reiseteilnehmer Geschenke an die versammelten Einwohner. Die Armut in diesem Teil der Elchniederung ist besonders hoch. Die dort lebenden Menschen sehen in unseren Besuchen einen für sie außergewöhnlichen Festtag, der ihre Not ein wenig lindert.

Entlang der Gilge ging es dann zur historischen Barockkirche. Mittlerweile ist sie durch entsprechende Medienberichte bis weit über die Gebietsgrenze hinaus in der russischen Bevölkerung bekannt. In der mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation warteten danach die Krankenschwestern mit einem Imbiss. Auch der selbstgemachte Schnaps fehlte nicht.

Als offizielle deutsche Delegation beim Fest

So eingestimmt und gestärkt führte uns der Weg über Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen mit entsprechenden Aufenthalten zurück nach Tilsit. Der Abend selbst sah für die Reisegruppe die Teilnahme an ein Konzert mit dem bekannten Kant-Chor in Gumbinnen vor.

Am nächsten Tag stieß die Gumbinner-Gruppe wieder zu den übrigen Reiseteilnehmern hinzu und es hieß Abschied nehmen von Tilsit. Nach Passieren der Luisenbrücke wurde Litauen erreicht, wo in Heydekrug zunächst die alles überragende Kirche besichtigt wurde. Später ging es dann per Schiff über die Minge durch das einzigartig naturgeschützte Delta und weiter über das Kurische Haff mit dem beeindruckenden Panorama der Wanderdünen nach Nidden. Als Unterkunft diente das zentral gelegene Hotel Jurate, einst auch Station von Königin Luise auf der Flucht vor Napoleon.

Der folgende Tag wurde zur Erkundung dieser einzigartigen Region genutzt. Unvergessen für einige Teilnehmer ist der abendliche Ausflug mit einem Segelboot, bei dem der Küstentreifen bis in den Bereich des Grabscher Hakens befahren wurde. Zu Gesicht kamen dabei neben der eindrucksvollen Dünenlandschaft ein Kurenkahn wie auch zwei Seeadler als sehenswerte Begleiter.

Bereits der nächste Morgen sah die Gruppe im Aufbruch. Nach Passieren der litauisch-russischen Grenze unweit von Nidden führte die weitere Fahrt auf der Kurischen Nehrung an Pillkoppen, Rossitten, Sarkau und Cranz vorbei nach Königsberg. Dort wurde die Gruppe von der zuvor in Ostpreußen zurückgelassenen Reiseführerin erwartet. Hiernach schloss sich eine Stadtführung an. Der Bauboom der letzten Jahre hat das Gesicht der Stadt nachhaltig verändert. Ein Monument alter Zeiten ist dagegen der Königsberger Dom. Ein besonderer Höhepunkt war dort das Anspiel auf der Orgel. Das in Deutschland gefertigte Instrument gehört zu den größten im ganzen Ostseeraum und entfaltet im Schiff des Domes seine einzigartige Akustik.

Am Nachmittag ging die Weiterreise über die russisch-polnische Grenze bis Danzig zur vorletzten Zwischenübernachtung. Der folgende Tag begann mit einem Rundgang durch die schön restaurierte Altstadt. Nach einer individuellen Freizeit ging die Weiterreise nach Westen durch Kaschubien zur letzten Zwischenübernachtung in ein pommersches Schlosshotel in der Nähe von Köslin. Es liegt in naturbelassener Landschaft. Die Terrasse mit einladendem Seeblick bot Gelegenheit, die vergangenen, erlebnisreichen Tage noch einmal im gemeinsamen Gespräch Revue passieren zu lassen.

Der nächste Tag sah dann die endgültige Heimreise vor. Am Ende der Reise wurden insgesamt 3023 Straßenkilometer zurückgelegt. Als Reiseleiter sei allen mitgereisten Landsleuten hier von Herzen gedankt. Sie haben alle am Gelingen dieser eindrucksvollen Heimatreise durch ihr persönliches Engagement beigetragen.

Leser, die jetzt das Reisefieber gepackt hat, können sich an den Autor wenden: Peter Westphal plant auch für den Mai und August 2016 weitere Heimatfahrten. Siehe auch PAZ 49 und 50.

Vor der Kirche in Rauterskirch: Die Reisenden an Tag Vier der Tour. Insgesamt legten sie 3023 Kilometer zurück Bild: privat

555 mal Weihnachtsfreude

Hilfe für Bedürftige: Mit randvollem Opel Transporter fuhren Manfred Schukat und Friedhelm Schülke ins Memelland

Im Advent 2015 organisierten der Bund der Vertriebenen in Vorpommern und die Landsmannschaft Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern zum fünften Mal die jährliche Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“. Zahlreiche Mitglieder und Freunde beider Verbände hatten 190 Päckchen gespendet, dazu noch über 3000 Euro – reichlicher als in den Vorjahren.

Die Anklamer Fleisch- und Wurstwaren GmbH in Relzow steuerte 400 große Dauerwürste bei. So kamen noch einmal 360 Weihnachtstüten mit Kaffee, Wurst, Stollen und Schokolade zusammen. Insgesamt hatten Manfred Schukat und Friedhelm Schülke vom Vorstand beider Vereine 550 Sendungen zu verstauen. Angesichts derlei Spendenfreude passte es gut, dass den traditionsreichen gelben VW-Bus nach 25 Jahren ein größerer Opel-Transporter abgelöst hatte.

Obwohl das ganze Unternehmen also bestens motorisiert war, gehören zu jedem echten Weihnachtsmärchen natürlich auch abenteuerliche Missgeschicke: Eine der beiden Fähren von Kiel nach Memel [Klaipėda] ins heutige Litauen war ausgefallen. Ein Tau hatte sich in der Schiffsschraube verfangen. Es gab 400 Meter Rückstau am Termi-

Noch mehr Spenden aks im Vorjahr

nal, und so konnte der Transport erst vier Tage später starten. Da waren die Adventsfeiern der deutsch-litauischen Vereine in Memel und Heydekrug [Silutė] schon vorbei. Zudem standen bei ALDI-Nord in Kiel zwei Paletten mit Stollen und Schokolade zur Abholung bereit. Interne Telefonnummern gibt die Handelskette nicht preis – wie nun die Filiale erreichen? Doch die Ostpreußenfamilie ist groß und hilfsbereit – Hellmut Jucknat aus Kiel regelte das Problem vor Ort. Die letzten Stiegen passten jedoch nicht mehr in den Transporter, so mussten viele Stollen lose bis unter das Autodach verstaut werden.

Das erste Päckchen hatten Helfried und Elke Jakubowski aus Anklam gespendet – die letzten brachte Schwester Erna Dreyszas zum Fährterminal in Kiel. Ihr persönliches Reisegepäck verstauten die beiden „Weihnachtsmänner“ auf der Vorderbank.

So erreichte der Transport nach 22 Stunden ruhiger Überfahrt endlich Memel. In der evangelischen Diakoniestation Sandora wurde er von der Leiterin Magdalena Piklaps mit ihrem Helferstab schon erwartet. Es galt 300 Geschenksendungen auszuladen und nach einem festen Schlüssel zu verteilen. Nach wie vor sind viele Menschen im Memelland materiell nicht gut gestellt. In Heydekrug nahmen die Gruppenleiter des Vereins „Heide“ mit der Vorsitzenden Gerlinda Stungurienе 145 Präsente entgegen, um sie in der Stadt und den umliegenden Dörfern auszureichen. Unter vielen anderen wurde auch Alfred Užpurvis aus Kukoreiten mit einem Präsent seiner Schwester Heidi Duckwitz aus Ziethen bedacht, die leider nicht mitfahren konnte. Ein frohes Wiedersehen gab es auch mit Erika Rademacher in Kinten, Traute Bakutiene in Russ und Hannelore Menz in Jugnaten.

Je 30 weitere Sendungen erhielten die Diakonistation Sandora in Pogegen und die Pfarrersfamilie Ludwig und Elisabeth Feting in Plicken [Plikiai] bei Memel. Es blieb noch Zeit, um das Trakehner Gestüt Schillgallen bei Rucken zu besuchen, aber auch den Rombinus-Berg, das Denkmal der Wolfskinder in Mikieten sowie in Übermemel den neuen Grenzübergang nach Tilsit. Erkundet wurden auch Schreitlauken, Willkischken, Wischwill, Tauroggen, Laugzargen, Nattkischken, Koadjuthen, Ramutten, Wannaggen und Dawillen – alles klingende Namen für geübte ostpreußische Ohren.

Weihnachtsmärchen mit Missgeschicken

Am 3. Advent unternahmen beide Anklamer einen Ausflug auf die winterliche Kurische Nehrung nach Nidden mit zehn Kilometern Fußmarsch auf die riesige Parniddener Wanderdüne. Am Ostseestrand ging es neben ganz frischen Elchspuren entlang. Abends wurden die Reisenden von Magdalena Piklaps erwartet, die sich mit einem festlichen gemeinsamen Abendessen bedankte.

Eine letzte Bescherung gab es dann im deutsch-litauischen Hermann-Sudermann-Gymnasium Memel am folgenden „Adventsmontag“, der dort nach jedem der vier Adventssonntage begangen wird. Nach der ersten Stunde versammelten sich alle 550 Schüler in der großen Aula zum gemeinsamen Singen. Die Schuldirektorin Jolita Andrijauskiene und Musiklehrerin Asta empfingen hoch erfreut die der Schule zugedachten Geschenke.

Bis zur Fährabfahrt blieb dann noch etwas Zeit für die 553. Weihnachtsüberraschung – ein bewegender Besuch im Universitätsklinikum Memel bei Renate Grigoleit aus Jugnaten, die gerade eine schwere Tumor-Operation überstanden hatte. Als letzte Beschenkte (Nr. 554 + 555) fühlten sich die beiden Überbringer praktisch selbst – das war ihr persönliches Weihnachten 2015, denn sie kehrten aus dem Memelland voller wunderbarer Eindrücke zurück.

Die Fährüberfahrt verlief ruhig und ausgesprochen pünktlich. Der Transporter war zwar augenscheinlich leer und aber dennoch bis zum Rand angefüllt: Mit dem Dank der Empfänger an die vielen Spender, ohne die dieses Unternehmen nicht möglich wäre. *Friedhelm Schülke*



Frohes Wiedersehen in Russ: Traute Bakutiene – hier mit Manfred Schukat – zählt schon seit Längerem zu den Empfängern der Weihnachtspäckchen



Kleine Verschnaufpause für die beiden „Weihnachtsmänner“: Ein Abstecher auf den Rombinusberg mit wunderschönem Blick auf die Memel Bilder (3): Schülke



Bescherung im deutsch-liauischen Herman-Sudermann-Gymnasium: 550 Schüler bedankten sich mit Aufführungen und einem Ständchen

Minderheit im Parlament | Wasservogel an nord. Küsten | überrascht sein (sich ...) | einen Fremdstaat betreten | Schwermetall | zum Bersten bringen | Radkranz | europ. Kultur-TV-Kanal | danach, dann | weit entfernt | Zeitalter | Währungseinheit | rechter Nebenfluss der Donau | Sinnspruch | Zier-, Balkonpflanze | Reittier | ehemalige dt. Hochschule für Gestaltung | Organ des Harnsystems | Hafenstadt in Marokko | fahl, bleich | Schmuckform, Ornamentmotiv | Spitzel | Schauspieler | in Besitz nehmen, besetzen | hasten | exakt; pünktlich | unbekleidet | Schulfestsaal | unvollständige Statue | Ort, Platz, Stelle | Fluss zur Rhone | sauber, unbeschmutzt | Vorwölbung oder Vertiefung | Werk von Homer | Trinkgefäß | Ballsportart | festes See-, Signalzeichen | eitel und geziert (ugs.) | Himmelsrichtung | Dasein, Existenz | Winkelfunktion (Mathematik) | exotische Echse | wissenschaftl. Behauptung | große Urwelt-echse (Kzw.) | österr. Lyriker (Nikolaus) | anbaufähig | Party, Festlichkeit | einen Namen geben | leise fließen oder fallen | dicht bei, seitlich von | Spalte, tiefer Riss im Gestein | Ergebnis, Resultat | Glied einer math. Formel | Viper, Giftschlange | ungar. Komponist (Franz) | Sittsamkeit | früherer Titel in Genua u. Venedig | Strauchfrucht | ein Farbton | nordamerikanisches Wildrind | Rinderfett | Musik: Übungsstück (franz.) | hoher Beamter im alten Rom (lat.) | Leumund, Ansehen | Kultbild der Ostkirche | Monatsname | veraltet für Viola, Bratsche | trocken; mager | bayerisch: Rettich | Aachener Gebäck | Verbandstoff aus Baumwolle | Spiel-, Sportübung | männlicher Nachkomme | gasförm. Kohlenwasserstoff | jegliches | Stadt am Niederrhein | Tagesabschnitt | kleines Schub-, Zugfahrzeug | mangelnde Erkenntlichkeit | Südostasiat (ugs.) | Viergespann in der Antike | höchste Spielkarte | in Richtung, nach | altes Blasinstrument | Begriff aus Jazz und Popmusik | Verbindungsstelle, Ritze | chem. Zeichen für Rhodium | Schlaginstrument | Radrennfahrer | spanische Anrede: Frau | brausen, dröhnen | vorspringender Mauerstreifen | eine Zahl

PAZ16_02

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

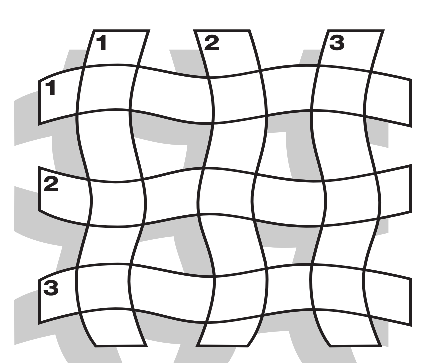
ADFMP		EEHR	BEENS		ACHSU		EHRR	AMNO	AERT
					CHOR				
ADEEN			ACEHMS						
AAAEPPRRT									
EFNR					ENRU				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für einen Urlaubsreisenden.

1	AUTO		STROM
2	FILZ		HELD
3	HEIM		NETZ
4	ELTERN		BESUCH
5	BLECH		HUND
6	HEFT		STEIN
7	BENZIN		OEL

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 durch die Nase sprechen
2 US-Filmstar und Tänzer (Fred)
3 jemandem schöne Augen machen

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Batterie, 2. Pantoffel, 3. Computer, 4. Vertreter, 5. Lawinen, 6. Pflaster, 7. Motoren – Tourist

Magisch: 1. naseln 2. Astaire 3. flirten

»Wenn Oma mal nicht mehr erzählen kann«

Eine bemerkenswerte Dokumentation über ihren Heimatort Gurnen im Kreis Goldap hat Erika Dietz zusammengestellt

Es war ein groß angelegtes Vorhaben, das Erika Dietz, gebürtig aus Gurnen im Kreis Goldap, Ende 2010 in Angriff nahm: eine Dokumentation über ihr ostpreußisches Heimatdorf und seine Bewohner in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie über Flucht und Vertreibung ab Oktober 1944. Als Ergebnis erschien einige Jahre später ihre vorbildlich bearbeitete, ebenso interessante wie berührende Dokumentation. Der Titel des großformatigen, mit vielen Fotos ausgestatteten Bandes lautet: „Gurner Kinder erinnern sich. Kreis Goldap in Ostpreußen. Lebensberichte von Dorfbewohnern, die im oder nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen mussten“.

Das Dorf Gurnen (bis 1830 offiziell Schönjariken) liegt zehn Kilometer südöstlich von Goldap und hatte 1939 599 Einwohner. Quer durch den Ort verlief von Norden nach Süden die Eisenbahnlinie Lyck–Goldap. Am 8. August 1938 wurde die Herausgeberin und Mitautorin Erika Dietz als zweites von drei Kindern des Ehepaars Bruno und Gertrud Reinhard in Gurnen geboren. Mit ihrer Familie wohnte sie im Glöcknerhaus. Es gehörte zu den ältesten Gebäuden des Rittergutes Schönjariken, aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts die Gemeinde Gurnen entstand.

Im Alter von 72 Jahren fand Erika Dietz 2010 mit Hilfe ihrer Kinder die Adresse der Kreisgemeinschaft Goldap und nahm im September desselben Jahres erstmals an einem Haupttreffen der Kreisgemeinschaft in Stade teil. Mehr als 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung gab es für sie ein erstes Wiedersehen mit sieben anderen „Gurner Kindern“.

Kern des vorliegenden Werkes sind die Erinnerungen von 20 „Gurner Kindern“ der Jahrgänge 1930 bis 1944. Auch Erika Dietz ist darunter. Die Autoren schreiben von ihrer Heimat und Kindheit, von Flucht und Vertreibung. Sie berichten über die Lager nach dem Krieg und das Leben unter den Polen. Auch vom Neuanfang im Westen wird erzählt. Mit Hilfe des von Manfred Gawrisch aufwendig erstellten Familienarchivs für den Kreis Goldap konnten die Angaben vervollständigt werden. Einen besonderen Schwerpunkt bilden häufig die Fluchtgeschichten. Der Befehl zur Räumung von Gurnen kam am 17. Oktober 1944 von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (N.S.V.) in Goldap.

Petroleumlampen als einzige Lichtquellen

Zusätzlich zu den Schilderungen der Gurner Kinder wurden teilweise schon früher veröffentlichte Berichte und Geschichten in den Band mit aufgenommen sowie einige Reiseberichte ehemaliger Gurner in den heutigen polnischen Ort Górne in neuerer Zeit. Eine wichtige Quelle für die beigefügten Beiträge älteren Datums war die Zeitschrift „Die Heimatbrücke“, herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Goldap.

Erika Dietz hat ihrer Dokumentation eine Übersicht zur Geschichte des Gutes, der Kirche und des Kirchspiels Gurnen sowie zum Kreis Goldap vorangestellt. Grundlage dafür war Wolfgang Rothes 2006 veröffentlichtes Werk „Ortsatlas des Kirchspiels Gurnen“. Die Gemeinde Gurnen entstand Anfang des 20. Jahrhunderts durch die Aufteilung und Aufsiedlung des Rittergutes Gurnen in zwei Phasen. Bis 1910 bestand „Adlig Gurnen“ aus dem Gutshaus mit Kirche und Pastorat, Inspektorenhaus, Insthäusern, Glöcknerhaus, Rektorat mit Schule sowie dem Bahnhof. Die hier vorliegenden Aufzeichnungen gehen bis auf das Jahr 1910 zurück, als die erste Aufsiedlung des Gutes durch die Ostpreußische Landsiedlungsgesellschaft durchgeführt wurde. Es gehörten seinerzeit 800 Hektar Land zum Gut, davon wurden etwa 360 Hektar aufgesiedelt.

Die zweite Phase der Aufsiedlung erfolgte 1927 ebenfalls durch die Ostpreußische Landsiedlungsgesellschaft. In diesem Jahr wurden die Gemeinde Pröken, das Vorwerk Adlig Wittichsfelde, das Vorwerk Scheelhof aus Babken als selbstständige Gutsbezirke aufgehoben und mit der Gemeinde Gurnen zusammengelegt. Angelehnt an diese Aufteilungen und Zusammenlegungen erfolgte die Ordnung der Familiengeschichten in der vorliegenden Dokumentation. Gesondert stehen die Geschichten der Gutsbesitzerfamilien, des letzten Pfarrers und der Familien, die das Glöcknerhaus bewohnten, darunter auch die Familie der Autorin.

Weil die Geschichte des Gutes Adlig Gurnen beispielhaft für die Geschichte so mancher ostpreußischer Rittergüter ist, folgt hier dazu ein kurzer Abriss. In „Bevölkerung und Siedlung im ordensstaatlichen und herzoglichen Preußen im Gebiet der ‚Großen Wildnis‘ bis 1568“ schreibt der Historiker Grzegorz Bialuski, wie das spätere Kreisgebiet Goldap bereits ab 1535 planmäßig besiedelt wurde. Bialuski, der zur Frühzeit der bäuerlichen Siedlung in der „Großen Wildnis“ umfangreiche archivalische Forschungen durchführte, geht davon aus, dass Gurnen noch vor 1540 als Zinsdorf mit masurischen Siedlern gegründet wurde. Zunächst war der Ort unter den Namen Jarcke, Schön-Jariken oder Schönjarcken bekannt. Der Name Gurnen wurde wohl schon im 17. Jahrhundert üblich, doch erst 1830 amtlich.

Kinder, Enkel, Urenkel sollen es erfahren

In den Notzeiten des 15. und 16. Jahrhunderts wurden die alten Bauerndörfer im Zuge der großen Verpfändungen an Söldnerführer und andere verdiente Untertanen allmählich aufgelöst, während die gutsherrlichen Vorwerke immer weiter um sich griffen. Davon blieb auch die „Große Wildnis“ nicht verschont. So wurden aus freien Zinsbauern gutsuntertänige Bauern oder landlose Scharwerker. 1565 wurden von Herzog Albrecht 96 Hufen (3.381 Hektar oder 33,8 Quadratkilometer) Wildnisland in einer Gesamtverschreibung an Lorenz von Halle ausgegeben. Dieser legte den Gutshof Schönjariken an. 1729 musste das Gut öffentlich versteigert werden, vermutlich als Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach der Großen Pest am Anfang des 18. Jahrhunderts.

Auch 200 Jahre später hielt die Moderne nur allmählich Einzug in die Große Wildnis. In ihrem Vorwort schreibt Erika Dietz: „Wir wuchsen in einem Dorf auf, in dem nur wenige Häuser Strom und wo in den meisten Häusern noch die Petroleumlampe einzige Lichtquelle war. Es gab keine öffentliche Wasserversorgung. Die Häuser hatten Brunnen, und nur einige wenige Familien hatten Wasserleitungen vom Brunnen in ihre Häuser gelegt. Im Haus, im Stall und auf den Feldern mussten wir Kinder helfen. Für die Landwirtschaft standen nur vereinzelt bei den größeren Gütern Maschinen zur Verfügung. Und doch, noch heute – 70 Jahre nach Flucht und Vertreibung – denken wir gern an unsere Kindheit in Gurnen zurück. Wenn Oma nicht mehr erzählen kann, sollen unsere Kinder, Enkel und vielleicht auch Urenkel erfahren, wie wir gelebt haben und wie schön unsere Heimat war“. *Dagmar Jestrzemski*

Erika Dietz und Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen. (Hg.): „Gurner Kinder erinnern sich. Kreis Goldap in Ostpreußen. Lebensberichte von Dorfbewohnern, die im oder nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen mussten.“ Bad Schwartau 2014, broschiert mit 107 Fotos und Karten und vier Tabellen, 175 Seiten, 23,90 Euro.

Zu bestellen ist „Gurner Kinder erinnern sich“ beim Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade, E-Mail: verkauf@goldap.de, Telefon (04141) 797 75 37 (immer Mittwochs zwischen 13 und 16.30 Uhr



Drei von 107 Fotos aus „Gurner Kinder erinnern sich“ sind auf dieser Seite zu sehen. Oben: Die Tischlereiwerkstatt von Richard Preuß im Speichergebäude. Sein Enkel Ulrich Preuß ist mit einem Beitrag im Buch vertreten Bilder (3): Dietz



Kinder aus Gurnen im Jahr 1939



Der Ort im Jahr 1930. Links im Hintergrund ist die Kirche zu sehen. Auf dem Pferd sitzt Erika Dietz' Mutter Gertrud Darries. Daneben steht ihre Tante Emma Darries

Spätes Liebesglück

Partnerbörsen florieren im Internet – Auch viele verwitwete Senioren nutzen die elektronischen Vermittlungsagenturen

„Alle elf Minuten verliebt sich ein Single über Parship", tönt es derzeit wieder einmal bundesweit von den Werbetafeln an Bus- und Straßenbahnhaltestellen. Doch haben die Betreiber dieser und anderer Partnerbörsen und Dating-Plattformen im Internet tatsächlich recht, wenn sie suggerieren, dass die Menschen nun in Massen online zusammenfinden?

Wer heutzutage im Netz auf Partnersuche geht, kann eine Unzahl entsprechender Angebote nutzen. Da wären zunächst die großen Singlebörsen wie eben Parship sowie eDarling, Neu.de, Zoosk, Finya und FriendScout24 – die letztere rangiert dabei mit angeblich rund sechs Millionen Mitgliedern und 12000 Neuanmeldungen pro Tag unangefochten an erster Stelle. Und wer gehobenere Ansprüche hat, versucht sein Glück vielleicht noch bei ElitePartner, AcademicPartner, PrestigeSingles oder IQElite.

Ebenso kommen Menschen mit speziellen Neigungen oder Eigenheiten auf ihre Kosten, denn es gibt mittlerweile auch Plattformen für Schwule (PlanetRomeo), Lesben (Lesarion), Alleinerziehende (Moms-Dads-Kids), Übergewichtige (Mollipartner), Behinderte (Handicap-love), Religiöse aller Art (Christpartner, Muslima usw.), Vegetarier (VeggieCommunitiy), Esoteriker (LotusCafe), Seitensprungwillige (C-Date), Ausländer (Greek-Date), Landwirte (Farmflirt), Hundehalter (Tierdorf), Gesundheitsbewusste (Sportdate), Millionäre (Millionaertreffen), Tätowierte (TattooSingles) und Inhaftierte (Jail-Mail). Manche dieser Börsen sind kostenlos, andere lassen sich für ihre „Dienste" fürstlich entlohnen, wie RichmeetsBeautiful, „die Partnervermittlung für Reiche und Schöne".

Am Hungertuch nagt aber keiner der Betreiber, denn die Umsätze in der Branche haben sich allein im Zeitraum von 2003 bis 2013 verzehnfacht; und momentan geben alleine die Deutschen 220 Millionen Euro im Jahr für das Online-Dating aus.

Entgegen dem Klischee, dass ältere Mitbürger Computer eher meiden, stellt die Gruppe der Menschen zwischen 50 und 70 den Löwenanteil der sieben Millionen registrierten aktiven Nutzer hierzulande, welche die Portale derzeit Tag für Tag nach einem Partner durchkämmen. Dabei sammeln sich die kennenlernwilligen Senioren verstärkt bei speziellen Anbietern, die in den letzten Jahren gleich Pilzen aus dem Boden schossen: 50plusTreff, DatingCafe, Platinnetz, Feierabend, Lebensfreude 50, Oldiepartner und wie sie sonst noch alle heißen.

Allerdings ist die Erfolgsquote der Online-Kuppler lange nicht so berauschend, wie es angesichts der eingangs zitierten Werbebotschaft von Parship scheinen mag. Schätzungen der Universität Bamberg zufolge finden sich nämlich auch heute nur maximal zehn Prozent aller Paare im Internet; andere unabhängige Institutionen sprechen sogar bloß von ein bis fünf Prozent.

Von den Gründen, warum nicht mehr Menschen „im Herbst des Lebens" via PC und Notebook zusammenkommen, künden diverse Erfahrungsberichte, welche gleichfalls gern im Netz verbreitet werden. So beklagen Frauen im reiferen Alter: „Die wirklich freien Männer sind oft mehrmals geschieden und zur Krönung des Ganzen sind sie dann auch noch sehr spät Väter geworden." Andere wiederum würden „ab dem Zeitpunkt der Rente im Zeitraffer altern". Oder die Herren bringen sonstige unerwünschte Eigenschaften mit, wie eine Witwe bei ihren Rendezvous mit zwei Kandidaten erleben musste: „Leider hat sich herausgestellt, dass einer von beiden einer Sekte angehört und der andere, 80 Jahre alt, konnte schon beim ersten Treffen die Finger nicht von mir lassen." Darum meinte die Nutzerin „Andrea" bei 50plusTreff resigniert: „Wenn ich mal wieder Schmetterlinge im Bauch habe, trinke ich Insektenschutzmittel."

Und auch die Männer sind vielfach recht frustriert und gaben unter anderem zu Protokoll: „Von überreifen Ex-Prostituierten bis zu den total verbrauchten, überschuldeten Ex-Ehefrauen ist wirklich alles dabei gewesen. Die KKG-Frauen (Kinder, Kuchen backen und Garten) haben ein geistig sehr eng bemessenes Umfeld und suchen nur einen Ernährer, weil sie von ihren Ehemännern wegen totaler Langeweile im Ehealltag verjagt und durch ‚Frischfleisch' ersetzt wurden. Sie haben nur Probleme, mit Geld, Kindern, die nie erwachsen und flügge werden, mit ihren Tieren, die sie nie in den Griff bekommen, mit Ex-Ehemännern und Ex-Geliebten. Solche Frauen ziehen einen Mann nur ins Desaster."



Auch im hohen Alter kann man noch den Traumpartner finden: Senioren beim Rendezvous Bild: Imago

Oder man stoße auf eine der vielen „Abgehobenen", die sich trotz fortgeschrittenen Alters immer noch krampfhaft „verwirklichen" müssen: mit Reisen, Malen, Töpfer- und Sprachkursen, irgendwelchen Selbsthilfegruppen und was es da weiter noch so gebe.

Dem stehen freilich auch positive Beispiele gegenüber. Eine Dame schrieb über ihr spätes Liebesglück: „Ich habe fünf Jahre über Singlebörsen einen Partner gesucht, weil ich mit 60 Jahren eigentlich keine Chancen sah, einen Partner auf anderem Wege zu finden. Nach vielen Enttäuschungen habe ich dann aber vor zwei Jahren meinen Traummann gefunden. Wir wussten vom ersten Augenblick an, dass wir für immer zusammenbleiben wollen und haben vor Weihnachten geheiratet."

Wissenschaftlichen Studien der University von Delaware (USA) zufolge hilft die Partnersuche im Internet den Verwitweten sogar bei der Trauerarbeit – und zwar selbst dann, wenn das Ganze erfolglos bleibt. Wichtig sei einzig und allein, dass die Hinterbliebenen begännen, neue Prioritäten zu setzen und wieder einen Sinn im Leben zu sehen.

Deshalb kann das Fazit zu den Partnerbörsen in der virtuellen Welt nur lauten: Das Netz öffnet zwar Türen, aber nicht automatisch auch Herzen. Es gibt keine Erfolgsgarantie, obwohl die Bequemlichkeit und Anonymität bei der Suche am Computer gerade Älteren zahlreiche Vorteile bietet. Es ist wichtig, darauf gefasst zu sein, dass man auf Beziehungsunfähige, Schwindler und Gestörte treffen kann. Und es empfiehlt sich, ehrlich zu bleiben und keine Angaben über die eigene Person zu schönen, wie das leider viele tun, um ihre Attraktivität zu erhöhen. Dann klappt es vielleicht tatsächlich mit dem Verlieben – wenn auch nicht so reibungslos und rasant, wie die Werbung von Parship den Leuten einzureden versucht. *Wolfgang Kaufmann*

Der Fremde, der sich traut

Ausländerehen – Der Partner als Integrationsbeauftragter

Ein Quereinsteiger hat es in der Regel schwerer als andere, die mit den Strukturen und Aufgaben, in denen sie sich bewegen, groß geworden sind. Noch schwerer haben es daher Zuwanderer, wenn sie aus Ländern kommen, in denen quasi alle Systeme der Gesellschaft von den unseren abweichen: Familie, Ausbildung und Beruf, Wirtschaft, Soziales, Recht, Verwaltung. Die Aneignung und Vermittlung dieses neuen gesellschaftlichen Umfelds ist eine Herkulesaufgabe für Ausländer als Lernende ebenso wie für das Aufnahmeland als Lehrender. Vor allem, wenn sie mit persönlichen Ängsten und Nöten belastet sind.

Schon im Jugoslawienkrieg vor rund 20 Jahren waren tausende Kriegsflüchtlinge mit sehr unterschiedlicher Sozialisation nach Deutschland gekommen. Frauen, die sich zum Bund fürs Leben mit einem der Flüchtlinge entschlossen, wurden zum persönlichen Integrationsbeauftragten.

Anne B.* hatte die Herausforderung angenommen. Partner M.* besaß außer einer großen Portion Charme wenig, um das Wirtschaftsunternehmen Ehe zu unterstützen. Er war ungelernter Arbeiter. Anne B. besorgte ihm eine Anstellung in einer Zeitarbeitsfirma als Küchenhilfe. Das Gehalt kam zwar pünktlich, die Abrechnung jedoch war nie korrekt. Nie stimmten die berechneten Arbeitsstunden mit den tatsächlich geleisteten überein, regelmäßig wurden die Zuschläge „vergessen", immer gab es Kämpfe um Feier- und Urlaubstage. Der Einblick in den Niedriglohnsektor war ernüchternd.

Anne B., selbst berufstätig, fuhr ihren Mann zu jedem neuen Einsatzort, füllte jedes der zahllosen Formulare aus und begleitete ihn auf jedes Amt. Sie sorgte für einen Lebenslauf, deutsche Zeugnisse und eine Festanstellung außerhalb der Zeitarbeit. Die Situation blieb selbst bei einem Arbeitgeber wie der Diakonie unkorrekt. Zweimal zog sie mit M. vor das Arbeitsgericht, zweimal gewannen sie. Die Schwächen des ausbeutungsanfälligen Systems änderten sich dadurch nicht.


Mancher Integrationsversuch endet in der Ehe

Zu allem gesellte sich der Druck der Familie aus der Heimat, die von M.s wenigem verdienten Geld Unterstützung erwartete. Im friedlichen deutschen Wohnzimmer ging es um Leben und Tod. Da musste der Neffe für teures Geld über Nacht vor dem Einzug in die Armee ins sichere Ausland gerettet werden. Da rief der Bruder an und sagte: „Die Miliz steht vor der Tür. Du musst kein Geld mehr schicken, wir werden jetzt alle erschossen." Was sich nach zwei Wochen voller Ungewissheit Gott sei Dank nicht bewahrheitete. Die Familie war „nur" an die Grenze abgeschoben und dann in einem Flüchtlingslager auf der anderen Seite aufgefangen worden, das Haus aber war ausgeplündert mit Folgen, die sich bis heute auswirken.

Vom Erwerb deutscher Sprachkenntnisse allein hängt die Zukunft des Zuwanderers nicht ab. Diese entwickeln sich im Berufsalltag meist von selbst. Mag die Wirtschaft auch beteuern, den Zuwanderern ausreichend Lohn und Brot bieten zu können, für die Minderqualifizierten – und das dürfte die Mehrzahl sein – steht dahinter ein großes Fragezeichen. Dazu genügt der Blick auf die prekäre Situation von so manchem Deutschen. *Helga Schnehagen*

(Die wahren Namen sind der Redaktion bekannt.)*

Ganz schön glatt

Tipps vom TV-Anwalt über die Räumpflicht von Schnee

Endlich ist der Winter auch in Deutschland angekommen. Allerdings mit Schnee und Eisglätte, was nicht nach jedermanns Geschmack ist. Neben den Autofahrern ist dieses „Nebenprodukt" des Winters vor allem den Hausbesitzern äußerst lästig. Denn auf einen schneereichen Winter sollten vor allem diejenigen gut vorbereitet sein, zu deren Pflichten das Schneeräumen gehört. Einige Antworten auf besonders wichtige Fragen rund um den privaten Winterdienst machen die Brisanz des Themas deutlich:

Auf den öffentlichen Straßen und Gehwegen liegt die Räumpflicht bei Städten und Gemeinden. Gehwege an privaten Grundstücken müssen vom Hauseigentümer geräumt werden, der diese Pflicht wiederum an die Mieter oder eine externe Firma übergeben kann. Ein Blick in den Mietvertrag oder in die Hausordnung verschafft Klarheit.

Streusalz und auch ein Salz-Aschegemische sind aus Gründen des Umweltschutzes in den meisten Gemeinden verboten. Denn Salz schadet Pflanzen und Tieren, belastet das Grundwasser und greift zudem Schuhe, Kleidung und Beton an. Wer dennoch mit Salz streut, muss mancherorts sogar mit einer Geldbuße rechnen. Verwendet werden müssen stattdessen „geeignete Streumittel" wie Splitt, Kies, Granulat oder Sand. Ist im Vertrag die Bezahlung des Streuguts nicht geregelt, so muss der Vermieter die Kosten für Streugut und Utensilien wie Schaufeln übernehmen.

Die meisten Gemeindesatzungen und Gerichtsurteile verpflichten zum Räumen und Streuen zu „den verkehrsüblichen Zeiten", also üblicherweise werktags von sieben bis 20 Uhr, an Wochenenden und Feiertagen ab neun Uhr. Nachbarn von Geschäften, Restaurants und anderen öffentlich zugänglichen Einrichtungen, die länger geöffnet haben, müssen meist bis mindestens 22 Uhr Schnee räumen. Doch was passiert im Krankheitsfall oder wenn der Anwohner im Urlaub oder zur Arbeit ist?

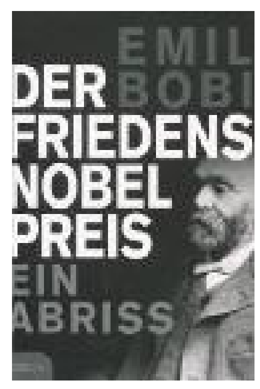
> Wer den Schnee nicht räumt, auf den kann viel Ärger zukommen

TV-Anwalt Ingo Lenßen gibt darauf eine eindeutige Antwort: „Auch im Krankheitsfall oder bei Abwesenheit sind Sie als Mieter verpflichtet, den Schnee- und Räumdienst zu übernehmen. Sind Sie dazu nicht in der Lage, so haben Sie unbedingt dafür zu sorgen, dass Ersatz beschafft wird, das heißt, dass irgendjemand anderes für Sie diese Aufgabe übernimmt. Denn sollten Sie keinen Ersatzmann für sich gefunden haben, so haften Sie, wenn jemand vor Ihrem Haus ausrutscht und sich dabei verletzt."

Wer seiner Räum- und Streupflicht nicht nachkommt und nachweislich verantwortlich für Verletzungen einer Person ist, haftet für den Schaden und muss nicht nur Schmerzensgeld zahlen, sondern auch für alle Kosten aufkommen – zum Beispiel für Arztbesuche, den Aufenthalt im Krankenhaus und Medikamente. Es ist daher ratsam, eine Privathaftpflicht und als Hauseigentümer eine Gebäudehaftpflichtversicherung abgeschlossen zu haben. Weder ein Verbotsschild noch Hinweise wie „Betreten auf eigene Gefahr" oder „Dieser Weg wird nicht geräumt und gestreut" befreit den Verkehrssicherungspflichtigen von seiner Winterdienstpflicht (OLG Karlsruhe Az.: 7 U 94/03).

Allerdings trifft den Verunglückten möglicherweise eine Mitschuld, wenn er in Kenntnis der Gefahr unvorsichtig über den Weg gegangen ist. Es ist deshalb dennoch sinnvoll, ein solches Schild aufzustellen. Einige Gerichte haben entschieden, dass der Hinweis Passanten zu mehr Aufmerksamkeit verpflichtet. Allerdings darf man nicht überall Schilder aufstellen.

Diese Beispiele machen deutlich, dass jeder gut informiert sein sollte, der seinen winterlichen Räum- und Streupflichten korrekt und rechtssicher nachkommen will. *Annette Jarosch*



Umstritten

Alfred Nobel und sein Preis

Olympia-Gold im Zehnkampf, Sieger der Tour de France, US-Pulitzer-Preis, Englands Hosenbandorden, Hollywoods „Os-car", internationaler Karlspreis zu Aachen und weitere Ehrungen, von denen keine so prestigeträchtig ist wie der Nobel-Preis , seit 110 Jahren die „höchstmögliche irdische Auszeichnung". So sagt es Emil Bobi, ein Wiener Journalist, geboren 1958, in seinem detailfrohen Buch über den Nobelpreis.

Der Preis ist benannt nach dem schwedischen Chemiker und Unternehmer Alfred Nobel (1833–1896), dem seine Erfindungen (Dynamit, rauchfreies Schießpulver, Zündkapsel) und seine Aktivitäten (355 Patente, 80 Fabriken) zu einem Vermögen von 33 Millionen Schwedenkronen (1896) verhalfen. Aus dessen Zinsen finanziert sich der Preis, den seit 1901 genau 860 Einzelpersonen und 22 Institutionen „mit dem Nimbus der Unsterblichkeit ausstattete".

Nobels „Seelenfreundin" Bertha von Suttner, Symbolfigur des europäischen Pazifismus, hätte dessen Vermögen gern für humanitäre „Einmalzahlungen" verwendet, aber das verhinderte der Stifter. „Nobelpreis" steht für ein „entwicklungspolitisches Maßnahmenpaket" (Bobi), von dem alljährlich friedensfördernde Impulse ausgehen sollten, was schon 1897 eine schwedische Zeitung verhöhnte als „großartige Absicht, großartiger Mist". Nobel wollte je einen Preis für wissenschaftliche Höchstleistungen (Physik, Chemie, Medizin), kulturelle (Literatur) und soziale (Frieden). 1969 kam noch der „Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften" hinzu, eine an den „Nobelpreis angelehnte Auszeichnung". Das Preisgeld beträgt derzeit rund 850 000 Euro pro Disziplin, die zu versteuern sind.

Wie Preisträger gefunden und nominiert werden, ist seit 1905 geregelt, wobei Details 50 Jahre lang geheim blieben und die ganze „Nobelpreis-Organisation von einem schützenden, juristischen Gestrüpp umwuchert" ist. Erstaunlich ist, wie selten die Preisvergabe ein Fehlgriff war: 1949 ging der Medizinpreis an die Lobotomie, eine Gehirnoperation, die später als „unmenschliche Psychofolter verboten" wurde.

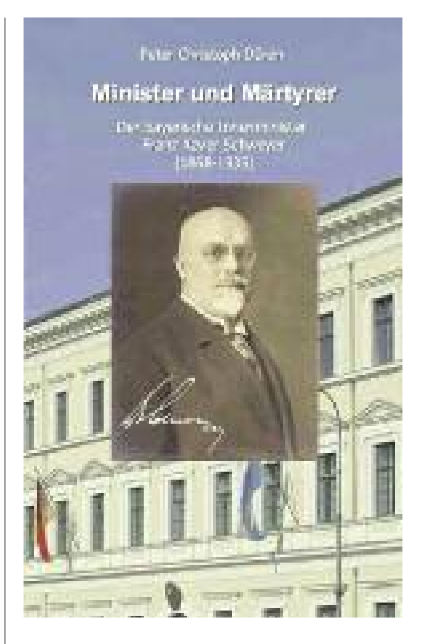
Um den Literaturpreis selber „gibt es ständig Streit und wütende Kritik", die politisch motiviert ist oder verletzter Eitelkeit entspringt. Er ist laut Bobi der „kleine Bruder des Friedensnobelpreises", der „umstrittenste Preis", für den 1939 sogar Hitler kurzzeitig Kandidat war.

Ständige Querelen um Literaturpreis

Nobel hat den Preis Norwegen zur Vergabe überantwortet, ein „binationales Heiligtum" geschaffen, das erst der Familie Nobel missfiel, dann Konflikte schuf zwischen dem „Nobelinstitut" Oslo und der „Nobelstiftung" Stockholm: „Oslo vergibt die Königsklasse der Nobelpreise und hat mehr globale Aufmerksamkeit als alle Stockholmer Nobelpreise zusammen". Daraus resultiert Gezänk um angebliche „illegale Preisentscheidungen", die Bobi in epischer Breite schildert. Bobi mag den Friedenspreis nicht, den er für konträr zu Nobels Kriterien (Abrüstung, Friedenskonferenzen, Vertrauensbildung) hält, dabei übersieht, wie sich das Verständnis von „Frieden" seit Nobel geändert hat. Der wollte Frieden „erzeugen", wir deuten ihn heute als „Abwesenheit von Krieg".

Im Buch und in Interviews betonte Bobi oft, „die meisten Preisträger haben den Friedensnobelpreis nicht verdient". Das ist unfair gegenüber Wilson, Nansen, Gorbatschow, Walesa, der UNO, dem Roten Kreuz, vor allem gegenüber deutschen Preisträgern wie Stresemann (1926), Quidde (1927), Ossietzky (1935) und Brandt (1971). *Wolf Oschlies*

***Emil Bobi: „Der Friedensnobelpreis – Ein Abriss"**, Ecowin Verlag, Wals bei Salzburg 2015, gebunden, 192 Seiten 18,95 Euro*



Der einzige Warner

Hitler-Gegner Franz Xaver Schweyer ist weitgehend unbekannt

Schweyer „hätte beinahe Hitler verhindert", heißt es auf dem Umschlag, und doch ist er ein weithin Unbekannter. Dürens Buch soll das ändern. Das ist wünschenswert.

Franz Xaver Schweyer wurde am 26. August 1868 als zweites von 14 Kindern des Kleinbauern und späteren Bürgermeisters Benedikt Schweyer in der Nähe von Kaufbeuren geboren. Damals war der Märchenkönig Ludwig II. der Souverän Bayerns, was sich drei Jahre später ändern sollte. Von all dem unberührt, besuchte der begabte junge Mann, gefördert vom Ortspfarrer, das humanistische Gymnasium in Augsburg. In München studierte er Philosophie und Theologie, bevor er sich ganz der Jurisprudenz verschrieb. Im Jahre 1897 bestand der 29-Jährige das Zweite Juristische Staatsexamen als Jahrgangsbester von 287 Absolventen im gesamten Königreich. Der Weg für eine steile Karriere war geebnet. 1903 wurde er zur Dienstleistung ins Königliche Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten bestellt, 1909 von Prinzregent Luitpold zum Landrat ernannt. Während des Ersten Weltkriegs verurteilte er den Krieg als „jenes wahnwitzige äußerte Mittel, das die Besten des Volkes" verschlinge.

1919 wurde er nach Berlin gerufen, um dort im Reichsarbeitsministerium für die Anliegen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu wirken. Nach nur einem Jahr erfolgte der Rückruf nach Bayern, um dort als Staatssekretär im Innenministerium zu wirken. Seine Hauptaufgabe bestand nun darin, für den Frieden im Innern Sorge zu tragen und sowohl die extreme Linke wie die extreme Rechte in Schach zu halten.

Am 27./28. April 1921 warnte er vor der kommunistischen Gefahr und verurteilte den Terror der Kommunisten. Am 22. Juni 1921 kritisierte er in einer Landtagsrede, dass in „gewissen bayerischen Zeitungen die antisemitische Hetze ... das Maß des Zulässigen" überschritten habe und verwies auf ein erneutes einmonatiges Verbot des braunen Hetzblattes „Völkischer Beobachter". Als bayerischer Innenminister (seit dem 26. Juli 1921) bat er Vorsitzende der im Landtag vertretenen Parteien zu sich und beklagte „das Bandenunwesen, das Hitler auf den Straßen Münchens organisiert". „Hitler sprenge Versammlungen, belästige die Bürger, hetze die jungen Leute auf und gehabe sich, als wäre er der Herr der bayerischen Hauptstadt. Dabei sei er doch ein Staatenloser. Er erwäge, Hitler aus Bayern auszuweisen." Der SPD-Vorsitzende, Erhard Auer, verhinderte aber einen entsprechenden Beschluss mit dem Hinweis auf die demokratischen und freiheitlichen Grundsätze. Auch dass Hitler jahrelang ein Frontkämpfer war, spielte bei der Beratung eine Rolle.

Schweyer wollte Hitler ausweisen

Über Hitler machte sich Schweyer folgende Notiz: „Adolf Hitler war anfangs zweifellos von guten vaterländischen Absichten beseelt. Mit der Erstarkung seiner Gefolgschaft, mit dem Wachstum seiner äußeren Macht wuchs auch sein Selbstbewusstsein bis zum Größenwahn."

Im Landtag geißelte der Innenminister den von der NSDAP „gepredigten und betätigten, verhetzenden extremen Rassen-Antisemitismus, der in seiner Art mit den Grundsätzen der christlichen Moral in unvereinbarem Widerspruch steht. Während des Hitler-Putsches am 9. November 1923 wurde Schweyer von Rudolf Hess verschleppt und kam erst nach Tagen wieder frei, mehr tot als lebendig.

Da die Bayerische Volkspartei, der Schweyer angehörte, Koalitionspartner benötigte, musste sie auf die Bedingung der Deutsch-Nationalen eingehen und auf Schweyer als Innenminister verzichten. Sogar die sozialdemokratische Münchner Post bescheinigte ihm, „der einzige Warner innerhalb eines schwächlichen Kabinetts" gewesen zu sein, der die Gefahr der Hitlerbewegung erkannt habe. Das war im Juni 1924.

Schweyer verließ die politische Bühne und betätigte ich als Schriftsteller. Nachdem Hitler Kanzler geworden war, kam es zu einem Rachefeldzug. Gegner von gestern wurden verhaftet, ihre Wohnungen durchsucht. Bei dem abgesetzten bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held fanden die Häscher einen Brief Schweyers, der mit den prophetischen Worten schloss: „Am Ende der NS-Herrschaft" sehe er „ein schreckliches Erwachen" und „das Ende mit Schrecken", wenn sich die Unfähigkeit der neuen Machthaber erweisen wird und es sich darum handelt, endgültig gesunde Verhältnisse zu schaffen."

Hitler hatte ihn nicht vergessen. ‚Auf der Todesliste vom 30. Juni 1934 stand auch der Name Schweyer. Der war wohl gewarnt worden und deshalb unauffindbar. Doch seine Kräfte waren aufgezehrt. Am 10. November 1935 starb er im Alter von 67 Jahren als Kämpfer und Prophet wider eine unheilvolle Entwicklung.

Dem Autor ist zu danken, dass er diese große Persönlichkeit wieder ausgegraben hat. Wenn es zu weiteren Auflagen kommt, was zu wünschen wäre, sollte der Text durch ein Personenregister ergänzt werden. *Konrad Löw*

***Peter Christoph Düren: „Minister und Märtyrer. Der bayerische Innenminister Franz Xaver Schweyer (1868–1935)"**, Dominus Verlag, Augsburg 2015, gebunden, 96 Seiten, 12.50 Euro*



Unsinnige Belehrungen

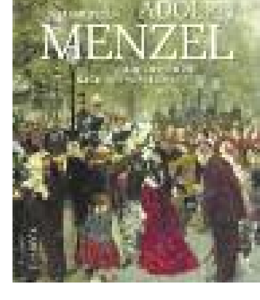
»Klimakochbuch«: Wenig Rezepte, dafür ärgerliche Politische Korrektheit

Ein „Klima-kochbuch" –. welch eigenartiger Titel, der die Frage provoziert: Kann man Klima kochen? Diese Frage ist absurd, denn erstens, wer hat schon einen so gigantischen Kochtopf, um darin das Globalklima zu kochen? Auch wenn man dieses zerlegt in seine Einzelteile, die vielen regionalen Klimata, es ginge nicht, denn zweitens ist das Klima kein Kürbis, es existiert nur in unserer Vorstellung. Klima entsteht, wenn man 30 Jahre Wetter zu einem undefinierbaren Brei verkocht. Auch kann man Wetter nicht backen und als Plätzchen verteilen.

Das vom Kosmos-Verlag editierte Buch ist ein Ärgernis, eine Provokation, nicht nur für Wetterfrösche, wird doch auf den Luftdruckkarten die Luftströmung samt Fronten einfach umgekehrt, ein Hoch in ein Tief verwandelt. Die Empfehlung des Bundesumweltministeriums samt Vorwort der Ministerin Barbara Hendricks verdirbt zusätzlich den Appetit, als ob jemals der Umstieg vom Auto auf das Fahrrad oder umgekehrt das Wetter verändert hätte. So ärgerlich die Texte mitsamt den unsinnigen politisch korrekten Belehrungen auch sind, es finden sich doch einige gute und originelle Rezepte darin. In dem Kapitel „Bitte Auslöffeln" sind Süppchen, die jeden Gaumen kitzeln und anregen: Erfrischende Melonensuppe, Rote-Beete-Suppe mit Champignons, Teltower-Rübchen-Suppe, Kürbiscreme-Suppe mit Curry. Viele andere Gerichte werden durch ein Übermaß an Ideologie versalzen. Dabei gibt es die schon uralte Lebensweisheit: Liebe geht durch den Magen! Ein vorzüglich bereitetes Essen hebt die Stimmung und verbessert das Klima. Klima kommt aus dem Griechischen und bedeutet Neigung. Und Zuneigung kann bei gutem Essen in einer Liebesbeziehung und einer Ehe enden. Der Spruch „Kochen für den Klimaschutz" bekommt damit einen völlig anderen Sinn.

Missmut kommt auf, wenn der Leser sich veräppelt und für politische Zwecke oder vegane Ideologien missbraucht fühlt. Es sollte jeder nach seiner Art essen dürfen, ohne an die Kette von Gutmenschen genommen zu werden. Das Kochen ändert am Klima ebenso wenig wie das Teller-Leeressen etwas am Wetter ändert, wie uns Kindern versprochen wurde, wenn uns etwas nicht schmeckte. Insgesamt sind 48 Rezepte mit vielen vegetarischen und veganen Alternativen enthalten, doch kaum die Hälfte weckte meine Geschmacksnerven und meine Neugier. *Wolfgang Thüne*

***Balz, Julia u. a. (Hrsg.): „Das Klimakochbuch – Klimafreundlich einkaufen, kochen und genießen"**. Kosmos-Verlag, Stuttgart 2015, gebunden, 120 Seiten, 16,99 Euro*



Von Wuchs winzig, als Maler reisengroß

Autor Werner Busch stellt mit Adolph Menzel einen der größten deutschen Künstler des 19. Jahrhunderts vor

Eine spöttische Gedichtzeile über den Riesen Goliath – „im Hirne klein und winzig, an Wuchse riesengroß" – könnte man bei Adolph Menzel (1815–1905) geradezu umkehren: „Von Wuchse klein und winzig, als Maler riesengroß": Der später in den Adelsstand erhobene Menzel war in der Tat „winzig", nämlich nur 1,50 Meter groß; aber zugleich war er einer der größten deutschen Künstler im 19. Jahrhundert, ja in der Malerei zwischen Caspar David Friedrich und Max Liebermann eigentlich der einzige, der mit der großen Avantgarde in Frankreich und England mitgehalten hat.

Sein 200. Geburtstag im vergangenen Dezember wird gegenwärtig mit zwei Ausstellungen in Berlin gefeiert (siehe *PAZ* Nr. 49). Und rechtzeitig zum Jubiläum hat der an der Freien Universität Berlin lehrende Kunsthistoriker Werner Busch eine Biografie herausgebracht, die Menzels künstlerische Breite zeigt und würdigt, angefangen von der Historienmalerei vor allem zu preußischen Themen bis hin zu den faszinierenen Spätwerken wie das „Eisenwalzwerk" und „Piazza d'Erbe in Verona" aus den 1880er Jahren.

Nach schweren Jugendjahren – der 16-Jährige musste nach dem plötzlichen Tod des Vaters eine mehrköpfige Familie ernähren – kam der Durchbruch mit Illustrationen zu der bis heute populären Biografie Franz Kuglers über Friedrich den Großen. Mehrere 100 Zeichnungen hat Menzel beigesteuert und sich dabei in intensiver Detailarbeit das Ambiente der friederizianischen Zeit angeeignet; der gebeugte, auf einen Stock gestützte König mit blitzenden Augen und dem Dreispitz auf dem Kopf ist geradezu Symbol geworden.

Gleichwohl hat Menzel die Hohenzollern keineswegs glorifiziert. Er wollte die Menschen zeigen, nicht aber eine unkritische Historie abliefern. So kam es auch, dass er trotz mancher Bemühungen letztlich nicht „Hofmaler" wurde, sondern sich auf dem freien Markt behaupten musste. Erst in seinen Altersjahren hofierte ihn der Hof, aber da wollte Menzel nicht mehr. Das rätselhafte Bild „Ansprache Friedrichs an seine Generäle vor der Schlacht bei Leuthen" ließ er unfertig stehen. Menzel, das macht Busch deutlich, wandte sich ab den 1880er Jahren nicht zuletzt unter dem Eindruck der französischen Malerei, die er bei zwei längeren Paris-Aufenthalten intensiv studiert hatte, mehr und mehr einer Malweise zu, die schon fast impressionistische Züge trägt. Die realistische Wiedergabe von Mensch und Natur tritt zurück zugunsten von oft flirrend und schemenhaft wiedergegebenen Schilderungen von Menschenmassen („Wimmelbilder") und Landschaften. Die eindrucksvollsten Beispiele zeigt das Buch, indem neben dem Gesamtbild zugleich Details von Rändern oder vom Hintergrund wiedergegeben werden, wo man Menschen oder Gegenstände nur noch ahnen kann und zugleich spürt, genau so ist es richtig.

Zwei Ausstellungen in Berlin

Thema war für Menzel in seiner zweiten Lebenshälfte das neue Phänomen Großstadt und ihre Bewohner. Seine von Menschen wimmelnden Bilder „Pariser Wochentag" und „Ein Nachmittag in den Tuileriengärten" begeisterten gerade in Frankreich. Hier war keine Glorifizierung mehr, hier sieht der Betrachter einfach das reale, übersprudelnde Leben – allerdings auch keine Sozialkritik, wofür Menzel manche Kritik einstecken musste. Das „Eisenwalzwerk" beispielsweise zeigt die Wucht harter Arbeit, kaum die erbärmlichen Lebensverhältnisse der Arbeiter.

Buschs Darstellung lässt die Hochachtung für Menzel einmal mehr steigen und angesichts der reichen und großartigen Bildwiedergabe in Bewunderung münden (winziger Wermutstropfen: ein tabellarischer Lebenslauf hätte den Informationswert des Buches noch gesteigert). Man stimmt dem Autor zu, wenn er zeigt, dass sich Menzel eben wegen seines körperlichen Handicaps auch mittels der Kunst gegen eine ihn oft etwas bespöttelnde Umgebung behaupten musste – und das virtuos geschafft hat. Das Buch verdient viele Leser; sicher, der Preis ist etwas happig, aber vielleicht lag ja unterm Weihnachtsbaum auch eine finanzielle Gabe; sie wäre hier bestens angelegt. *Dirk Klose*

***Werner Busch: „Adolph Menzel. Auf der Suche nach der Wirklichkeit"**. Verlag C.H.Beck, München 2015; 304 S., 58 Euro*

MELDUNGEN

Deutsche von Tafeln verdrängt

Warstein – Wegen des Andrangs von Asylbewerbern müssen Tafeln, die Lebensmittel an Bedürftige abgeben, deutschen Notleidenden die Rationen halbieren oder sie sogar ganz abweisen. Dies meldet die „Westdeutsche Allgemeine“. Junge Asylbewerber verhielten sich zudem rücksichtslos, drängelten sich vor, so dass sich einige deutsche Familien bereits zurückgezogen hätten, wie ein Verantwortlicher der Warsteiner Tafel berichtet. *H.H.*

Riechen wie Wladimir Putin

Moskau – Wladimir Putin ist ein Kassenschlager in Russland. Nachdem Marketingfirmen ihn als Werbeträger für Kalender, Hemden, Tassen und Etuis entdeckt haben, gibt es nun auch das nach schwarzer Johannisbeere duftende Parfum „Leaders Number One“, inspiriert vom russischen Präsidenten. Zwar trägt der Duft nicht seinen Namen, aber ein Profilbild des Präsidenten auf der Verpackung. Die Auflage zum Preis von 77 Euro ist auf 2000 Stück limitiert. *MRK*

ZUR PERSON

Eine Armlänge auf Abstand

Was ist bloß mit Köln los? In der Domstadt scheint auch außerhalb der Karnevalszeit ein munteres Treiben zu herrschen. Erst bricht das Stadtarchiv zusammen, dann wird die geplante Eröffnung der renovierten Oper verschoben, die Polizei versagt erst bei einer Hogesa-Demo und dann in der vergangenen Silvesternacht, im September mussten die Oberbürgermeisterwahlen wegen falsch gedruckter Stimmzettel verschoben werden, und vorm darauffolgenden Wahltermin im Oktober gab es den Messeranschlag auf die Kandidatin **Henriette Reker**.

Die von einer Koalition aus CDU, Grünen und FDP unterstützte parteilose Kommunalpolitikerin überlebte das Attentat, wurde gewählt und steht seitdem permanent in den Schlagzeilen. Zuletzt gab es Kritik an ihren Verhaltensempfehlungen für Frauen. Um sexuellen Übergriffen kulturfremder Männer aus dem arabischen Raum, wie in der Silvesternacht geschehen, aus dem Wege zu gehen, sollten Frauen eine Armlänge Abstand zu Zuwanderern halten. Wäre man zynisch, ließe sich behaupten, dass Reker ihre eigene Regel nicht befolgte, als sie von einem Verrückten wegen ihrer mutmaßlich asylbewerberfreundlichen Politik als Sozialdezernentin mit einem Messer attackiert wurde.



Ein Problem hat die mit einem australischen Golftrainer verheiratete Juristin erst einmal vom Hals: Der Kölner Polizeipräsident Wolfgang Albers wurde wegen der skandalösen Silvestervorfälle in den Ruhestand versetzt. Damit ist sie einen Apparatschik los, der wegen seines SPD-Parteibuchs diesen Job bekam. Jetzt will die 59-Jährige auch mindestens eine Armlänge Abstand halten zum SPD-beherrschten Verwaltungsklüngel in ihrer Stadt. Wenn sie hier frischen Wind hineinbringt, dann wird in Köln „noch emmer alles joot jejange“ sein. *H. Tews*



Entschlossene Reaktion

Der Tanz der nassen Finger

Wie das »Richtige« falsch werden konnte, wie ausgerechnet dieser Höcke Recht bekam, und warum die Deutschen trotzdem schuld sind / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Meine Güte, was für ein Durcheinander. Politiker und Medienleute sind fürchterlich verunsichert, nichts steht mehr an seinem Platz seit den Silvester-Exzessen. Für die vielen gelernten Opportunisten und Mit-dem-Strom-Schwimmer sind das schlimme Tage.

Selbst kurz nach Köln, vor zwei Wochen, schien noch alles klar wie ein sonniger Wintertag zu sein. Wer die Wahrheit über Ausländerkriminalität und Delikte von vermeintlichen oder wirklichen Flüchtlingen unter den Teppich kehrte, der war auf der richtigen Seite. Der brauchte keine Angst zu haben, sondern wurde gelobt für sein Verantwortungsbewusstsein, seine Weltoffenheit und Toleranz oder wegen seines „Engagements für Menschen, die bei uns Schutz suchen“.

Fürchten musste sich dagegen derjenige, der offen über die Verfehlungen aus jener Gruppe zu sprechen oder gar zu schreiben wagte, der Sorgen im Volk aufgriff und öffentlich machte. Dem wurde ordentlich eingeheizt: „Rassist“, „Rechtspopulist“, „geistiger Brandstifter“ und wie die Anwürfe lauteten, die Sie alle zum Erbrechen gut kennen.

Seit dem Rauswurf des Kölner Polizeipräsidenten dreht sich alles. Wolfgang Albers war der Inbegriff des grauen, angepassten Parteibürokraten, der immer auf der Welle des von oben verordneten Zeitgeistes schwamm, dafür eine Karriere geschenkt bekam und sich daher vollkommen sicher fühlen konnte.

Nun jedoch wurde er genau dafür, für seine Angepasstheit an den verordneten Zeitgeist, vor die Tür gesetzt. Mit einem Male wird es Opportunisten wie Albers, von denen das Land nur so trieft, Angst und Bange. Bislang hatte es gereicht, den nassen Finger in den Wind zu halten, um das sichere Plätzchen zu finden. Denn der wehte beständig von links, weshalb die Suche nach der weichen Opportunisten-Suhle keine Mühe machte.

Mit den Aufdeckungen seit Silvester und dem Absturz des Herrn Albers hat sich das Land von der ruhigen Linkswindzone in ein einziges Gewitterchaos verwandelt, wo es aus allen Richtungen bläst und sich die Windrichtung jeden Moment ändern kann. Da tanzen die Fingerheber nun schwitzend durcheinander, die Mäuler verzerrt von Verwirrung und Furcht.

Sie kommen kaum noch dazu, Luft zu holen. Die Ausschreitungen am Rande der Legida-Demo von Leipzig wären so eine Verschnaufpause gewesen, früher. Da hätten sie sich wochenlang in der „rechten Gefahr“ wälzen können, die „in Leipzig erneut sichtbar geworden ist“.

Doch kaum waren die Wasserwerfer der Polizei wieder in der Garage, da schlug ihnen die Meldung jenes in Recklinghausen gelisteten Schutzsuchenden die Beine weg, der in Paris bei dem Versuch erschossen wurde, einen Polizeibeamten mit dem Schlachtermesser niederzumetzeln. Der Mann hatte sich seit 2011 etlicher Delikte schuldig gemacht, war aber immer noch nicht abgeschoben worden. Er lebte in Deutschland und anderen Ländern unter zahlreichen verschiedenen Identitäten, derweil die deutschen Ämter von dem Betrug nichts mitbekamen oder darüber hinweg sahen. Man stelle sich vor, ein deutscher Staatsbürger würde so eklatant gegen das strenge deutsche Melderecht verstoßen. Wir wissen, was so einem blüht, die „ganze Härte des Gesetzes“ und so.

> Die Opportunisten tanzen schwitzend durcheinander, voll von Furcht und Verwirrung

Kaskadenartig prasseln nun tagtäglich neue Meldungen über sexuelle Übergriffe, Gewalt- und Eigentumsdelikte oder brutale Streitereien in und um Asyllager auf die erstaunten Bundesbürger nieder, als hätte da einer den Stöpsel gezogen. Offenkundig hat die Furcht, als Vertuscher diesem Albers in den Orkus zu folgen, alle heftig erfasst.

Zu allem Überfluss entspricht das, was uns seit Köln den Schlaf raubt, exakt dem, was uns der neue Satan der Republik schon vor Monaten prophezeit hat. Björn Höcke, der schillernde AfD-Chef von Thüringen, hatte es im Herbst gewagt, von „wachsenden Angst-Räumen“ zu phantasieren, in denen sich „blonde deutsche Frauen“ nicht mehr sicher fühlen könnten. Das war ja sowas von rassistisch und ganz klar Hetze gegen „Menschen, die fliehen mussten und bei uns Schutz suchen“, dass wir uns wochenlang nicht beruhigen mochten über diesen entsetzlichen Fehltritt.

Damit hatte der Höcke endgültig vergeigt – bis die strammen jungen Orientalen in Köln und anderswo genau die Platte, deren Melodie der unsägliche Thüringer hatte anklingen lassen, aufgelegt haben. Das heißt: Vergeigt hat der Höcke natürlich trotzdem noch, und zwar für immer. Er mag ja vielleicht recht gehabt haben, dann hatte er es aber aus den falschen Gründen!

Das mit den „falschen“ und den „richtigen“ Gründen ist die steinerne Basis des Phänomens „Politische Korrektheit“. Wenn jemand aus der „richtigen“ Gesinnung heraus etwas Falsches sagt, liegt er trotzdem richtig – selbst wenn er nicht bloß geirrt, sondern handfest gelogen hat. Wenn dagegen jemand mit der „falschen“ Gesinnung etwas Richtiges redet, liegt er trotzdem falsch – selbst wenn sogar seine fanatischsten Feinde die Richtigkeit seiner Aussage nicht bestreiten können.

Verrückt? Mag sein, und dennoch deutsche Wirklichkeit im Jahre 2016. Daher verlegen sich die letzten Aufrechten der Politischen Korrektheit nun darauf, den über die Sex-Attacken empörten Deutschen die allermiesesten Absichten zu unterstellen.

Die „besorgten Bürger“ täten ja nur so, als seien sie „Frauenbeschützer“, ätzt eine linke Autorin auf „Spiegel-online“. Dabei seien den deutschen Männern die Opfer von Köln „vollkommen egal“. Im Gegenteil: Sie geilten sich sogar auf mithilfe der ekelhaften Berichte. In diese Richtung gehen derzeit diverse Kommentare.

Andere versuchen, die Vorgänge derart zu verallgemeinern, dass die Frage nach den Schuldigen in der Beliebigkeit versinkt. Claudia Roth beispielsweise, die bei allem Negativen gern das angeblich spezifisch Deutsche herausputzt, verdampft die Szenen von Köln zu allgemeiner „Männergewalt“, die mit dem kulturellen Hintergrund der Täter gar nichts zu tun habe.

Hinter dieser Einordnung verbirgt sich eine besondere Köstlichkeit. Grünlinke warnen davor, die Kölner Taten zu „verallgemeinern“, womit sie im Kern Recht haben. Doch um Verallgemeinerung angeblich zu verhindern macht Claudia Roth was? Sie „verallgemeinert“ den Kreis der potenziell Verdächtigen von orientalischen Jungmannen auf die halbe Weltbevölkerung – auf alle Männer des Planeten nämlich.

Da haben wir's wieder: Ob etwas böser „Rassismus“ ist oder gute „Gesellschaftskritik“ – das hängt davon ab, welche Gruppe man aufs Korn nimmt. Pauschaler Verdacht gegen Männer, Deutsche oder „besorgte Bürger“ ist grundsätzliche gute Gesellschaftskritik. Öffentlich bekundete Sorgen hinsichtlich des Frauenbildes in orientalischen Kulturen hingegen sind Rassismus.

Aber letztlich ist das auch ganz egal. Denn, wie Grünen-Politiker Volker Beck erst neulich wieder feststellte: Deutschland „muss“ die Syrer, Iraker und wen noch alles aufnehmen.

Warum? Wegen unserer „Verantwortung“ natürlich! Und wofür sind ausgerechnet wir Deutsche in der Region verantwortlich? Das Deutsche Reich kämpfte 1914/18 gegen genau jene Mächte, welche nach ihrem Sieg über uns und unsere osmanischen Waffenbrüder das Chaos in die Gegend brachten, das bis heute dauert und immer schlimmer wird: Briten, Franzosen, Amerikaner und Saudis.

Da kommt noch so eine Besonderheit zum Vorschein. Wo wir Deutsche Mist gebaut haben in der Geschichte, etwa im Zweiten Weltkrieg, da liegen die Folgen in exklusiv deutscher Verantwortung und in niemandes sonst. Wo sich dagegen andere Länder vergriffen haben (wie etwa bei der Sklaverei oder dem Chaos im Nahen Osten), da werden die Nachwirkungen zur „internationalen Verantwortung“, weil „Europäer“, „Weiße“ oder „der Westen“ etwas verbockt hätten. So bleibt die deutsche Schuld allgegenwärtig.

MEINUNGEN

***Thomas Mohr**, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Mannheim, ärgert sich in einem Netzbeitrag (5. Januar) über **Schuldzuweisungen von Politkern gegen die Polizei** nach den Silvester-Exzessen von Köln:*

„Was mich unheimlich aufregt, sind Äußerungen von einigen Politikern, die gleich den Schuldigen gefunden haben! Die Polizei! Das ist unfassbar, dass gerade die Verursacher von stetigem Personalabbau bei der Polizei nun die ersten sind, die mehr Polizei fordern.“

***Alice Schwarzer** nimmt auf ihrer Netzseite (5. Januar) die Täter der **Silvester-Exzesse** unter die Lupe:*

„Sie sind das Produkt einer falschen Toleranz, in der fast alle – Menschen, Medien, Kirchen und Politik – unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, unsere Gleichberechtigung infrage stellen, ja mit Füßen haben treten lassen, zugunsten ‚anderer Sitten‘ bzw. einer ominösen ‚Religionsfreiheit‘ – in deren Namen man Parallelwelten entstehen ließ und nicht auf Integration bestand.“

*Die „Bild“-Zeitung (7. Januar) zitiert einen **anonymen Polizeibeamten** aus Stuttgart, der zur Immigranten-Kriminalität äußerte:*

„Es ist unerträglich, was hier täglich unter den Teppich gekehrt wird.“

*Neuköllns ehemaliger Bezirksbürgermeister **Heinz Buschkowsky** wundert sich im „Deutschlandfunk“ (7. Januar), dass **alle so überrascht** tun nach den Silvester-Exzessen:*

„So wahnsinnig neu ist das nicht. Wir wissen, dass wir Bevölkerungskreise … im Land haben, die ein völlig anderes Frauenbild haben, als es bei uns üblich ist, bei denen das Menschsein eigentlich nur beim Mann beginnt, und Frauen eine dienende, gehorchende Rolle zukommt, und Frauen, die um ein Uhr oder um ein Uhr dreißig auf der Straße sind, sind da sowieso Schlampen. Und wenn es sich dann noch um deutsche Frauen handelt, dann sind sie eh Freiwild.“

*In der **„New York Times“** (9 Januar) fordert **Ross Douthat** den **Rücktritt** von Kanzlerin **Merkel** nach den Silvester-Exzessen wegen ihrer **katastrophalen Asylpolitik**:*

„Deutschland muss die Grenze für neue Flüchtlinge schließen und abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben. Die lieb gewonnene Illusion muss aufgegeben werden, dass Sünden der Vergangenheit mit einem sorglosen Humanismus wiedergutgemacht werden können. Und es bedeutet auch, dass Bundeskanzlerin Merkel gehen muss, damit ihr Land und der Kontinent, auf dem es beruht, es vermeiden können, einen zu hohen Preis für ihren Wahnsinn zu bezahlen.“

*Man dürfe die **Mehrheit der Moslems** nicht mit den Sex-Tätern vermengen, fordert auch **Hamed Abdel-Samad** im „Cicero“ (8. Januar), aber:*

„Diese Mehrheit der Muslime ist nun gefragt, sich endlich diesen Problemen der eigenen Communities zu widmen. Statt nach jedem Vorfall die eigentlichen Opfer zu vergessen und sich selbst und ihren friedlichen Islam als Opfer zu titulieren!“